



Plenarprotokoll

17. Sitzung

Donnerstag, 15. Dezember 2005

Gemeinsame Beratung

a) **Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines 2. Nachtrages zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005**.....

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/362

1081

Bericht und Beschlussempfehlung
des Finanzausschusses
Drucksache 16/393

b) **Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2006**.....

1081

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/180

Bericht und Beschlussempfehlung
des Finanzausschusses
Drucksache 16/401

Änderungsantrag der Fraktion der
FDP
Drucksache 16/439

Beschlussempfehlung des Sozial-
ausschusses
Drucksache 16/452

Antrag der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/465

Änderungsantrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/466

Änderungsantrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/467

Antrag der Fraktionen von CDU
und SPD
Drucksache 16/471

Günter Neugebauer [SPD], Be-
richterstatter..... 1082

Siegrid Tenor-Alschausky [SPD],
Berichterstatterin..... 1084

Dr. Johann Wadephul [CDU]..... 1084

Wolfgang Kubicki [FDP]..... 1091, 1124

Lothar Hay [SPD]..... 1097

Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]..... 1105

Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]..... 1109, 1132

Anke Spoorendonk [SSW]..... 1113, 1134

Peter Harry Carstensen, Minister-
präsident..... 1120

Rainer Wiegard,
Finanzminister..... 1126

Dr. Heiner Garg [FDP]..... 1133, 1136

Torsten Geerds [CDU]..... 1134

Wolfgang Baasch [SPD]..... 1135

Karl-Martin Hentschel [BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN]..... 1136

Lars Harms [SSW]..... 1136

Beschluss: 1. Verabschiedung des
Gesetzentwurfs Drucksache 16/
362

2. Ablehnung des Ände-
rungsantrages Drucksache 16/439

3. Ablehnung der Anträge
Drucksachen 16/465, 16/466 und
16/467

4. Annahme der Be-
schlussempfehlung des Sozialaus-
schusses, Drucksache 16/452

5. Annahme des Antrages
Drucksache 16/471

6. Verabschiedung des
Gesetzentwurfs der Landesregie-
rung in der Fassung der Drucksache
16/401..... 1142

**Erste Lesung des Entwurfs eines
Gesetzes zum Staatsvertrag zwi-
schen der Freien und Hansestadt
Hamburg, Niedersachsen und
Schleswig-Holstein über die Finan-
zierung der Zusammenarbeit in
der Metropolregion Hamburg und
die Fortführung der in den Jahren
1960 beziehungsweise 1962 einge-
richteten Förderfonds..... 1143**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/435

Peter Harry Carstensen, Minister-
präsident..... 1143

Manfred Ritzek [CDU]..... 1144

Thomas Hölck [SPD]..... 1145

Dr. Heiner Garg [FDP]..... 1146

Karl-Martin Hentschel [BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN]..... 1147

Lars Harms [SSW]..... 1148

Beschluss: Überweisung an den In-
nen- und Rechtsausschuss, den
Umwelt- und Agrarausschuss und
den Europaausschuss..... 1149

**Mehrwertsteuererhöhung aus-
schließlich für Senkung der Lohn-
nebenkosten verwenden..... 1150**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/373

Änderungsantrag der Fraktionen von
CDU und SPD
Drucksache 16/444

Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1150, 1155
Frank Sauter [CDU].....	1151
Anna Schlosser-Keichel [SPD].....	1152
Dr. Heiner Garg [FDP].....	1153
Anke Spoorendonk [SSW].....	1154
Rainer Wiegard, Finanzminister.....	1156

Beschluss: 1. Ablehnung des Antra- ges Drucksache 16/373	
2. Annahme des Antrages Drucksache 16/444.....	1156

* * * *

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Eu-
ropa

Dr. Ralf Stegner, Innenminister

Dr. Christian von Boetticher, Minister für
Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Dietrich Austermann, Minister für Wissen-
schaft, Wirtschaft und Verkehr

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales,
Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröff-
ne die 17. Sitzung und begrüße Sie alle sehr herz-
lich. Frau Ministerin Erdsiek-Rave ist wegen
dienstlicher Verpflichtungen auf Bundesebene be-
urlaubt.

Auf der Tribüne begrüßen wir Schülerinnen und
Schüler des Klaus-Groth-Gymnasiums, Neumün-
ster, mit ihren begleitenden Lehrkräften. - Herzlich
willkommen!

(Beifall)

Ich begrüße auch unseren ehemaligen Kollegen
Claus Hopp und den Geschäftsführer des Land-
kreistages, Herrn Erps. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich rufe die Ta-
gesordnungspunkte 2 und 6 auf:

Gemeinsame Beratung

**a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes
über die Feststellung eines 2. Nachtrages zum
Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/362

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanz-
ausschusses
Drucksache 16/393

**b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes
über die Feststellung eines Haushaltsstruk-
turgesetzes zum Haushaltsplan 2006**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/180

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanz-
ausschusses
Drucksache 16/401

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/439

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 16/452

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN
Drucksache 16/465

(Vizepräsidentin Frauke Tengler)

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Drucksache 16/466

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Drucksache 16/467

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/471

Zunächst erteile ich dem Berichterstatter des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Günter Neugebauer, das Wort.

Günter Neugebauer [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kollege Hay, mit der heutigen Plenarsitzung beenden wir die Beratung des ersten Haushalts der neuen großen Koalition. Als Vorsitzender des Finanzausschusses steht mir natürlich kein Urteil darüber zu,

(Lothar Hay [SPD]: Das ist auch besser so!)

ob die Haushaltsansätze bei einer andere Koalitionskonstellation anders gewesen wären. - Man soll doch bis zum Ende zuhören! Zum Abschluss der Beratungen darf ich sagen: das Klima der Beratungen im Finanzausschuss hätte nicht besser sein können. Im Finanzausschuss haben sich alle Mitglieder, Frau Kollegin Spoorendonk, auch die nicht stimmberechtigten Mitglieder, diszipliniert und konstruktiv an den Beratungen beteiligt. Dafür möchte ich schon jetzt ganz herzlich danken.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Müller
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nachdem wir mit den Haushaltsberatungen im Rahmen der Plenardebatte am 1. September 2005 offiziell begonnen hatten und die Beratung dann in vielen Sitzungen des Finanzausschusses und der Fachausschüsse vertieft hatten, überraschte uns der Finanzminister Anfang November mit der Vorlage eines zweiten Nachtrages zum Haushalt des laufenden Jahres. Was war geschehen? Nicht Mehrausgaben und Steuermindereinnahmen wie in den vergangenen Jahren, sondern Steuermehreinnahmen waren das Ergebnis der **Steuerschätzung** von Anfang November dieses Jahres. Sie alle werden es erinnern, die **Mehreinnahmen** betragen für das Land 83 Millionen €. Mit Wilhelm Busch in „Plisch und Plum“ lässt sich über den Finanzminister sagen: Er fühlt sich wie neu gestärkt, als er so viel Geld bemerkt.

(Heiterkeit)

Der Finanzausschuss schließt sich dem Vorschlag der Landesregierung an, diese Steuermehreinnahmen, bis auf Einsparungen beim Wohngeld, die an die Kommunen weitergegeben werden, in Gänze zur **Verminderung der Kreditaufnahme** einzusetzen. Die bisher geplante **Neuverschuldung** für das laufende Jahr kann somit auf 1,615 Milliarden € gesenkt werden. Das ist allerdings - wie wir alle wissen - nur ein Tropfen auf den heißen Stein, denn im August mussten die Steuereinnahmen des Landes mit der Verabschiedung des ersten Nachtrags für das laufende Jahr um 634 Millionen € nach unten korrigiert werden.

Ähnlich verhält es sich mit der Entwicklung der Einnahmen in 2006. Gegenüber den katastrophalen Ergebnissen der Steuerschätzung im Mai hat sich die Lage im November nur geringfügig verbessert. Ich möchte die Erwartungen zum Wirtschaftswachstum und zur Zinsentwicklung, über die wir in der letzten Sitzung des Finanzausschusses ausführlich diskutiert haben, und zu anderen wichtigen Plandaten jetzt nicht kommentieren und damit den beabsichtigten Reden der nachfolgenden Redner vorgeifen. Ich möchte vielmehr einen wenn auch kurzen Bericht über die Beratungen des ersten Haushalts der großen Koalition abgeben.

In Fortsetzung des bewährten Verfahrens meiner Vorgängerin, Uschi Kähler - Sie werden sich an sie erinnern -, hat der Finanzausschuss im September gemeinsam mit den betroffenen Fachausschüssen in mehreren Sitzungen die Einzelplanberatung durchgeführt. Neu ist, dass alle Ressorts die Antworten auf die von den Fraktionen vorher eingereichten Fragen rechtzeitig vor der Beratung des Einzelplans vorgelegt und es damit möglich gemacht haben, die zur Verfügung stehende Zeit effizienter zu nutzen, sich auf politische Schwerpunkte zu konzentrieren und Nachfragen zu stellen.

An dieser Stelle möchte ich den Ministerien, allen voran den Vertretern des Finanzministeriums und des Finanzministers, aber auch den Kolleginnen und Kollegen im Finanzausschuss sowie dem Landesrechnungshof ganz herzlich für die Disziplin und Verlässlichkeit danken. Sie haben mir als jungem und neuem Vorsitzenden des Finanzausschusses die Arbeit erleichtert.

(Heiterkeit)

Dafür sage ich herzlichen Dank. Das Lachen kann ich gar nicht nachvollziehen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten)

(Günter Neugebauer)

- Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Zwischenrufe von der Regierungsbank sind zwar nicht erlaubt, aber dieses Mal lassen wir das durchgehen.

(Beifall)

Ich hoffe nur, dass das auch im Protokoll stehen wird. Ich gehe davon aus, dass wir dieses konstruktive Miteinander auch bei der Beratung des Doppelhaushaltes 2007/2008 fortsetzen können.

Neben dem Haushaltsplan waren mehr als 70 Umdrucke und etliche Zuschriften von Betroffenen Gegenstand unserer Beratung.

Wir konnten angesichts der ja auch Ihnen bekannten Situation des Haushalts nicht allen Wünschen entsprechen. Auch in meiner Funktion als Vorsitzender der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung, deren Voten wir gestern hier einstimmig befolgt haben, will ich – –

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Berichterstatter, würden Sie bitte zum Schluss kommen?

Günter Neugebauer [SPD]:

Frau Präsidentin, ich bin dabei. Ich darf allerdings daran erinnern, dass wir uns mehr als drei Monate lang fast täglich mit dem Haushalt befasst haben. Da sollte es dem Finanzausschussvorsitzenden doch zugestanden werden, einen umfassenden Bericht über diese Arbeit abzugeben.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich wiederhole meinen Appell im Namen des Finanzausschusses, dass wir angesichts des Ausmaßes der Verschuldung des Landes an einer wirklichen **Konsolidierung des Haushalts** mitwirken und alles tun, das strukturelle Haushaltsdefizit Stück für Stück abzubauen. Notwendige Änderungen im sozialen Sicherungssystem, in der Arbeitsmarktpolitik und im Steuerrecht werden wir hier nur anstoßen können. Aber das, was wir durch Strukturreform, Kooperation und Bürokratieabbau leisten können, sollten wir zu tun versuchen, um für das Land Effizienzgewinne zu erzielen. Denn auch die Eckwerte des Haushalts 2006 machen die Notwendigkeit deutlich, die Einnahmen zu stabilisieren und die Ausgaben zu begrenzen.

Die **Steigerungsrate** des Haushalts beträgt zwar marginal nur 0,4 %, ist also sehr moderat, aber die Nettokreditaufnahme ist mit 1,56 Milliarden € unverändert hoch. Sie liegt dreimal so hoch wie die Summe der **Investitionen** und übersteigt - auch das

muss leider festgehalten werden - zum fünften Mal in Folge die Grenze nach Artikel 53 unserer **Landesverfassung**. Auch die Beratungen des Finanzausschusses konnten diese Eckwerte leider nur begrenzt korrigieren.

Der Finanzausschuss hatte wie üblich über die von der Landesregierung nach der Steuerschätzung im November vorgelegte **Nachschiebeliste** und die von den Fraktionen Anfang Dezember eingebrachten **Änderungsanträge** zu befinden. Während der Ausschuss die Änderungsanträge der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in toto ablehnte - deswegen finden wir sie heute in der Antragsdebatte wieder -, nahm er vier Haushaltsanträge des SSW an und machte damit Kürzungen bei den Minderheiten rückgängig. Die Haushaltsanträge der Koalitionsfraktionen inklusive Nachschiebeliste wurden mit Mehrheit angenommen.

Leider muss ich Sie bitten, eine Korrektur der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses vorzunehmen. Zum Stellenplan hat der Finanzausschuss bezüglich Kapitel 0102 - ULD - auf Antrag der Koalitionsfraktionen beschlossen, eine neu zu schaffende A-13-Stelle mit einem qualifizierten Sperrvermerk zu versehen. Ich bitte Sie, die Beschlussempfehlung auf Seite 195 um diesen Vermerk zu ergänzen und das Büroversehen damit zu korrigieren.

Im Namen des Finanzausschusses darf ich Sie um Zustimmung zum zweiten Nachtrag und zum Haushalt 2006 mit den vom Ausschuss empfohlenen Änderungen bitten, die Sie bis auf das, was ich eben korrigierend gesagt habe, der vorliegenden Beschlussempfehlung Drucksache 16/401 entnehmen können.

Lassen Sie mich abschließend darauf hinweisen, dass nach der Verabschiedung des Haushalts im Finanzausschuss am letzten Donnerstag der Sozialausschuss zu Artikel 9 des Haushaltsstrukturgesetzes - Gesetz zur Ausführung des XII. Buches des Sozialgesetzbuches - die kommunalen Landesverbände angehört und mindestens zur Überraschung des Finanzausschusses dem Landtag im Wege des Selbstbefassungsrechts eine Beschlussempfehlung zugeleitet hat. Ich verhehle nicht, dass ich den zeitlichen Ablauf sehr unglücklich finde. Wir vertrauen als Finanzausschuss, meine Damen und Herren, der Zusage der Landesregierung, dass mit der vom Sozialausschuss beschlossenen Änderung des Haushaltsstrukturgesetzes für den Landeshaushalt keine finanziellen Auswirkungen verbunden sind.

(Günter Neugebauer)

Damit komme ich zum Ende, Frau Präsidentin. Ich bedanke mich noch einmal für die konstruktive Zusammenarbeit, auch dafür, dass Sie mir heute hier wieder in dieser Länge zugehört haben. Ich verbinde damit die Hoffnung, dass wir nach der nächsten Steuerschätzung im Mai des nächsten Jahres nur Veranlassung haben, die Nettokreditaufnahme nach unten zu korrigieren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Finanzausschussvorsitzender, Ihnen wären angesichts der Länge der Befassung mit diesem Thema selbstverständlich zehn Minuten zugestanden worden, wenn es vorher beantragt worden wäre. Hierfür wäre das Präsidium dankbar gewesen.

Ich erteile jetzt das Wort der Berichterstatterin des Sozialausschusses, der Frau Abgeordneten Tenor-Alschausky.

Siegrid Tenor-Alschausky [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein geschätzter Kollege Neugebauer hat schon seiner Überraschung Ausdruck verliehen, dass sich der Sozialausschuss fachlich mit den Artikelgesetzen befasst hat. Der Sozialausschuss hat beschlossen, sich im Rahmen seines Selbstbefassungsrechts mit Artikel 9 des Gesetzes über die Feststellung eines **Haushaltsstrukturgesetzes** zum Haushaltsjahr 2006 zu befassen. Dabei handelt es sich um den Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des XII. Buches des Sozialgesetzbuchs.

In seiner Sitzung am 8. Dezember 2005 hat der Sozialausschuss ein ausführliches Gespräch mit Vertretern der kommunalen Landesverbände, insbesondere des Städteverbandes und des Landkreistages, sowie mit Staatssekretär Dr. Körner geführt. Die von den kommunalen Landesverbänden vorgetragenen Bedenken wurden intensiv erörtert. Der Sozialausschuss hat zur Kenntnis genommen, dass der mit der Beratung beauftragte Finanzausschuss dem Landtag Änderungen bei Artikel 9 empfiehlt. Aus fachlicher Sicht sieht er allerdings die Notwendigkeit, weitere Änderungen vorzuschlagen. Diese können Sie der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses, Drucksache 16/452, entnehmen.

Ich weise darauf hin, dass sich die in dieser Beschlussempfehlung aufgeführten Änderungen technisch gesehen auf den Gesetzentwurf der Landesregierung beziehen, inhaltlich jedoch bereits Bezug

auf die Änderungsvorschläge des Finanzausschusses nehmen.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie im Namen des Sozialausschusses, die aus Drucksache 16/452 ersichtlichen Änderungen anzunehmen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter und der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zu den Berichten? - Wie ich sehe, ist das nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Abgeordneter Dr. Johann Wadephul.

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst dem Dank des Hauses an den Finanzausschuss anschließen, in personem auch an den Kollegen Neugebauer. Es handelt sich in der Tat um eine sehr mühevollen und sehr viel Fachkompetenz erfordernde Arbeit.

Im Übrigen darf ich Sie in einer persönlichen Nebenbemerkung darauf hinweisen, dass ich in demselben Wahlkreis wie Kollege Neugebauer politisch tätig bin. Daher bestreiten wir viele gemeinsame Diskussionen. Manchmal ist das etwas beschwerlich. Obwohl ich mich in einer Koalition mit den Sozialdemokraten befinde, sehe ich mich regelmäßigen Anwürfen des Kollegen Neugebauer ausgesetzt. Er sagt, die Union hinterlasse eine finanzielle Erblast aus dem Jahr 1987 und so weiter und so fort.

(Heiterkeit)

Vielleicht trägt das neue Amt, Herr Kollege Neugebauer, dazu bei, dass Sie sich in die neue Situation hineinfinden und wir etwas partnerschaftlicher gegenüber den Bewohnern unseres Wahlkreises auftreten können.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Nun zur Sache! Der Finanzminister und die große Koalition würden den Haushaltsentwurf gegenüber der Opposition verteidigen müssen, haben die „Kieker Nachrichten“ dieser Tage geschrieben. Aber ich denke, das ist nicht ganz die Frage, vor der wir insgesamt stehen. Bei allem Respekt vor der Opposition, Herr Oppositionsführer Kubicki, muss aus meiner Sicht vor allem gefragt werden, ob wir diesen Haushalt gegenüber unseren Kindern und Enkelkin-

(Dr. Johann Wadehul)

dern noch rechtfertigen können. Wir alle werden ihnen voraussichtlich die Frage beantworten müssen, warum wir ihnen Schulden aufbürden, die sie mit Zins und Zinseszins zurückzahlen müssen. Ihre Frage wird lauten: Warum seid ihr eigentlich damals mit dem Geld nicht ausgekommen?

Seit Jahren ist es in deutschen Haushaltsdebatten, in Bund, Ländern und Kommunen zur Gewohnheit geworden, über die so genannte angespannte Haushaltslage zu klagen. Immer neue Begriffe wurden erfunden. Das anfängliche Klagen über die „fehlende freie Finanzspitze“ stammt aus der Zeit um 1987, Herr Kollege Neugebauer. Sie fehlte praktisch in keiner Kreistagsdebatte unseres Landes. Auch war die Rede von der Sorge um „zu wenig investive Mittel“. Diese Begriffe wichen rasch immer stärker werdenden Ausdrücken. Allerorten werden die Haushalte nunmehr als „katastrophal“ bezeichnet oder man bringt es wie unser Finanzminister Rainer Wiegard auf den Punkt: Das Land ist pleite.

Lassen Sie mich daher kurz auf die Rahmenbedingungen eingehen, unter denen wir Landespolitik gestalten müssen.

92 % unserer veranschlagten **Nettoaussgaben** sind kurzfristig nicht disponibel. Hierzu gehören die Personalausgaben, die Zinsausgaben, die bereits eingegangenen Verpflichtungen sowie die bundes- und landesgesetzlichen Leistungen. Die restlichen 8 % bilden Zuschüsse an unsere Hochschulen oder rechtlich verselbstständigten Einrichtungen, Mittel zur Bindung von Zuweisungen des Bundes oder der EU und sonstige Zuschüsse. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass rund 11 % der Nettoaussgaben des Landes, also rund 900 Millionen € schon heute nur für Zinszahlungen ausgegeben werden.

Die Eckdaten unseres Haushaltes hinsichtlich der **Einnahmen** lauten: Die Nettosteureinnahmen betragen 5,2 Milliarden €, die Bundesergänzungszuweisungen machen etwa 116 Millionen € aus und der Länderfinanzausgleich bringt noch einmal 95 Millionen €. Dem stehen allein rund 3,1 Milliarden € Ausgaben für Personalkosten gegenüber sowie sächliche Verwaltungskosten in Höhe von 440 Millionen €, Ausgaben für den kommunalen Finanzausgleich in Höhe von rund 1 Milliarde € und die schon erwähnten Zinszahlungen in Höhe von 890 Millionen €.

Wer bei einer solchen Haushaltssituation 100.000 € hier oder da einspart, in dem einen oder anderen Bereich zehn oder 15 Stellen künftig wegfallen lässt, verändert im Kern natürlich nicht die Haushaltseckdaten. Wenig hilft es auch, wie die Freien

Demokraten Einmalverkäufe vorzunehmen, wie etwa bei der HSH Nordbank.

(Zuruf von der FDP: Oh!)

Das mag sich in einem Jahr lohnen, Herr Kollege Kubicki. Doch was bringt das eigentlich für die kommenden Haushaltsjahre? Die Freien Demokraten verkennen, dass wir ein **strukturelles Defizit** haben. Wenn man diese Einmalmaßnahme von den übrigen FDP-Vorschlägen abzieht, bleibt im Kern nur Haushaltskosmetik. Ich glaube, wir brauchen größere Würfe für unser Land.

(Beifall bei CDU und SPD)

Man kann dem Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2006 und natürlich auch den Nachträgen für das Jahr 2005 vorwerfen, dass sie die Grundfesten noch nicht verrücken. Allerdings ist der Haushalt 2006 ein erster Schritt in die richtige Richtung, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Die CDU-Landtagsfraktion stimmt den Nachträgen für das Haushaltsjahr 2005 und dem Haushalt für das Haushaltsjahr 2006 in der Erkenntnis zu, dass die große Koalition in Kiel die feste Absicht hat, an die Grundfesten des Haushalts heranzugehen. Mit Blick auf die **mittelfristige Finanzplanung** wird deutlich, vor welcher Herkulesaufgabe wir noch stehen. Ich befürchte, dass wir für die Jahre 2007 und 2008 noch ein Einsparvolumen von mindestens 1 Milliarde € zu erwirtschaften haben werden.

Das Ziel ist alternativlos, auch wenn der Weg dorthin sehr beschwerlich werden wird. Wir müssen die **Nettoneuverschuldung** in dieser Legislaturperiode halbieren. Wir stehen für eine Politik und nur für eine Politik, die das klare Ziel hat, zu einem bestimmten Zeitpunkt keine neuen Schulden aufzunehmen, ja endlich damit zu beginnen, **alte Schulden** des Landes zurückzahlen: Nur wer dieses Ziel auch wirklich verfolgt - ich räume ein, dessen Ankündigung hier ist nur der Anfang, aber noch lange nicht der Vollzug -, der kann die Verabschiedung der Haushalte, die heute zur Abstimmung stehen, rechtfertigen. Deswegen meine herzliche Bitte an die Opposition, hier kräftig mitzutun und konstruktiv mitzuwirken.

Herr Kubicki, wenn ich zum Beispiel heute lese, dass Sie sich noch nicht einmal zutrauen, die Diätenreform gemeinsam mit uns zu beschließen, bin ich insoweit skeptisch. Etwas mehr Mut seitens der Opposition und die Aufforderung an CDU und SPD, die wirklichen Aufgaben gemeinsam zu schultern, sind notwendig. Ich glaube, zum Schluss werden die Koalitionsfraktionen diese Herkulesauf-

(Dr. Johann Wadehul)

gabe alleine bewerkstelligen, aber sie sind auch entschlossen, das gemeinsam zu tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und SPD)

Sparen, investieren, reformieren - an diesem Leitmotiv hat unser Finanzminister Rainer Wiegard die Haushaltspolitik unseres Landes ausgerichtet und ich bin äußerst dankbar, dass er im September 2005 einen ehrlichen Haushalt vorgelegt hat, der die finanziellen Rahmenbedingungen klar und wahr abbildet.

Wir beraten heute in zweiter Lesung den Haushalt 2006. Er ist die Grundlage für die dringend erforderliche, nachhaltige **Konsolidierung** unserer Landesfinanzen. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, dass außerordentlich schwierige Rahmenbedingungen diesen Haushalt geprägt haben. Auch wenn die November-Steuerschätzung gegenüber dem Haushaltsplanentwurf 2006 ein Plus von 46 Millionen € brachte, dürfen wir nicht außer Betracht lassen, dass noch die Mai-Steuerschätzung die Einnahmenansätze aus der mittelfristigen Finanzplanung kräftig nach unten korrigierte.

Aber wir haben reagiert. Die **Ausgaben** im Haushalt 2006 sind gegenüber dem ersten Nachtrag 2005 nicht gestiegen. Das ist das richtige Signal. Dafür gibt es die volle Unterstützung meiner Fraktion für diesen Haushalt.

Der leichte Anstieg der Ausgaben gegenüber dem zweiten Nachtrag 2005 erklärt sich übrigens einzig und allein aus der Tatsache, dass wir den Kommunen die versprochenen Entlastungen aus den Hartz-Reformen bereits in diesem Jahr zukommen lassen. Dadurch reduziert sich die Bezugsbasis und die Nettoausgaben steigen leicht um 0,4 % an. Dies sei insbesondere dem Kollegen Müller noch einmal zur Erklärung gesagt, der im Übrigen durch diese Erklärung der Unwahrheit überführt wird, wenn er die Senkung der Nettoausgaben bestreitet. - Herr Müller, Sie fangen in der Finanzpolitik erst an. Aber für die Zukunft gilt: Polemik ersetzt nicht das Einmal-eins, auch nicht an dieser Stelle.

(Beifall bei der CDU)

Seien Sie versichert: Die CDU nimmt die ihr übertragene Verantwortung ernst. So hat sich meine Fraktion darauf verständigt - ich glaube, das ist eine ganz neue Praxis -, dass wir noch vor der Vorlage des Haushaltsplanentwurfs für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 durch das Finanzministerium eigene Einsparvorschläge entwickeln werden. Wir wollen von Anfang an mit konstruktiven Vorschlägen mit-

helfen, um das gemeinsame Ziel von weniger neuen Schulden und mehr Investitionen für die Zukunft des Landes zu erreichen.

Die **Nettokreditaufnahme** wird im Jahre 2006 bei 1,56 Milliarden € und damit rund 55 Millionen € unter der Neuverschuldung des zweiten Nachtrages für 2005 liegen, den wir ebenfalls heute beschließen werden. Gleichwohl entspricht sie nicht den Vorgaben der Verfassung. Das soll in der gleichen Deutlichkeit, auf die Sie, Herr Finanzminister, hingewirkt haben, heute noch einmal wie im September gesagt werden. Neben Schleswig-Holstein werden übrigens auch Berlin, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, das Saarland und nicht zuletzt auch der Bund für das kommende Jahr keinen Haushalt verabschieden können, der die **Verfassungsgrenze** einhält.

Ich will für meine Fraktion noch einmal ausdrücklich sagen: Dieser Zustand ist nicht akzeptabel. Dies ist die größte Herausforderung, an der wir zu arbeiten haben, aber es ist kurzfristig nicht möglich, diese Situation zu vermeiden, will man nicht in Ausgabenblöcke hineingehen, wie etwa an die Zuweisungen an die Kommunen im **kommunalen Finanzausgleich**, die kurzfristig nicht disponibel sind.

Für andere politisch gewollte Maßnahmen stehen damit weniger Haushaltsmittel zur Verfügung. Der Ausgabenspielraum wird geringer. Für die Zukunft bedeutet dies, dass weniger Leistungen vom Staat angeboten werden können. Die Alternative wäre, die **Steuerquote** weiter zu steigern. Letztes hat jedoch fatale Folgen für die Leistungsanreize in unserer Gesellschaft. Zudem wissen wir, dass mit einem höheren Steuerniveau nicht automatisch ein höheres Steueraufkommen verbunden ist.

Genau aus diesen Gründen war es so enorm wichtig, mit dem Haushalt 2006 eine erste Wende bei der **Neuverschuldung** zu schaffen. So ist es uns bereits mit diesem Haushalt gelungen, gegenüber dem Nachtrag 2005 die Kreditfinanzierungsquote um 1,7 % abzusenken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem von der Regierung beschlossenen **Personaleinsparkonzept** setzen wir gegen alle Widerstände den Personalabbau und die Verschlankung des Staates um. Ich sehe mit Sorge, dass die **Besoldungskompetenz** vom **Bund** auf die Länder übertragen werden soll. Gerade gestern Abend haben wir miterlebt, dass in der Ministerpräsidentenkonferenz die Landesregierung dankenswerterweise einen ernsthaften Versuch unternommen hat, an

(Dr. Johann Wadehul)

dieser Stelle noch zu einer Änderung zu kommen. Das war leider erfolglos. Wenn wir im Wettstreit um die besten Köpfe nicht verlieren wollen, ist das aus meiner Sicht ein erster Maßstab für wirklich gewollte norddeutsche Kooperation. Ich kann nur an die Nachbarbundesländer appellieren, hier keine eigenen Wege zu gehen, sondern mit Schleswig-Holstein in Zukunft eine gemeinsame Besoldungspolitik zu betreiben.

(Beifall bei CDU und SPD)

Die Beteiligung der **Polizei** an der **Heilfürsorge** ist uns nicht leicht gefallen. Natürlich berühren uns auch die Anliegen, die in Schreiben verschiedener Verbände und Organisationen deutlich geworden sind. Doch die Kürzungen bei den **Sozialverbänden**, auch dem **Landesblindengeld**, sind ohne Alternative. Ich finde es bemerkenswert und danke ausdrücklich den Sozialpolitikern, die sich darum bemüht haben, dass die Betroffenen zwar nicht Zustimmung, aber jedenfalls Verständnis signalisiert haben. Auch dies ist ein Beitrag, Einnahmen und Ausgaben wieder in Einklang zu bringen. Nur so kann Haushalts- und Finanzpolitik nachhaltig gestaltet werden. Jeder Tag, der verstreicht, verschlimmert nur die Probleme.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die Zahlung von **Weihnachtsbeihilfe** an bedürftige Pflegeheimbewohner eingehen. Ich schließe mich ohne Wenn und Aber der Aussage des finanzpolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion, Frank Sauter an, der gesagt hat, dass die Zahlungszusage der Weihnachtsbeihilfe ohne eigene Zuständigkeit des Landes zwar menschlich und politisch nachvollziehbar sei, sie jedoch deutlich mache, dass offenbar noch nicht in hinreichender Klarheit bei jedem Kabinettsmitglied angekommen ist, wie dramatisch sich die Haushaltslage des Landes wirklich darstellt. In einer Situation, in der das Land 1,615 Milliarden € neue Schulden aufnehmen muss, werden frei heraus Blankozusagen in Höhe von über einer halben Million Euro erteilt. Dies hat bei uns nicht nur Überraschung, sondern auch Kritik hervorgerufen. Und wenn dieser Betrag so ohne weiteres in einem Etat zu erwirtschaften war, fragt man sich natürlich, warum das nicht schon vorher möglich gewesen ist. Verborgene Schätze können wir uns in diesem Haushalt nirgendwo leisten.

Ich freue mich, dass nach ersten Verständnisproblemen mittlerweile auch die Kollegen der Grünen die Thematik aufgegriffen und begriffen haben, denn nach der ersten Aufforderung durch die Kollegin Heinold an mich, den finanzpolitischen Sprecher zurückzupfeifen, kritisieren auch sie nach der Fi-

nanzausschusssitzung in der vergangenen Woche, dass man nicht einfach 270.000 € ausgeben könne, ohne zu wissen, woher das Geld kommen soll.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben ihn doch zurückgepfiffen! Es wird doch gezahlt! Herr Sauter hat sich doch nicht durchgesetzt! Hat Herr Sauter sich durchgesetzt, ja oder nein?)

Bei allen Sparmaßnahmen ist es uns aber auch gelungen, Schwerpunkte bei der Bildung, in der Wissenschaft und bei der inneren Sicherheit zu setzen. Zudem investieren wir mutig in Forschung und Wirtschaft. Dass wir damit auf dem richtigen Weg sind, zeigt auch der Koalitionsvertrag, der auf Bundesebene geschlossen worden ist.

So werden allein durch die im **Schleswig-Holstein-Fonds** bereitgestellten Mittel Investitionen in Höhe von 1,7 Milliarden € bis zum Jahr 2010 initiiert. An dieser Stelle wird der Dreiklang aus Sparen - darüber sprach ich bereits -, Investieren - darum geht es jetzt - und Reformieren - dazu komme ich noch - besonders deutlich. Wir wollen die Kernkompetenzen in unserem Land stärken, ohne dabei - und das sage ich insbesondere an die Vertreter des ländlichen Raumes und des nördlichen Landesteils - die spezifischen Probleme der schwächeren Landesteile zu vernachlässigen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir werden Schleswig-Holstein zusammenhalten - ich sage: zusammenhalten müssen -: ein klares Ja zur Metropolregion Hamburg, aber ein ebenso klares Ja zur Verantwortung für den Landesteil Schleswig und für die Westküste.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

In Zeiten knapper Kassen müssen die Mittel insbesondere dort eingesetzt werden, wo die Verzinsung zum Beispiel in Form von **Arbeitsplätzen** am größten ist. Mit dem Schleswig-Holstein-Fonds sollen gezielt auch die **kleinen und mittleren Unternehmen** angesprochen werden, weil sie es sind, die neue Arbeitsplätze schaffen.

Es ist bedauerlich, dass die Grünen bis heute nicht erkannt haben, wie wichtig diese Maßnahmen für das Land, die Menschen und die Haushaltskonsolidierung sind, anderenfalls hätten sie während der Beratung des Haushaltsentwurfs wohl kaum verlangt, den Schleswig-Holstein-Fonds zu halbieren. Wenn man diesen Betrag nämlich von ihren Haushaltsvorschlägen einmal abzieht,

(Dr. Johann Wadephul)

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alles voller Schulden! - Weitere Zurufe der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

bleibt am Schluss nur über, dass Sie mehr Geld ausgeben wollen. Ich sage Ihnen aber, wenn Sie bei den investiven Mitteln sparen, dann sparen Sie das Land an dieser Stelle kaputt und dann werden Sie nicht für neues Wachstum sorgen.

(Beifall bei CDU, SPD und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] - Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich begrüße ausdrücklich, dass das auf Initiative der CDU in den Schleswig-Holsteinischen Landtag eingebrachte **Planungsbeschleunigungsgesetz** Niederschlag im Koalitionsvertrag auf Bundesebene gefunden hat. Denn dort heißt es, dass die neue Bundesregierung durch ein Planungsbeschleunigungsgesetz die Voraussetzungen für eine bundesweit einheitliche Straffung, Vereinfachung und Verkürzung der Planungsprozesse schaffen wird. Es gilt nun, zügig Projekte zu benennen, die im Rahmen dieses Planungsbeschleunigungsgesetzes in Schleswig-Holstein realisiert werden können. Wir haben auf Antrag der Freien Demokraten über ein Flughafen-Lübeck-Gesetz diskutiert und dies abgelehnt. Jetzt zeigt sich, Herr Kollege Kubicki, wenn wir ein Planungsbeschleunigungsgesetz auf Bundesebene bekommen, dass es dann möglich sein wird, zu einer schnellen Genehmigung in Lübeck zu kommen. Ich denke, dass dürfte Ihrem Anliegen an der Stelle Rechnung tragen.

Neidvoll haben wir in der vergangenen Woche nach Mecklenburg-Vorpommern geschaut. Der Ministerpräsident war dabei, als die A 20 in Mecklenburg-Vorpommern auf voller Länge eröffnet wurde. In Schleswig-Holstein sind wir leider noch nicht so weit, wie wir schon sein wollten. Bis auf ein kurzes Teilstück bis zur A 1 existiert die Autobahn in Schleswig-Holstein noch nicht. An dieser Stelle müssen wir deutlich vorankommen. Ich bin sehr dankbar, dass der Wirtschaftsminister erreichen konnte, dass im Sommer dieses Jahres die formale Linienbestimmung der A 20 bis **Glückstadt** bekannt gegeben worden ist. Der Anfang ist gemacht, jetzt müssen schnell weitere Planungs- und Bau-schritte folgen.

(Beifall bei CDU und SPD sowie vereinzelt bei der FDP)

Auch bei der Umsetzung der **Bäderregelung** und der Änderung der **Vergabeverordnung** sind in

Schleswig-Holstein erste Erfolge zu verzeichnen. Wir wollen den Kommunen nicht alles bis ins kleinste Detail vorschreiben, sondern ihnen die Freiheit lassen, Dinge selber zu entscheiden. Es ist gelungen, die Vergabeverordnung zu entbürokratisieren und damit deutlich zu vereinfachen. Wir können stolz darauf sein, dass die schleswig-holsteinische Vergabeverordnung mittlerweile eine der liberalsten in der gesamten Bundesrepublik ist. Davon profitieren sowohl die öffentlichen Auftraggeber als auch Handwerksbetriebe und private Unternehmen in unserem Land.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU])

Für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes hat auch die **Landwirtschaft** eine hohe Bedeutung. Wir haben vor der Wahl versprochen, uns für ihre Interessen einzusetzen und dazu stehen wir auch nach wie vor. Unsere Landwirtschaft darf gegenüber den Nachbarn keine unnötigen Wettbewerbsnachteile erleiden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Allerdings spiegelt auch der Agrarhaushalt die finanzielle Situation des Landes wider. Dennoch ist es gelungen, wichtige Eckpunkte einzuhalten und der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft zu signalisieren, dass wir sie unterstützen. So ist es gelungen, die Komplementärmittel des Landes für die Mittel der **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“** in vollem Umfang sicherzustellen. Darüber hinaus haben wir alle Anstrengungen unternommen, um Investitionen auch künftig im Rahmen des engen Haushaltes fördern zu können.

Im Gegensatz zu manchen Äußerungen werden wir auch den **ökologischen Landbau** weiterhin fördern. Wir befinden uns jedoch in einer Zwickmühle. So lassen Hinweise aus **Brüssel** den Schluss zu, dass wir ab 2006 mit erheblichen Kürzungen rechnen müssen. In welcher Höhe diese auf uns zukommen, ist jedoch noch offen. Es bleibt in jedem Fall die Tatsache bestehen, dass wir derzeit keine finanziellen Zusagen machen können, zumal die Förderzusagen langfristig bindend sind. Sobald wir jedoch aus Brüssel Klarheit haben, werden wir dem ökologischen Landbau wieder die notwendige Planungssicherheit verschaffen. Es bleibt dabei: Wir unterstützen den ökologischen Landbau, der seinen Platz in Schleswig-Holstein hat und auch weiterhin haben wird.

(Beifall bei CDU und SPD)

(Dr. Johann Wadephul)

Der jüngste **Fleischskandal** verunsichert erneut Verbraucherinnen und Verbraucher. Es muss immer wieder betont werden, dass die Landwirtschaft hierfür keine Verantwortung trägt. Aber auch eine pauschale Verurteilung der Fleischverarbeiter und des Handels ist nicht sachgerecht. Darüber haben wir gestern diskutiert. Wir haben gerade in Schleswig-Holstein auf den verschiedenen Ebenen besondere Qualitätssicherungssysteme, die eine transparente Herstellung und die Gewähr für hohe Qualität sichern. Das seit 40 Jahren bestehende **Gütezeichen Schleswig-Holstein** ist heute wichtiger denn je. Es bietet Verbraucherinnen und Verbrauchern eine wichtige Orientierungshilfe. Das Risiko, Gammelfleisch in die Pfanne zu bekommen, lässt sich auf null reduzieren, wenn man bereit ist, ein paar Cent mehr auszugeben. Die Werbung sagt: Geiz ist geil, aber gute Lebensmittelqualität ist besser.

(Beifall bei CDU und SPD)

Es ist kein Geheimnis, dass es im **Umweltbereich** bei den Koalitionsfraktionen unterschiedliche Auffassungen gibt. Deshalb begrüße ich es insbesondere, dass es gelungen ist, ein gemeinsames Antragspaket zu schnüren. Ich will auf zwei Bereiche eingehen.

So treten CDU und SPD gemeinsam dafür ein, die Erstellung von **Landschaftsplänen** unverändert zu fördern, weil sie im besonderen Interesse des Naturschutzes liegt. Es ist für uns selbstverständlich, den Betroffenen die Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie brauchen, um die vom Gesetzgeber aufgelegten Aufgaben zu erfüllen.

Aber auch im Bereich der **Umweltbildung** haben wir einen gemeinsamen Schwerpunkt gesetzt. Wenn die Vereinten Nationen für die Jahre 2005 bis 2015 eine internationale Dekade „water for life“ ausgerufen haben, dann steht es dem Land zwischen den Meeren gut an, Haushaltsmittel für dieses Projekt zur Verfügung zu stellen.

Erstaunt haben mich im Umweltbereich allerdings die Änderungsanträge der Grünen, die uns beharrlich eine unseriöse Finanzpolitik vorwerfen, aber über 7 Millionen € für die Stiftung Naturschutz veranschlagen. Wer so mit den Landesfinanzen umgeht, disqualifiziert sich selber. Da sind die Änderungsanträge der Koalition, die auch die Stiftung Naturschutz bedenken, doch sehr viel seriöser und realistischer als die Wolkenkuckucksheime der Grünen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Mit der Verwaltungsstrukturreform hat sich die neue Landesregierung eine weitgehende **Neuordnung der Verwaltungs- und Aufgabenstrukturen** auf die Fahnen geschrieben. Leitbild und Maßstab der Reform ist eine professionelle, effiziente und bürgernahe Verwaltung.

Dafür ist zunächst eine Überprüfung und Neuordnung der Aufgaben des Landes erforderlich. Aber nur wenn Aufgaben vollständig entfallen und nicht nur verlagert werden, werden die erwünschten und notwendigen Einspareffekte erzielt. Grundlage für diese Neuordnung wird der in gut zwei Wochen vorliegende Bericht des Staatssekretärs Klaus Schlie sein. Wenn dann feststeht, welche Aufgaben bestehen bleiben, wollen wir diese nach dem **Subsidiaritätsprinzip** konsequent neu zuordnen, wobei sich das Land grundsätzlich auf ministerielle Aufsichtsfunktionen beschränken sollte.

Ich möchte an dieser Stelle für meine Fraktion noch einmal auf die große Bedeutung dieser grundlegenden und gründlichen **Aufgabenkritik und -bereinigung** hinweisen, weil sie die zwingende Voraussetzung dafür ist zu entscheiden, welche **staatlichen Aufgaben** weiterhin beim Land verbleiben müssen und was in kommunale Aufgaben umgewandelt werden kann.

Auch wenn sich CDU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt haben, die Verwaltungsstrukturreform mit einer grundlegenden Aufgabenkritik zu beginnen, war es trotz aller Kritik auch in meiner Partei erforderlich, bereits in diesem Jahr die Neuordnung der Strukturen im kreisangehörigen Bereich zu thematisieren, um eine einerseits zügige, andererseits aber auch von den Betroffenen vor Ort akzeptierte Umsetzung unseres Reformvorhabens zu erreichen. Schließlich wollen wir den Kommunen ermöglichen, ohne Zeitdruck die für sie vor Ort richtige Form der Kooperation oder Fusion zu finden. Es ist festzustellen, dass in weiten Teilen des Landes hier bereits erste Erfolge zu verzeichnen sind.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen und allen Beteiligten danken, die diesen Prozess bisher aktiv und konstruktiv begleitet haben, aber auch an alle appellieren - das gilt auch für den einen oder anderen auf kommunaler Ebene -, die Chance zu nutzen, die die Neuordnung der Strukturen gibt.

Ich möchte für meine Fraktion noch einmal deutlich sagen: Wir diskutieren über die nähere Ausgestaltung und nicht darüber, ob es überhaupt zu einer

(Dr. Johann Wadehul)

Neuordnung der Strukturen in der gestern vom Innenminister skizzierten Fassung kommen soll. Die in der vergangenen Woche vorgelegten Vorstellungen der Grünen zur Verwaltungsstrukturreform zeigen allerdings, was dabei herauskommt, wenn Entscheidungen im wahrsten Sinne des Wortes am grünen Tisch getroffen werden: Die gemeindlichen Gremien sollen in ihren Aufgaben beschnitten werden. Die geplante Gebietsreform auf Kreis- und Gemeindeebene würde Strukturen schaffen, die kaum noch durch ehrenamtliche Arbeit beherrschbar wären.

(Claus Ehlers [CDU]: Das ist doch Absicht!)

Diese Pläne offenbaren ein eigentümliches Verständnis von Basisdemokratie, Herr Kollege Hentschel, dem ehemaligen Markenzeichen der Grünen.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiteres wichtiges Reformprojekt ist die **Amtsgerichtsstrukturreform**, da eine leistungsfähige Justiz und schnelle Verfahren wesentliche Standortfaktoren darstellen. Der von Minister Döring eingeschlagene Weg, eine Effizienzsteigerung unter anderem dadurch zu erreichen, dass Richtern die Möglichkeit zur Spezialisierung gegeben werden soll, wird daher von meiner Fraktion ausdrücklich unterstützt. Allerdings gilt auch hier wie bei allen Umstrukturierungen, die Kosten für den Haushalt im Auge zu behalten und Synergieeffekte zu erzielen. Ich denke, wir sind hier auf einem guten Weg.

Im Bereich der **inneren Sicherheit** konnte die Landesregierung in den zurückliegenden Monaten bereits entscheidende Weichenstellungen vollziehen. Wir haben gestern eine Entfristung der Rasterfahndung beschlossen. Wir haben ein umfangreiches Paket zur Reform des Polizei- und Ordnungsrechts vorliegen. Dazu gehören die Einführung der Schleierfahndung, die präventive Telefonüberwachung, das so genannte Kfz-Kennzeichen-Scanning und eine an rechtsstaatliche Voraussetzungen geknüpfte Videoüberwachung des öffentlichen Raumes.

Im Gesetzgebungsverfahren werden wir auf eine handhabbare Gestaltung der Vorschriften achten, damit unsere Polizei endlich die notwendigen Mittel zur Bekämpfung von Terrorismus und Schwerstrafkriminalität an die Hand bekommt.

Zu einer effektiven **Kriminalitätsbekämpfung** gehören nicht zuletzt auch motivierte Polizeibeamtinnen und -beamte. Es ist mir ein Anliegen, bei einer solchen Debatte den Beamtinnen und Beamten, die einen der schwierigsten Dienste verrichten, die es in unserem Land auszuführen gibt, ganz herzlich zu

danken. Sie halten für unser Gemeinwesen insgesamt, auch für uns Parlamentarier, an mancher Stelle im wahrsten Sinne des Wortes den Kopf hin. Wir sollten ihnen sagen, dass die Politik des Landes hinter der Polizei hier in Schleswig-Holstein steht.

(Beifall bei CDU und SPD)

Fragen der Schul- und Bildungspolitik sind Kernthemen der Landespolitik und damit Schwerpunktthema der CDU-Fraktion. CDU und SPD haben sich im Koalitionsvertrag sowohl zum gegliederten Schulwesen als auch zur **Qualität im Bildungsbereich** bekannt und sich auf eine Verbesserung der Situation der **Hochschulen** verständigt. Nun geht es darum, einen Weg zu finden, den beide Koalitionspartner gemeinsam gehen wollen, diese Ziele umzusetzen. Die von unserem Wissenschaftsminister Dietrich Austermann und dem zuständigen Staatssekretär Jost de Jager vorgelegten Eckpunkte für ein neues Hochschulgesetz bieten eine wichtige Diskussionsgrundlage, um die schleswig-holsteinische Hochschullandschaft wettbewerbs- und ergebnisorientiert ausrichten zu können. Bereits in unserem Regierungsprogramm haben wir uns für national und international wettbewerbsfähige Hochschulen in Schleswig-Holstein eingesetzt.

Die Idee einer **Landesuniversität** bietet den Hochschulen die Möglichkeit, in Zeiten leerer öffentlicher Kassen Spitzenforschung und hervorragende Lehre zu gewährleisten. Nur ein schlanker und effizienter Überbau schafft die Möglichkeit, die einzelnen Fakultätsstandorte nachhaltig zu stärken. Ich freue mich auf interessante Gespräche mit allen Beteiligten. Denn erst am Ende eines ausführlichen Diskussionsprozesses wird das fertige Gesetz stehen.

Natürlich - ich habe es angesprochen - ist die Leistungsfähigkeit des **gegliederten Schulsystems** für die CDU-Fraktion ein Kernthema der Schul- und Bildungspolitik. Wir halten fest: Der Koalitionsvertrag bekennt sich zum gegliederten Schulsystem. Es wird in seinen Grundfesten erhalten bleiben.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Keine Sorge, Frau Kollegin Heinold. Es wird in Schleswig-Holstein selbstverständlich auch **Gemeinschaftsschulen** geben. Das ist ein Prozess, auf den wir uns verständigt haben, wozu es klare Vereinbarungen im Koalitionsvertrag gibt. Ich stehe nicht an, für meine Fraktion ausdrücklich zu sagen, dass wir diese Vereinbarungen einhalten werden. Sie werden in Bälde hier im Hause ein neues Schul-

(Dr. Johann Wadephul)

gesetz erleben, das die Voraussetzungen regelt und das in einem klaren Verfahren aufzeigen wird, wie Träger, Eltern und Schüler, wenn sie es denn wollen, zu diesen Gemeinschaftsschulen kommen können. Das wird so sein.

(Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben im Wahlkampf versprochen, die **Grundschule** aufzuwerten. Genau das wird auch geschehen.

Mit Ausnahme der Hauptschullehrkräfte wird für **beamtete Lehrkräfte** zum 1. August 2006 die **Unterrichtsverpflichtung** um eine halbe Stunde erhöht. Diese Maßnahme ist auf Kritik gestoßen. Sie ist aber ein wichtiger Beitrag der Lehrerschaft - für den wir dankbar sind; das sollte erwähnt werden -, um insgesamt mehr Unterricht im Umfang von über 300 Stellen zu ermöglichen. Ab dem Schuljahr 2006/2007 gelingt es mit dieser Maßnahme, den Englischunterricht an den Grundschulen, die Verlässliche Grundschule sowie den Förderfonds zu realisieren.

Ebenfalls kann der noch anwachsende Lehrerbedarf gedeckt und in einem ersten Schritt die angestrebte **Unterrichtsgarantie** verwirklicht werden. Insbesondere die **Verlässliche Grundschule** - das sollten wir an der Stelle nicht außer Acht lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren - ist und bleibt ein entscheidender Beitrag der Landespolitik zu einer verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wenn wir denn darüber klagen, dass sich junge Menschen zu wenig für Kinder entscheiden, dann sind wir gefordert, mit praktischen Maßnahmen einen Beitrag dafür zu leisten, dass sich Frauen und Männer für Kinder entscheiden können und trotzdem im Beruf aktiv bleiben können. Deshalb werden wir dafür kämpfen und uns dafür einsetzen, dass die Verlässliche Grundschule landesweit eingeführt wird.

(Beifall bei CDU und SPD)

Von besonderer Bedeutung im Bereich der Bildungspolitik ist nach wie vor für uns, landesweit die Schulzeit am **Gymnasium** auf **zwölf Jahre** zu verringern, ohne die Qualität des Abiturs zu mindern und damit unsere Kinder gegenüber Kindern anderer Bundesländer zu benachteiligen. Hier ringen wir noch um eine schnellere Lösung, aber ich bin guter Dinge, dass die gemeinsam erreicht werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gehört zum Wesen einer großen Koalition, dass nicht jede

Fraktion ihre Vorstellungen eins zu eins umsetzen kann. Kompromisse müssen naturgemäß gefunden werden. Betrachtet man allerdings die bisherige Arbeit und insbesondere den Haushalt 2006, so muss ich sagen, dass CDU und SPD nach gerade einem halben Jahr gemeinsamer Arbeit wichtige und zukunftsweisende Entscheidungen auch über Parteigrenzen hinweg getroffen haben. Ich habe anfangs kurz auf das Jahr 1987 Bezug genommen. Der eine oder die andere wird sich daran erinnern, in welcher politischen Situation, auch Gegnerschaft, sich CDU und SPD in den damaligen Jahren gegenüberstanden, auch in den Jahren danach, als die Sozialdemokraten hier mit Björn Engholm regiert haben. Ich finde es einen Fortschritt für die Demokratie an sich, dass große Parteien in einer solchen Situation zusammengefunden haben, konstruktiv zusammenarbeiten, sich auf ein Reformprogramm für Schleswig-Holstein verständigen konnten und dieses in den nächsten Jahren bis zum Jahre 2010 entschlossen umsetzen wollen.

Herr Oppositionsführer, ich wiederhole die dringende Bitte, die von Sorge erfüllt ist, an die Opposition, mutig mitzumachen. Wir werden die Diätenreform allein beschließen. Wenn Sie es nicht schaffen, dem beizutreten und uns dabei zu unterstützen, schaffen wir es auch allein. Wir werden auch alle weiteren Aufgaben, insbesondere die **Haushaltskonsolidierung** in diesem Land, allein bewerkstelligen können. Aber es wäre auch ein Fortschritt für die Demokratie, wenn die Opposition an dieser Stelle mutiger mit dabei wäre. CDU und SPD sind entschlossen, diese Legislaturperiode erfolgreich für unser Land zu gestalten.

(Anhaltender Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion. - Ihm wird jetzt antworten der Oppositionsführer und Fraktionsvorsitzende der FDP, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

(Zuruf von der CDU: Im Grunde genommen hat Wadephul alles gesagt! - Heiterkeit bei der CDU)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Oppositionsführer antwortet dem Ministerpräsidenten. Deshalb antworte ich jetzt nicht dem Kollegen Jo Wadephul.

(Wolfgang Kubicki)

Es ist Weihnachtszeit. Deshalb bin auch ich friedlicher gestimmt als sonst, eine Bewertung der Haushaltsberatungen sowie des Nachtragshaushalts 2005 und des Haushaltsplans 2006 abzugeben. Auch die schärfsten Attacken lassen sich charmant verpacken.

Während kein Weihnachtsmarkt in Schleswig-Holstein vor dem Ministerpräsidenten unseres Landes sicher ist, der auch den letzten Bewohner von seiner sympathischen Art unter dem Motto „Das Leben ist schön“ überzeugen will, gibt es wenigstens einige im Kabinett, die versuchen, Politik zu machen. Da ist zunächst unser Finanzminister, der Kollege Wiegard, der mit einer neuen Ehrlichkeit verfassungswidrige Haushalte aufstellt und fährt und dies auch bis zum Ende der Legislaturperiode so beibehalten will, der sicheren Erkenntnis folgend, dass die Regierung außer einer öffentlichen Debatte keine weiteren Sanktionen fürchten muss. Aber - auch dies sage ich ganz deutlich - was ist das für eine Achtung vor dem Recht? Ich würde die Zeichen der Zeit wahr- und ernst nehmen, beispielsweise die Aufforderung des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Papier, an die große Koalition in Berlin, dem demokratischen Grundverständnis folgend der Opposition die Möglichkeit einzuräumen, ein Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht einleiten zu können, um Regierungshandeln an den Normen des Grundgesetzes in Karlsruhe überprüfen zu lassen. Dahinter steckt die deutliche Warnung, dass auch das Bundesverfassungsgericht eine Politik kontinuierlicher Verfassungsbrüche im Haushaltsgebaren nicht gutheißen wird, die darauf gründet, man habe eine ausreichend große parlamentarische Mehrheit oder es gehe eben nicht anders.

Immerhin gebe ich Finanzminister Wiegard in einem Punkt Recht: Eine **Haushaltssanierung** kann und wird nicht über die Ausgabenseite, sie kann und wird nur über die Einnahmenseite gelingen. Hierfür bieten sich jetzt zwei Möglichkeiten: Einnahmeverbesserungen durch Steuererhöhungen und damit weitere Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger und/oder Entfachen einer Wachstumsdynamik mit daraus folgenden zusätzlichen öffentlichen Einnahmen. Man kann auch, so wie wir es vorgeschlagen haben, Landesvermögen veräußern und mit dem Veräußerungserlös sowohl die Verschuldung reduzieren als auch zusätzliche Investitionsausgaben tätigen oder Investitionsanreize geben.

An dieser Stelle sei mir ein kleiner Exkurs erlaubt. Der Kollege Sauter hat die Haushaltsvorschläge der FDP-Fraktion in einer kurzen Pressemitteilung als

unsolide, nicht seriös titulierte. Die Presseerklärung erinnert mich wie bei einem Déjà-vu-Erlebnis an die regelmäßigen Äußerungen des Kollegen Neugebauer, früher SPD, jetzt Großkoalitionär,

(Heiterkeit)

der die von dem Kollegen Wiegard in seiner Rolle als finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion vorgestellten Haushaltsanträge der Union in den vergangenen Legislaturperioden jedes Mal mit den gleichen Begrifflichkeiten belegte.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der vormalige Finanzminister Ralf Stegner hatte dem Kollegen Wiegard in jeder Debatte sogar die Fähigkeit abgesprochen, das Land Schleswig-Holstein finanzwirtschaftlich zu führen. Der Ausspruch „Gott bewahre uns vor einem Finanzminister Rainer Wiegard“ ist verbürgt.

Abgesehen davon, dass ich dem Kollegen Sauter empfehle, schon aus Ersparnisgründen die Erklärungen des Kollegen Neugebauer aus der letzten Legislaturperiode komplett zu nutzen, indem er einfach Neugebauer streicht und Sauter einfügt, CDU-Fraktion streicht und FDP-Fraktion einfügt, Wiegard streicht und durch Kubicki ersetzt, stellt sich jetzt die historische Frage, deren Beantwortung wir unter anderem auch durch den Kollegen Neugebauer harren: Macht der Kollege Wiegard nun eine unsolide, unseriöse Finanzpolitik als Finanzminister? Betreibt er seinen Job nun besser, gleich schlecht oder schlechter als der vormalige Finanzminister Ralf Stegner, dem wir im Wesentlichen doch das riesige Haushaltsdefizit verdanken, dessen Abbau nach Auffassung von Rainer Wiegard bis zum Jahre 2010 verfassungskonform nicht möglich sein wird?

(Zuruf von der CDU: Kannst du mal etwas zur Sache sagen?)

Also, wir warten schon auf die Antwort, was sich da an Erkenntnissen ergeben hat.

Nur am Rande sei vermerkt, dass der Kollege Müller, die neue Herzlichkeit zwischen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Liberalen noch nicht verinnerlichend, zu unseren Haushaltsanträgen in die Mottenkiste früherer grüner Erklärungen gegriffen hat. Es ist doch auch festzustellen, lieber Kollege Müller, dass zwischenzeitlich ein erheblicher Lernprozess eingetreten ist, denn die Grünen weisen nun zu Recht darauf hin, dass eine Reihe von Haushaltsanträgen der FDP-Fraktion von ihnen in gleicher Weise gestellt und deshalb auch mitgetragen werden.

(Wolfgang Kubicki)

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung erklärt, er wolle aufbrechen, Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen und Schleswig-Holsteins Kinder besser bilden lassen. Was ist geschehen? Was finden wir im Haushalt?

Für das Aufbrechen, für Wachstum und damit für die Einnahmeseite des Haushalts, für Arbeitsplätze ist neben allen anderen der Wirtschaftsminister zuständig, Dietrich Austermann. Er ist eine der tragenden Säulen dieser Landesregierung. Es hat nie zuvor einen Minister gegeben - das sage ich mit allem Respekt -, der in so kurzer Zeit so viele Ankündigungen und derart viele gute Absichtserklärungen abgegeben hat. Minister Austermann will die Wachstumsschwäche und die Massenarbeitslosigkeit so besiegen: Er kündigt an, Schleswig-Holstein werde das höchste **Wachstum** aller Bundesländer haben. Ich erinnere daran: Wir hätten keine Haushaltsprobleme, keine Probleme der sozialen Sicherungssysteme, wenn wir unter sonst gleichen Bedingungen eine durchschnittliche Wachstumsrate von 3 % statt 1 % und/oder eine Absenkung der Massenarbeitslosigkeit auf unter 5 % statt bisher 10 % durch eine richtige Wirtschafts- und Finanzpolitik erreicht hätten.

Minister Austermann kündigt also an, Schleswig-Holstein werde das höchste Wachstum aller Bundesländer haben. Das war es; glauben Sie nicht, da käme noch etwas, zum Beispiel eine Erklärung, wie das geschehen soll. Mit dieser vorweihnachtlichen Verkündigung wird das Problem als gelöst definiert, so als könne die Erklärung, es sei Aufgabe der Wirtschaft, Arbeitsplätze zu schaffen - übrigens eine in sich selbst tragende Erklärung - oder die Unternehmen stehen in der Pflicht, statt exorbitante Gewinne zu machen, lieber Arbeitslose einzustellen, das grundlegende Problem, vor dem wir stehen, auch nur annähernd beschreiben.

Bevor ich darauf zurückkomme, könnte man vermuten, die von Minister Austermann propagierten **Leuchtturmprojekte** seien der Lösung Schlüssel: Fusionen der IHKs, Flughafen Kiel-Holtenau, Science-Center Kiel, Fusion der Landesuniversität. Es reicht wohl kaum, Minister Austermann darauf hinzuweisen, dass möglicherweise die Ergebnisse des technischen Fortschritts an ihm vorbeigegangen sind. Leuchttürme werden weltweit immer mehr abgeschaltet, da auch die küstennahe Navigation von der optischen zur elektronischen, satellitengestützten Navigation übergeht beziehungsweise übergegangen ist.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen)

- Ich höre, der Ministerpräsident sagt „Quatsch“. Ich stelle einfach einmal eine Nachfrage an den auch für Verkehr zuständigen Wirtschaftsminister. In der Tat werden die Seezeichen immer mehr aus dem Verkehr gezogen, weil man sie nicht mehr braucht.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir uns die Leuchtturmprojekte etwas genauer an; Beispiel Science-Center Kiel. Das Licht ist aus oder genauer gesagt: Eine kleine Kerze flackert noch. Obwohl das Land versprach, bis zu 70 % der Kosten zu übernehmen, winkte der europaweit erfolgreichste Betreiber solcher Anlagen ab. Das Projekt sei zum Scheitern verurteilt, es sei wirtschaftlich kaum zu betreiben. Man wolle diesem Projekt kein gutes Geld hinterherwerfen. Die Antwort von Dietrich Austermann kam prompt: Es werde sich sicherlich schon jemand finden, der das Science-Center erfolgreich betreiben werde. Welch eine Einsicht!

Beispiel Flugplatz Kiel-Holtenau. Das Licht ist aus, Cimber-Air fliegt nicht mehr. Und was will die Landesregierung? Die Startbahn in Holtenau verlängern, für einen Bedarf, den es so nicht mehr gibt? Für einen Markt, auf dem eine entsprechende Nachfrage nicht existiert? Minister Austermann wird anmerken, dies sei ungerecht. Wir sollten als Opposition das Bemühen der Landesregierung sehen und sein Bemühen anerkennen, in Schleswig-Holstein etwas positiv zu gestalten. Ich sage, der Mann hat Recht. In unserem Zeugnis steht: Der Wirtschaftsminister hat sich redlich bemüht. Aber Mühe allein reicht manchmal nicht.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was sind die **Bedingungen für Wachstum** in einer globalisierten Welt, für die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit? Es ist jedenfalls nicht die Vorstellung, man könne durch Gesetz alle Unternehmen, die Gewinne machen, verpflichten, mindestens einen Arbeitslosen einzustellen, den man eigentlich gar nicht braucht. Auch so wäre das Problem kurzfristig zu lösen. Es ist jedenfalls auch nicht die Vorstellung, man könne durch eine Mehrwertsteuererhöhung die Konsumenten und durch eine Neid- und Reichensteuerdebatte Investoren veranlassen, sich anders zu verhalten als bisher und sich stärker in den Wirtschaftskreislauf einzubringen, um damit Wachstumsimpulse auszulösen.

In diesem Zusammenhang ist übrigens die Kritik an den neuen Beschäftigungen unseres ehemaligen

(Wolfgang Kubicki)

Bundeskanzlers Gerhard Schröder nicht nur heuchlerisch, sondern sogar falsch und kontraproduktiv. Er will doch nur beweisen, dass gute Sozialdemokraten auch gute Patrioten sind und ihre Steuern gern in Deutschland bezahlen. Er will als einer der Ersten die Reichensteuer abführen; aber er kann dies nur, wenn er reich wird. Es sei ihm aus meiner Sicht gegönnt.

Dass eine **Mehrwertsteuererhöhung** zur **Senkung der Lohnnebenkosten** nichts bringt, teilweise sogar kontraproduktiv sein kann, ist an anderer Stelle bereits ausgeführt worden. Lieber Kollege Wiegard, das ist wahrscheinlich der tiefere Sinn dahinter, dass sich die große Koalition in Berlin von dieser Begründung und von diesem Mitteleinsatz bereits verabschiedet hat. Selbst wenn der Beitrag zur gesetzlichen Arbeitslosenversicherung gesenkt werden könnte, werden im Gegenzug die Mehrwertsteuer erhöht, die Einkommensteuer erhöht, der Beitragssatz der gesetzlichen Rentenversicherung angehoben und die Beitragssätze der gesetzlichen Krankenkassen ebenfalls erhöht. Frau Trauernicht bemüht sich noch, die AOK in Schleswig-Holstein durch Nachrechnen davon abzuhalten, einem wirtschaftlichen Bedürfnis nachzukommen.

Dass der Faktor Arbeit dadurch entlastet würde, sollte ernsthaft niemand behaupten wollen. In Deutschland beanspruchte der Staat im letzten Jahr 57 % des Volkseinkommens. Wer angesichts dessen glaubt, höhere Steuern und höhere Staatsausgaben würden unsere Probleme lösen, ist nach meiner Auffassung nicht von dieser Welt.

In Westdeutschland sind über 20 % der gering qualifizierten Menschen arbeitslos, in Ostdeutschland sind es sogar 50 %. Was wir benötigen, ist eine erhebliche Steigerung der Innovationsfähigkeit, ist eine Veränderung der Rate des technischen Fortschritts in unserem Land.

Die Schließungen der Werke von Continental in Hannover und AEG in Nürnberg sind hierfür ebenso ein beredtes Beispiel wie die angekündigten Entlassungen bei der Deutschen Telekom oder die Ausführungen des neuen Personalvorstands von VW, man könne ein ähnliches Produkt gleicher Qualität wie das der Mitkonkurrenten nicht zu höheren Kosten produzieren als die der Mitbewerber, ohne langfristig vom Markt zu verschwinden. Denn die Menschen kaufen **Güter** und Dienstleistungen nach **Qualität und Preis**. Bei gleicher Qualität entscheidet der Preis und nicht der Appell an Patriotismus. Können wir im Preis nicht konkurrieren, muss die Qualität besser oder der technische Fortschritt

schneller verarbeitet sein. Das gilt deutschlandweit, das gilt auch in Schleswig-Holstein.

Damit Dietrich Austermann nicht zum Leuchtturmwärter wird und künftig Besuchern unseres Landes die gute alte Zeit erläutert, muss auch die Innovationsfähigkeit der Landesregierung gesteigert werden. In vielen Politikfeldern ist die große Koalition in Kiel bereits jetzt auf dem Niveau von Rot-Grün angekommen, ein Niveau, das der jetzige Bundesfinanzminister einmal als „Pepita“ bezeichnet hat.

Dies zeigt sich besonders im Bereich der **Bildungspolitik**. Bildung ist die zentrale Triebfeder der Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Hier will die formal stellvertretende Ministerpräsidentin die Schwächen des schleswig-holsteinischen Schulwesens, für das sie seit langer Zeit verantwortlich ist - immerhin haben Sozialdemokraten 17 Jahre Bildungspolitik in Schleswig-Holstein gestaltet -, ausgleichen: Abitur für alle und folgerichtig ohne Sitzenbleiben. Angeblich soll den Kindern so mehr Gerechtigkeit widerfahren. Tatsächlich aber verwechseln die Schulministerin und ihr Gefolge Gerechtigkeit mit Gleichheit, und zwar nicht mit Chancen-, sondern mit Ergebnisgleichheit.

Zwar durfte die schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion noch anmerken, dass das, was von Union und FDP bisher als falsch angesehen wurde, nach wie vor falsch ist oder falsch geblieben ist. Aber sie wurde von Harry auf den Boden des Koalitionsvertrages zurückgeholt, bei dem es nicht auf das Ergebnis, sondern allein auf die Einigung ankommt. Dieses Scharmützel zeigte uns die Welt der großen Koalition in Kiel. Der Anspruch war CDU; die Wirklichkeit bleibt SPD.

Mir ist dabei auch klar geworden, dass Peter Harry der leibliche Großkoalitionär ist. Peter für die Sozialdemokraten in der Regierung, Harry für die Union. Wie im wirklichen Leben gilt auch hier die angemessene Gewichtsverteilung: Harry, hol schon mal den Wagen!

Alle Wortscharmützel um die Bedeutungshoheit über den Begriff der **Gemeinschaftsschule** gehen nach meiner Auffassung am Kern des Problems vorbei: In Schleswig-Holstein unterrichten zu wenig Lehrer, übrigens auch zu wenig ausgerichtet auf die Erfordernisse der Zukunft. Dadurch sind besonders die leistungsschwächeren Kinder benachteiligt, etwas, was gerade auch Sozialdemokraten ans Herz gehen müsste. Wir wollen deshalb 160 zusätzliche

(Wolfgang Kubicki)

Lehrer einstellen, und zwar dort, wo sie am meisten fehlen: an den Grund-, den Haupt-, den Real- und den Berufsschulen. Wir brauchen endlich eine Debatte über die Lehrinhalte und die Art der Vermittlung an unseren Schulen. Wir brauchen mehr Leistung in den Schulen und wir brauchen mehr Leistung durch die Schulen, auch und gerade, um die Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft insgesamt zu erhöhen.

Bildungspolitik beginnt aber nicht erst in der Schule. Frühkindliche Bildung ist wichtig, deshalb sollte auch Bildungspolitik hier schon beginnen und an den Erfordernissen ausgerichtet werden. Zur **frühkindlichen Bildungspolitik** der großen Koalition passt allerdings besser als das Wort „ausrichten“ das Wort „hinrichten“. Lieber Kollege Wadehul, Sie überfrachten die Kinderbetreuungseinrichtungen mit neuen Aufträgen, kürzen gleichzeitig aber den realen Wert der Zuweisungen des Landes, verteilen den viel zu kleinen Betrag nach wirklichkeitsfremden Kriterien und sehen sich außerstande, neuere Entwicklungen zu berücksichtigen.

Zum Vergleich: Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der drittgrößten Industrienation der Welt wurde im April auf die Vorjahrespreisbasis umgestellt. Das war möglich. Aber die große Koalition in Kiel sieht sich außerstande, die Vorjahresentwicklung bei Kindergärten und Kindertagesstätten zu verarbeiten. Das halten wir für bedenklich.

Wir wollen und müssen die Zuweisungen des Landes an die Kinderbetreuungseinrichtungen um 8 Millionen € auf 68 Millionen € anheben, wenn die Ziele, die definiert worden sind, überhaupt eine realistische Umsetzungschance erhalten sollen.

(Beifall bei der FDP)

Ich höre immer wieder den Einwand, Geld und Personal allein bringe es auch nicht. Man brauche eine neue Begeisterung, ein Engagement, unter Umständen auch eine Planübererfüllung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dem halte ich entgegen: Ohne Geld, ohne Personal wird dieser sehr wünschenswerte neue Idealismus entweder nicht entstehen oder nach kurzer Zeit bereits erlahmen. Gerade wer neue Begeisterung entfachen will, muss dafür auch ein Mindestmaß an materieller Basis bereitstellen.

Zum Politikfeld Bildung gehört auch die **Hochschulpolitik**. Der Wissenschaftsminister wartet als Wirtschaftsminister möglicherweise bereits so viele erloschene Leuchttürme, dass ihn der Lichtkegel der wissenschaftspolitischen Erleuchtung bis jetzt nicht bescheinen konnte. Die geplante **Fusion der Universitäten** des Landes wird uns noch lange be-

schäftigen, die Universitätsangehörigen im Übrigen auch. In Rheinland-Pfalz wurde die Landesfachhochschule gerade wieder aufgeteilt, weil sie sich als zu ineffektiv erwiesen hat. Genau die gleiche Verschwendung würde nach unserer Auffassung auch hier drohen. Die Gremienarbeit würde viel zeit- und nervenaufreibender, die Hochschullehrer hätten weniger Zeit für Forschung und vor allen Dingen für Lehre. Gepaart mit der vergleichsweise geringen Sachmittelausstattung unserer Universitäten würden viele aktuelle oder potenzielle Wissenschaftler abgeschreckt. Sie gingen oder kämen gar nicht erst hierher. Gewonnen wäre nichts, verloren aber viel.

So wie viele andere Fusionsgedanken, die durch die große Koalition wabern, ist beständige Quelle dieser Ideen der Chef der Unternehmensverbände und der IHK Kiel, der sich bei allen und zu allen Angelegenheiten berufen fühlt: IHKs fusionieren, Unis fusionieren, Länder fusionieren. In der Informationstechnik ist man bereits weiter. Dort hat sich gezeigt, dass **Dezentralisierung** und nicht Zentralisierung in aller Regel effizienter ist. Obwohl ich es nicht gern tue, stimme ich den Aussagen des ehemaligen Bürgermeisters des Landes Bremen zu, übrigens Sozialdemokrat, der derartige Fusionsgedanken als entsprungene aus einer Welt charakterisierte, die längst vergangen ist, der Welt der 50er-Jahre des letzten Jahrhunderts.

(Beifall bei der FDP)

Fusionsgedanken treiben auch den Innenminister unseres Landes, Dr. Stegner, um. Bei ihm sollen sich die Kommunen miteinander vereinigen, wenn nicht willig, dann unter Zwang. Wer etwas von Kommunalpolitik versteht oder wem das Wohl der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger am Herzen liegt, der weiß: Bevor die Strukturen verändert werden, muss entschieden sein, welche Aufgaben in ihnen erfüllt werden sollen. So sehen es offensichtlich nicht nur wir, sondern auch viele Mitglieder der kommunalen Basis der Union. Aber auch hier gilt, dass Peter Harry sagt, wo es lang geht.

Die CDU hat es versprochen, die SPD hat es anders gemacht. So sind sie nun, die großen Koalitionen. Um der einen oder anderen **Kommune** eine **Fusion** schmackhaft zu machen, bietet der Innenminister ihnen Geld an. Es ist selbstverständlich kaum Geld vom Land. Er will die Kommunen das Meiste aus dem Kommunalen Investitionsfonds zahlen lassen. Der KIF zieht sozialdemokratische Landespolitiker ja seit jeher an wie das Licht die Motten. Wir machen das nicht mit. Wir wollen die Entnahme unter-

(Wolfgang Kubicki)

lassen und den Kommunen das Geld verzinst zurückzahlen, das die rot-grüne Landesregierung ihnen zwischen 2001 und 2004 weggenommen hat: über 34 Millionen €.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die **Kommunen** müssen in die Lage versetzt werden, künftig mehr und stärker zu investieren, nachdem das Land schon seine Investitionen zurückfährt. Denn der Satz von Helmut Schmidt bleibt richtig: „Investitionen von heute sind Arbeitsplätze von morgen.“ Das gilt für private und öffentliche Investitionen gleichermaßen.

Zur Frage der Eigenbeteiligung bei der Heilfürsorge von Polizeibeamten und Feuerwehrleuten haben wir bereits ausführlich debattiert. Wir halten den eingeschlagenen Weg der Landesregierung für falsch, und es steht für die nächsten Jahre zu befürchten, dass dieser Weg konsequent weiter beschritten werden wird.

Mit der Fürsorge ist es auch bei einer anderen sozialdemokratischen Ministerin nicht so weit her: Frau Trauernicht traut sich vielleicht nur nicht, soziale Politik für die Menschen in Schleswig-Holstein zu machen. Leiden müssen darunter diejenigen, denen mit **Sozialpolitik** eigentlich geholfen werden soll: die Schwächeren in unserer Gesellschaft, zum Beispiel Blinde, Menschen mit anderen Behinderungen, HIV-Infizierte und AIDS-Kranke. Wir halten das für ungerecht, vielleicht sogar für kontraproduktiv, deshalb wollen wir für diese Menschen mehr Geld ausgeben als die große Koalition. Es ist doch geradezu aberwitzig, in einer Zeit stark ansteigender Infektionsraten bei AIDS die Mittel für die Selbsthilfegruppen zu kürzen.

(Beifall bei FDP und SSW)

Dies gilt im Übrigen auch für Arbeitsloseninitiativen und die Organisationen, die sich der Migrations- und Sozialberatung verpflichtet fühlen.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich sage es noch einmal, wer französische Verhältnisse nicht will - und hier appellieren ja Kommunen wie die Landeshauptstadt Kiel mit einem einstimmigen Ratsbeschluss nicht umsonst an den Landesgesetzgeber -, der darf hier jetzt nicht sparen, insbesondere nicht bei der Sprachförderung und der sozialen Eingliederung.

Wir wollen, dass sich **Menschen mit Behinderung** überall im Lande auf gewisse **Mindeststandards** verlassen können. Deshalb schlagen wir vor, dies

im Ausführungsgesetz zum Sozialgesetzbuch XII festzuschreiben.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sind dankbar - und das sage ich ausdrücklich auch in Richtung der Sozialdemokraten -, dass der Sozialausschuss wenigstens ansatzweise die Berechtigung unseres Anliegens erkannt und in einer Entschließung umgesetzt hat. Wir werden nicht nachlassen, landesweite Mindeststandards bei der Eingliederungshilfe zu fordern.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wollen auch bei der **Straffälligenhilfe** etwas mehr Geld ausgeben. Es ist für eine Gesellschaft ein gutes Geschäft, ehrenamtliche Helfer bei der Straffälligenhilfe zu unterstützen, nachdem die Personal- und Sachmittelausstattung der Justizvollzugsanstalten eine wirkliche Resozialisierungsarbeit kaum zulassen. Mit der ehrenamtlichen Straffälligenhilfe haben wir die Chance, die Rückfallquote unter den Straffälligen zu senken. Das nützt der Gesellschaft. Es gibt weniger Straftaten und der Staat muss weniger Geld für Strafverfolgung, Strafverfahren und Strafvollzug ausgeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen allerdings auch mehr Geld einnehmen, denn wir wollen die **Anteile des Landes** an der **HSH Nordbank AG** verkaufen. Das ist übrigens etwas, was die Union bis zur Landtagswahl auch wollte. Wir meinen, das Land sollte sich nicht an einer privaten Bank beteiligen, und wäre sie noch so ertragreich, denn was heute noch glänzt, kann morgen bereits verblasst sein. Auf die vielfältigen Probleme im Bereich der Genossenschaftsbanken, der Privatbanken, aber auch der öffentlich-rechtlichen Banken wie zum Beispiel der Berliner Bankgesellschaft will ich hier nur hinweisen.

Um eine Diskussion über den genauen Wert der Bank jetzt noch nicht öffentlich zu führen, haben wir einen sehr niedrigen Betrag für die 20,02%-Anteile des Landes angesetzt: 600 Millionen €. Die Zinszahlungen, die das Land dadurch unter den gegenwärtigen Bedingungen vermeiden könnte, liegen knapp unter den Erträgen, die der Finanzminister aus diesen Anteilen erwartet. Lieber Kollege Wiegard, bereits bei 640 Millionen € Erlös wären beide Alternativen zumindest rechnerisch gleichwertig. Wir sind uns beide einig, dass das eher die untere Marge eines Erlöses ist und nicht die obere.

(Wolfgang Kubicki)

Der Finanzminister ist gegen diesen Verkauf. Im NDR wurde er mit der Aussage zitiert, die Bank sei für einen Verkauf noch nicht gut genug aufgestellt. Das meinen wir nicht. Wir glauben eher, der Finanzminister mauert noch. Irgendwann in den Jahren 2007, 2008 wird er selbst als Initiator des Verkaufs auftreten und, lieber Herr Kollege Wadehul, ich bin gespannt, wie Sie diese Entscheidung nach der Erklärung, die Sie heute abgegeben haben, dann rechtfertigen.

(Beifall bei der FDP)

Wir meinen, bei solchen Geschäften erzielt hohe Renditen, der den Trend setzt, nicht wer ihm hinterherläuft. Denn je niedriger die angebotene Menge, desto höher der Preis und umgekehrt. Noch stehen nur wenige Landesbankanteile zum Verkauf, aber je länger wir warten, desto mehr werden es. Deshalb wollen wir jetzt verkaufen, Herr Kollege Wiegard, im Zweifel erst einmal an die Beteiligungsgesellschaft des Landes und zu einem späteren Zeitpunkt, auch im Interesse der Bank, an mögliche weitere Käufer. Es gibt vielfältige Modelle, bereits beschrieben, auch auf Bundesebene. Ich erinnere nur an den Verkauf der Telekom-Anteile an die KfW, um sie dann marktgerecht zu platzieren.

Ganz zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich auf eine letzte Frage eingehen. Uns liegt der erste eigenständige Haushaltsentwurf der großen Koalition vor. Der Finanzminister, der Kollege Rainer Wiegard, war einst der größte Kritiker der verschwenderischen und unverantwortlichen Finanzpolitik von Rot-Grün und er hatte Recht damit. Die Union hatte sich eine verantwortungsvolle **Haushaltspolitik** als eine Bedingung „sine qua non“ auf ihre Fahnen geschrieben. Was ist daraus geworden? Ein jämmerlicher **Verfassungsbruch** mit Ansagen und sinkenden Investitionen. So ist sie und so wird sie bleiben, die große Koalition: Anspruch CDU, Wirklichkeit SPD. Das mag die einen erschrecken, die anderen erfreuen. Ich kann im Hinblick auf das Weihnachtsfest 2005 nur sagen: Liebes Schleswig-Holstein, da hast du sie nun, die schöne Bescherung.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Oppositionsführer und nehme die Korrektur eingangs seiner Rede zur Kenntnis.

Bevor ich das Wort an den Fraktionsvorsitzenden der SPD erteile, begrüße ich sehr herzlich auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler des Klaus-

Groth-Gymnasiums Neumünster sowie Schülerinnen und Schüler der Beruflichen Schulen am Schützenpark, Kiel, und der Humboldtschule Kiel mit ihren begleitenden Lehrkräften. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile jetzt dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion, Lothar Hay, das Wort.

Lothar Hay [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Respekt vor der Funktion des Oppositionsführers hat mich dazu bewegt, zunächst dem Kollegen Kubicki das Wort zu geben, damit vielleicht auch etwas mehr Lebendigkeit in die Debatte kommt.

(Martin Kayenburg [CDU]: War wohl nichts!)

Ich bin dazu auch gern in der Zukunft bereit. Wenn ich allerdings Ihre Rede noch einmal kurz Revue passieren lasse, stelle ich fest: Ich habe das alljährlich wiederkehrende Déjà-vu-Erlebnis seit 1992 mit einem Unterschied: Für früher Simonis stand jetzt Carstensen, für früher Möller und Stegner stand jetzt Wiegard, sonst gab es nichts Neues in ihrer Rede. Sie sind zumindest den Anspruch, Opposition sollte Alternativen darstellen, wie in der Vergangenheit schuldig geblieben. Deshalb bin ich gern bereit, ihnen weitere 100 Tage Übungszeit als Oppositionsführer zu geben.

(Beifall bei SPD und CDU)

Sie haben die Ehrlichkeit des Finanzministers Wiegard kritisiert. Ich habe schon an dieser Stelle im September deutlich dazu gesagt, dass ich es angesichts der strukturellen Situation des Landeshaushalts für richtig halte zu sagen, was man in den nächsten Jahren machen kann und was nicht. Wir als Sozialdemokraten bleiben dabei. Wir werden es in den nächsten Jahren selbst bei bestem Willen bei steigenden Steuereinnahmen nicht erreichen können, hier einen **verfassungsgemäßen Haushalt** zu verabschieden. Das muss man einfach deutlich sagen.

Sehr geehrter Herr Kubicki, wenn ich richtig informiert bin, ist Ihre Partei an den Regierungen von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen beteiligt. Beiden Regierungen, beiden Landtagen ist es nicht möglich gewesen, auch aufgrund der dort vorhandenen Strukturschwäche, einen verfassungsgemäßen Haushalt vorzulegen. Da kann ich mit einem alten deutschen Philosophen, den Sie ja genauso gut

(Lothar Hay)

kennen wie ich, nur sagen: Das Sein bestimmt das Bewusstsein. - Das gilt im Übrigen auch für meine Parteikollegen in Hessen, die dort den Haushalt beklagt haben. Gerichte zu bemühen, um politische Entscheidungen zu korrigieren, sollte man sich sehr, sehr sorgfältig überlegen. Insofern sind wir sicherlich in einer bundesweiten Situation.

Deshalb ist dem Thema **Föderalismusreform** große Beachtung zu schenken. Ich gehe einmal davon aus, Herr Kollege Wadephul, dass wir im Januar noch einmal die Gelegenheit nutzen sollten, uns insgesamt mit dem Thema Föderalismusreform hier im Landtag zu beschäftigen und mit den Auswirkungen auf das Land Schleswig-Holstein. Ich glaube, dieses Thema ist wirklich wichtig.

(Beifall bei SPD und CDU)

Für die Landeshaus-Journalisten muss doch der so genannte Schulkrach in der großen Koalition wie ein vorweihnachtliches Geschenk in Sachen Themenfindung gewirkt haben. Darüber freue ich mich natürlich sehr und hoffe, dass damit sichergestellt ist, dass die schreibende Zunft wegen des nun fehlenden Drucks entspannt in die Weihnachtstage gehen kann.

Aber im Ernst: Für mich war nach der Erklärung von Gerhard Schröder in Sachen Bundestagsneuwahlen klar, dass Normalität in die große Koalition bei uns im Land erst nach der Bundestagswahl einkehren würde.

Nach Abschluss der Verhandlungen kennen wir den groben Rahmen der Vorhaben der großen Koalition in Berlin und können unsere Politik nun auch darauf ausrichten. Es ist so: Auch wir haben im **Land** jetzt die Mühen der **Umsetzungsebenen** erreicht. Ob Hochschulgesetz oder Schulgesetz - es wird in den nächsten Monaten sicher weitere Punkte geben, mit denen wir uns in der Koalition auseinander setzen müssen. Wichtig ist jedoch: Der Koalitionsvertrag gilt. Dort, wo es nichts zu interpretieren gibt, gibt es auch nichts zu interpretieren.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und an anderen Stellen?)

Die Koalitionspartner tauschen sich regelmäßig aus. - Frau Heinold, warten Sie den Rest meiner Rede ab; dann werde ich Ihnen das auch beantworten. - Dort, wo die Kommunikation untereinander verbessert werden muss, werden wir daran arbeiten. Mir persönlich ist wichtig, dass die Funktionsfähigkeit einer großen Koalition nicht nur an der wortgetreuen Umsetzung eines Koalitionsvertrages hängt, sondern auch an der beiderseitigen Bereitschaft,

sich über darüber hinausgehende Punkte inhaltlich auszutauschen und gegebenenfalls auch eine Position zu verändern. Ein Koalitionsvertrag ist zum Zeitpunkt X eine Momentaufnahme. Politik ist nicht etwas Statisches. Sie entwickelt sich. Eine große Koalition muss auch in der Lage sein - das sind wir auch -, neue Dinge aufzugreifen, gemeinsame Positionen zu finden und hier im Landtag umzusetzen. Daran werden wir als Sozialdemokraten auch aktiv mitarbeiten.

(Beifall bei SPD und CDU)

Der **Berliner Koalitionsvertrag** hat in verschiedenen Punkten erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung und politischen Gestaltungsmöglichkeiten in unserem Land. Wir sind als Koalition nicht so vermessen, dass wir glauben, in vielen Punkten eine Veränderung der Berliner Position zu erreichen. Gleichwohl werden wir unsere Kritik da, wo es für unser Land wichtig ist, deutlich machen müssen. Das sind wir auch der Aufgabe als Landtagsabgeordnete, als Landtag schuldig.

Es wird niemanden von Ihnen überraschen, dass wir als schleswig-holsteinische Sozialdemokraten die **Anhebung der Mehrwertsteuer** für einen richtigen Schritt halten. Diese Position haben wir im Land seit Monaten vertreten, auch während des Bundestagswahlkampfes. Wir haben keinen Zweifel daran gelassen, dass wir die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Senkung der Lohnnebenkosten für einen richtigen Schritt halten. Wir legen allerdings Wert darauf, dass der allergrößte Teil eben auch für die **Senkung der Lohnnebenkosten** genommen wird, um die gewünschten Effekte zu erzielen. Eine Senkung der Lohnnebenkosten ist eine Voraussetzung dafür, dass neue Arbeitsplätze auch in Schleswig-Holstein entstehen. Neue Arbeitsplätze bedeuten zusätzliche Steuereinnahmen. Dadurch erreichen wir irgendwann einmal das Ziel, das wir erreichen wollen, nämlich hier im Landtag einen verfassungsmäßigen Haushalt zu verabschieden.

(Beifall bei SPD und CDU)

Freude bei den Sozialdemokraten hat die Tatsache ausgelöst, dass es beim Konsens in Sachen **Ausstieg aus der Kernenergie** geblieben ist. Wir halten das für ein wichtiges und ein positives Ergebnis des Berliner Koalitionsvertrages.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich fällt es uns schwer, der **Reduzierung der Pendlerpauschale** zuzustimmen, da Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein, in einem Flächenland, in besonderem Maße davon be-

(Lothar Hay)

troffen sind. Umso wichtiger ist es, dass wir bei dem Thema Regionalisierungsmittel aufpassen, damit es hier nicht auch noch zu einer Reduzierung des öffentlichen und schienengebundenen Personennahverkehrs in Schleswig-Holstein kommt. Das ist ein Thema, das wir im Januar im Zusammenhang mit der Föderalismusreform diskutieren sollten. Wir haben im Landtag in den nächsten Tagen noch Gelegenheit, die ersten Pflöcke dazu einzuschlagen.

Für wichtig - das hat der Kollege Wadephul auch schon gesagt - halte ich, dass es bei der Gemeinschaftsaufgabe „Küstenschutz“ geblieben ist. **Küstenschutz** ist keine Aufgabe der norddeutschen Bundesländer, sondern eine nationale Aufgabe. Es geht insgesamt um die Interessen der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei SPD und CDU)

Die Einigung in der Frage Föderalismusreform wird - da mache ich einen kleinen Vorgriff - in Schleswig-Holstein in den einzelnen Punkten Nachteile mit sich bringen. Diejenigen Bundesländer, die sich für einen Wettbewerbsföderalismus ausgesprochen haben, haben sich an einigen Punkten durchgesetzt. Ich denke beispielsweise an die Übertragung der Organisations- und Personalhoheit im Beamtenrecht an die Länder. Hier werden wir vermutlich eine Tarifkonkurrenz der Länder untereinander erleben. Umso wichtiger ist es, zumindest im norddeutschen Bereich zu versuchen, eine solche Situation gar nicht erst entstehen zu lassen. Insofern bin ich mit dem Kollegen Wadephul ausdrücklich einer Meinung.

Der nächste Punkt ist der Wegfall der **Gemeinschaftsaufgabe „Hochschulbau“**, auch wenn 70 % der Mittel bis zum Jahr 2013 zweckgebunden gezahlt werden sollen. Hier müssen wir vorausschauend sehen, wie wir mit diesen Nachteilen für uns fertig werden sollen.

Die geplante Übertragung der **Kompetenz für den Strafvollzug** auf die Länder sehe ich ebenfalls kritisch. Die Europäische Union drängt zurzeit auf eine Vereinheitlichung. Sie ist in Deutschland von der sozial-liberalen Koalition 1977 schon hergestellt worden. Es erscheint mir völlig widersinnig, im Strafvollzug nun einen Weg in Richtung Kleinstaaterei zu gehen. Auch hier müssen wir uns über die Konsequenzen im Klaren sein.

(Beifall bei SPD und CDU)

Wir werden die Politik der großen Koalition im Bundesrat unterstützen. Ein Aufbruch wird uns aber

nur dann gelingen, wenn wir gemeinsam versuchen, die positiven Aspekte nach vorn zu tragen und die Initiativen, die auf Arbeit und wirtschaftliches Wachstum gerichtet sind, zu unterstützen.

Deshalb freut es mich auch, dass der neue Sozial- und Arbeitsminister Müntefering nicht den Kurs seines Vorgängers fortführt und den **Kommunen** nach schwierigen Revisionsverhandlungen zum Thema **Hartz IV** 3,55 Milliarden € zugesagt hat. Damit wird in den Kommunen eine akzeptable Nettoentlastung erreicht werden. Es bedarf nur noch der Zustimmung des Bundesrates am 21. Dezember. Die Bundesregierung täte gut daran, nicht zu versuchen, den schwarzen Peter in Richtung Länder zu schieben. Der entscheidende Fehler ist im Jahr 2004 gemacht worden, weil aufgrund nicht verlässlichen Datenmaterials ein Zustand eingetreten ist, für den die Kommunen nun wirklich nichts können. Das ist ein Fehler der alten Bundesregierung gewesen. Ich bin durchaus bereit, das hier sehr kritisch zu sagen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Zum **Haushalt** des Landes für **2006!** Von den Nettoausgaben des Haushaltes von 8,2 Milliarden € geben wir 9 % - das sind rund 738 Millionen € - für Investitionen aus. Vergleicht man das mit anderen Bundesländern, stellt man fest: Wir befinden uns im guten Mittelfeld.

38 % unserer Ausgaben sind Personalausgaben. Wir sind uns in der großen Koalition einig, dass Personal gespart werden muss. Dafür gibt es ein Personaleinsparkonzept, das auch umgesetzt wird. Aber man muss realistisch bleiben. In diesem Personalanteil sind beispielsweise die Lehrerinnen und Lehrer enthalten, an denen wir nicht sparen werden, und die gesamte Polizei, die mit ihrer Beteiligung an den Gesundheitskosten schon einen entscheidenden Beitrag für den Einzelplan 04 geleistet hat. Da muss man wirklich sagen: Das ist der richtige Weg.

Ein steigender Posten sind die Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte im Ruhestand. Da greift natürlich kein Personaleinsparkonzept mehr. Dennoch geht kein Weg daran vorbei: Wir müssen die **Personalkostenquote** sukzessive senken. Dazu werden auch die Funktionalreform und die Verwaltungsstrukturreform beitragen, über die wir im Januar sicherlich erneut diskutieren werden.

Der Haushalt ist von einem Spagat zwischen zwei Zielen geprägt, die einerseits unvereinbar scheinen, auf der anderen Seite untrennbar miteinander verbunden sind: Wir wollen den Haushalt konsolidieren, das heißt, dass wir unsere Ausgaben nicht be-

(Lothar Hay)

liebig erhöhen können, sondern weiter kürzen müssen. Es wird sich auch im Doppelhaushalt 2007/2008 nicht vermeiden lassen. Sonst kriegen wir das Ziel der **Konsolidierung** nicht hin. Darauf muss man sich in Vereinen und Verbänden schon jetzt einstellen. Es wird weitere Kürzungen geben müssen.

Wir wollen, dass in Zukunft mehr Einnahmen nach Schleswig-Holstein fließen, indem die Wirtschaft wächst, das heißt investieren. Investieren können und wollen wir nicht nur in Infrastruktur, sondern auch in die Köpfe und in die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. Wir gehen also über den herkömmlichen Investitionsbegriff hinaus, wenn wir gezielt Mittel für Bildung oder für innere Sicherheit ausgeben. Ich weiß, dass dieser **erweiterte Investitionsbegriff** nicht auf die Verfassungsgemäßheit des Haushaltes anwendbar ist. Wir haben das bereits in der alten Koalition diskutiert. Investitionen in Bildung sind für mich die richtigen Investitionen. Ich bin nicht bereit zu akzeptieren, dass hier mit verschiedenem Maß gemessen wird.

(Beifall bei SPD und CDU)

Um auch diese Investitionen bürgernah, zielgenau und so unbürokratisch wie möglich tätigen zu können, haben wir mit dem Koalitionsvertrag unter anderem den **Schleswig-Holstein-Fonds** eingerichtet. Eine Schwächung des Schleswig-Holstein-Fonds, wie ihn FDP und Grüne beantragt haben, würde zu einer Schwächung unserer Investitionen in wichtige Politikbereiche führen. Das wollen wir nicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das haben wir nicht beantragt!)

- Dann ziehe ich das hier zurück.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Heiterkeit)

Für das Jahr 2006 sind im Schleswig-Holstein-Fonds allein 80 Millionen € an Landesmitteln vorgesehen, die Investitionen in erheblicher Höhe auslösen werden. Insgesamt werden im Zeitraum 2005 bis 2009 415 Millionen € an Landesmitteln bereitgestellt, die Investitionen von mehr als 1,6 Milliarden € auslösen sollen. Das ist die richtige Antwort, um die Wirtschaft zu beleben, Arbeitsplätze zu sichern und mehr Steuereinnahmen des Landes zu bekommen. Deshalb kann man für den Schleswig-Holstein-Fonds keinerlei Kürzungen zulassen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Die Absage der Berliner Koalition an weitere **Steuersenkungen** ist ein richtiger Schritt. Die Bürgerin-

nen und Bürger haben nichts davon, wenn einige von ihnen weniger Steuern zahlen, der Staat aber viele Aufgaben nicht mehr wahrnehmen kann. Das gilt gerade für diejenigen, die ohnehin nicht auf der Sonnenseite unserer Gesellschaft leben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2006 wird Schleswig-Holstein voraussichtlich mehr Steuern einnehmen als 2005, und zwar insgesamt etwa 5,2 Milliarden €. Hätte es in den letzten Jahren keine Steuersenkungen, sondern eine stetige Weiterentwicklung bei gleich bleibenden Steuersätzen gegeben, so wären es 6,2 Milliarden € gewesen. Die massiven Steuersenkungen der letzten Jahre haben, das müssen wir leider konstatieren, nicht den gewünschten Effekt gehabt, den Konsum anzukurbeln und die Investitionen zu stärken. Die Unternehmen haben die Steuersenkungen vielmehr mitgenommen, weiter rationalisiert und Arbeitsplätze abgebaut. Aus meiner Sicht ist das der falsche Weg gewesen. Deshalb stehe ich Steuersenkungen grundsätzlich sehr kritisch gegenüber. Die jetzige Steuerquote ist nicht weiter absenkbar, weil dies im staatlichen Haushalt zu weiteren Verlusten führen würde.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der folgende Punkt ist nicht nur ein Spezialthema, das für den Europaausschuss von Bedeutung ist, sondern es ist für uns alle von Bedeutung. Das ist die Frage, wie es mit der **europäischen Strukturförderung** weitergeht. Die mehrdimensionale Betrachtungsweise, bestehend aus regionalen, politischen und finanziellen Gesichtspunkten, hat dazu geführt, dass Schleswig-Holstein in der Förderperiode 2000 bis 2006 in den Genuss hoher Förderbeträge kam. Das weiß auch der Kollege Baasch zum Stichwort ASH 2000. Allein für die Ziel-2-Gebiete sind in dieser Zeit 258 Millionen € geflossen, die Projekte von über 830 Millionen € ermöglicht haben. Darin enthalten sind 300 Millionen € an privaten Investitionen. Daran kann man sehen, wie wichtig und gut Geld aus Brüssel hier in Schleswig-Holstein eingesetzt worden ist und noch eingesetzt wird.

Wie ich schon sagte, es weiß niemand, wie die Förderung ab 2007 im Detail aussehen wird. Nach den Beschlüssen des EU-Gipfels in Lissabon im Jahre 2000 sollen auch die Strukturfonds dazu dienen, die EU bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, wobei das Ziel Nachhaltigkeit ist. Wir

(Lothar Hay)

können davon ausgehen, dass die bisherigen Ziel-2- und Ziel-3-Gebiete zu einem einheitlichen Ziel-2-Gebiet zusammengelegt werden. Die Förderung für besonders strukturschwache Gebiete wird in der Bundesrepublik nur noch die neuen Bundesländer betreffen. Im europäischen Gesamtkontext werden in erster Linie die neuen Mitgliedstaaten betroffen sein. In diesem Sinne wird die Strukturpolitik künftig stärker auf die Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union und weniger auf den reinen Nachteilsausgleich ausgerichtet sein. Dies kommt einem Paradigmenwechsel gleich. Ich glaube, wir alle haben noch nicht ganz verinnerlicht, was auf uns zukommen wird.

Ich bin allerdings erfreut darüber, dass die bisherige **INTERREG-Förderung** unter dem Gesichtspunkt der europäischen territorialen Zusammenarbeit vermutlich erhalten bleibt. Sie hat in Schleswig-Holstein drei verschiedene Gebietskulissen. Die kommunale Ebene beschäftigt sich schon intensiv damit. Wie ich gerade in dieser Woche feststellte, beschäftigen sich auch unsere dänischen Partner damit. Hier müssen wir zu Strukturen kommen, die für einen effektiven Mitteleinsatz unumgänglich sind.

Kritisch benennen müssen wir einen Punkt, der im Berliner Koalitionsvertrag steht. Sollte es - wie im Berliner Koalitionsvertrag vorgesehen - zu einer Begrenzung der Weiterführung der **europäischen Strukturförderung** auf die neuen Länder und die Grenzregionen zu den neuen europäischen Mitgliedstaaten kommen, so würden wir in Schleswig-Holstein erhebliche Einschnitte haben. Das betrifft das Regionalprogramm 2000 und weitere Programme, die wir dann nicht mehr in dem Maße wie bisher finanzieren können. Hier werden wir schon für den Doppelhaushalt 2007/2008 im Lichte der Brüsseler Entscheidungen die ersten Entscheidungen treffen müssen.

Ich hoffe, dass es uns gemeinsam gelingt, in Brüssel weiterhin deutlich zu machen, aus welchen Gründen diese Gelder für Schleswig-Holstein und seine weitere wirtschaftliche Entwicklung unverzichtbar sind. Wir müssen in Berlin auch deutlich machen, dass es keine Beschränkungen auf die Oder-Grenze oder den Bayerischen Wald geben kann. Dieses Gebiet war vorher enthalten und bleibt enthalten, weil Tschechien ein neues Mitgliedsland ist. Ich hoffe, dass wir hier an einem Strang ziehen können.

(Beifall bei SPD und CDU)

Zur **Verwaltungsstrukturreform** haben wir bereits gestern eine Debatte gehabt. Diese Verwaltungsstrukturreform ist aus Sicht der Sozialdemokraten auf einem guten Weg. In wenigen Wochen wird Herr Staatssekretär Schlie seine umfassenden Ergebnisse vorlegen. Ich gehe davon aus, dass wir hier im Landtag im Januar darüber diskutieren werden. Herr Stegner hat bereits durch das gestern vorgelegte Gesetz die im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen abgesichert. Nach den bisherigen Erkenntnissen ist davon auszugehen, dass die Bereitschaft auf der Amtsebene, zu freiwilligen Zusammenschlüssen zu kommen, größer ist, als wir alle es erwartet haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich mag mir nicht vorstellen, wie die Entwicklung gewesen wäre, wenn von vornherein Adventstürchen für besondere Einzelfälle aufgemacht worden wären. Ich glaube, wir wären mit Einzelfällen überhäuft worden. Insofern bin ich dankbar dafür, dass die Regierung bei dem Vorschlag geblieben ist, dass mindestens 8.000 Einwohner erreicht werden müssen. Damit sind wir - was die Verwaltungsstrukturreform betrifft - auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der SPD)

Die schon in der Zeit der rot-grünen Regierung in Schleswig-Holstein intensivierete **Zusammenarbeit mit Hamburg** ist auch in diesem Jahr ein gutes Stück vorangekommen. Es gibt weitere gemeinsame Vertretungen im Ostseeraum. Es ist gemeinsam mit Niedersachsen und Hamburg eine Geschäftsstelle für die Metropolregion geschaffen worden. Für mich steht allerdings fest: Ich bin für so viel Zusammenarbeit und Kooperation wie möglich, allerdings bin ich nicht bereit, einen Nordstaat zu akzeptieren. Meine persönliche Meinung ist: Ich lehne es für die Menschen in unserem Land ab, sich für vermeintliche oder tatsächliche Synergieeffekte die Identität nehmen zu lassen. Wir sind Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner. Ich möchte das auch gern bleiben.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

Ich bin tolerant genug, um in dieser Frage auch andere Meinungen zuzulassen. Ich weiß, dass in diesem Fall zumindest Frau Kollegin Spoorendonk fest an meiner Seite und auch hinter mir steht.

Man konnte es ahnen und in den letzten Tagen lesen: Beim Thema **Bildung** findet sich immer wieder die eine oder andere kleinere oder größere Schwierigkeit, mit der man in einer großen Koalition umgehen muss. Das war in der anderen Koaliti-

(Lothar Hay)

on ähnlich. Wir müssen allerdings mit völlig aus der Luft gegriffenen Interpretationen von klar formulierten Positionen vorsichtig sein. Im Bildungsbereich haben wir wirklich klar formuliert, weil wir wussten, was auf uns zukommt. Die Bildungsministerin wird im nächsten Jahr einen Entwurf für die Novellierung des Schulgesetzes auf den Tisch legen, der viele Punkte aus dem Koalitionsvertrag beinhaltet. Wir werden sicher über Nuancen und Ausrichtungen diskutieren wollen und diskutieren müssen, aber auch in der großen Koalition sollte niemand daran gehindert werden dazuzulernen. Dafür muss es natürlich eine entsprechende Offenheit geben. Wir im Parlament sind aber zukunftsfähig. Deshalb gehe ich davon aus, dass es hier in allen Reihen nur zukunftsfähige und offene Menschen geben wird.

Wichtige Punkte im Bildungsbereich sind für die nächsten Monate der Bildungsauftrag der Kindertagesstätten, die Frage der offenen und gebundenen Ganztagschule, das Thema des Wiederholens von Schuljahren, die Veränderungen der Oberstufe und das Abitur nach zwölf Jahren mit Einschränkungen, denn Bayern hat hier Erfahrungen gemacht, die wir berücksichtigen müssen. Weitere offene Fragen sind das dreigliedrige Schulsystem und die Gemeinschaftsschule. Ich bin dankbar für die klare Interpretation, die Sie, Herr Ministerpräsident Carstensen, in der vergangenen Woche gegeben haben. Dafür sage ich Ihnen aus Sicht der SPD-Fraktion meinen vorweihnachtlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen möchte ich auf das Folgende Wert legen: Die von Frau Erdsiek-Rave vorgelegten Papiere enthalten mitnichten nur diejenigen Positionen aus dem Koalitionsvertrag, für die Sozialdemokraten stehen. Auch die von den Christdemokraten durchgesetzten Punkte finden sich dort entsprechend wieder. Das ist der Koalitionsvertrag, den wir so bei der Novellierung des Schulgesetzes umsetzen werden.

Lassen Sie mich noch kurz einige Bemerkungen zum **Hochschulgesetz** machen. Ich habe es an anderer Stelle schon deutlich gemacht, dass hier viele Punkte enthalten sind, die wir Sozialdemokraten mittragen. Ich denke dabei daran, dass Handwerksmeister mit einer abgeschlossenen Meisterprüfung den Zugang zu Hochschulen bekommen sollen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, um für ein Studium durch Menschen aus der Praxis neue Ressourcen zu erschließen. Man mag es mir nachsehen, dass ich dies sage: Mein Vater hatte einen entsprechenden Beruf. Ich fühle mich dem Handwerk immer noch

sehr verbunden, auch wenn meine Hände im handwerklichen Bereich sicherlich zu links wären.

Es gibt die Überlegungen des Wissenschafts- und Wirtschaftsministers zum Thema **Studiengebühren**. Hier gibt es eine klare Festlegung im Koalitionsvertrag. Daran werden wir uns halten. Was die Mitbestimmungsmöglichkeiten betrifft, so ist aus Sicht der Sozialdemokraten die bisherige Mitbestimmung gut gelaufen. Wir können uns nicht vorstellen, dass die Beteiligung des nicht wissenschaftlichen Personals durch demokratisch in keiner Weise legitimierte Beratergremien oder solche, die sich dafür halten oder zu solchen ernannt werden, abgeschafft wird. Das ist nicht der richtige Weg. Wir sollten an dieser verantwortlichen Position im Hochschulbereich festhalten.

Nun gibt es ein Thema, das zumindest in zwei, vielleicht in zweieinhalb Regionen des Landes zu großer emotionaler Aufgeregtheit geführt hat. Es ist das Thema **Landesuniversität**. Es bedarf sicherlich noch vieler ausführlicher Diskussionen, die allerdings nicht unendlich lange dauern dürfen. Irgendwann muss eine Entscheidung getroffen werden. Sollte die Durchsetzung einer Landesuniversität zu wirtschaftlichen Nachteilen beispielsweise in Lübeck mit einem erheblichen Verlust an Forschungsbeziehungsweise Drittmitteln führen, so darf eine solche Entscheidung aus meiner Sicht natürlich nicht getroffen werden; das können wir uns nicht leisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was die größeren Projekte in Schleswig-Holstein angeht wie Science-Center, Flughafen Holtenu, Hafen Husum, so müssen wir sehr genau darauf achten, dass überall Sinnvolles getan und Unsinniges verhindert wird. Auch wenn Gelder in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen sollten, muss man sich hüten, Geld in Projekte zu stecken, deren Folgekosten so hoch sind, dass anschließend die Frage gestellt werden muss: Liebes Land, kannst du uns bitte bei den Folgekosten unterstützen? Das können wir uns einfach nicht leisten. Da muss man den Mut haben, auf Geld aus Brüssel zu verzichten.

(Beifall bei SPD und FDP)

Gerade im Bereich der Wirtschaftspolitik gibt es ein Themenfeld, das wir noch stärker - da vertraue ich auf den Kollegen Europaminister Döring - in den Vordergrund schieben müssen. Das ist das Thema **„Zukunft Meer“**. Wir können nicht in alle möglichen x-beliebigen Projekte investieren, sondern wir sollten uns auf wenige, umsetzungsfähige Dinge beschränken. Dabei sollten wir aber der

(Lothar Hay)

Phantasie und der Kreativität der Menschen in diesem Bereich genügend Nahrung geben, um neue, zukunftsweisende Ansätze auf den Weg zu bringen. Wenn diese realisierbar erscheinen, können sie trotz geringer Mittel mit einer Förderung versehen werden, weil ich mir davon verspreche, dass es noch mehr Arbeitsplätze für Schleswig-Holstein in einer noch zukunftsfähigeren Wirtschaft gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der **Tourismus** spielt in Schleswig-Holstein eine immer wichtiger werdende Rolle, obwohl er in den letzten Monaten schwierige Situationen zu überstehen hatte. Die Stagnation ist nicht zu übersehen. Die Konkurrenz mit Mecklenburg-Vorpommern ist da. Die fertig gestellte A 20 - ein wesentlicher Punkt, der von der rot-grünen Regierung ja auch immer vorangetrieben wurde, und zwar trotz der kleinen Schwierigkeiten, die es darum schon einmal gab - führt dazu, dass die pommersche Ostseeküste in erreichbarer Entfernung ist. Sie kann sehr kurzfristig erreicht werden. Dazu gibt es ein Preis-Leistungs-Verhältnis, das im Gegensatz zu dem unsrigen steht. Wenn man Berliner Urlauberinnen und Urlauber, also diejenigen aus der großen Metropole, binden will, dann muss man vor Ort ein akzeptables Angebot haben.

Die Frau Präsidentin und ich haben im hohen Norden ein wunderbares Hotel, dessen Namen ich hier aus bestimmten Gründen natürlich nicht nennen darf, wo jemand bereit ist, zusätzliches Geld aufzubringen, ohne dass das Land Fördergeld zur Verfügung stellen muss. Hier wird nämlich gesagt: In diesem Segment gibt es noch ein Potenzial zum weiteren Ausbau. Solche unternehmerische Initiative müssen wir von Landesseite aus unterstützen, wie wir beide es im Interesse unseres Wahlkreises gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt noch einen weiteren Punkt. Er betrifft die **Sparkassen**. Wir haben ab 1. Januar einen neuen Präsidenten des Sparkassen- und Giroverbandes. Auch bei den Kreditinstituten muss stärker eine Bereitschaft vorhanden sein, im touristischen Bereich Investitionen mit Krediten zu unterstützen. Investitionen in den Tourismus sind keine verlorenen Investitionen, sondern sie machen dieses Land wettbewerbsfähiger. Daran sollten wir alle gemeinsam arbeiten.

Lassen Sie mich wenige Bemerkungen zu einigen politischen Themenfeldern machen, die wir bisher nur kurz gestreift haben.

Zunächst zum Thema **Ausbildung**. Wir müssen es in den nächsten Jahren trotz der bekannten Haushaltssituation erreichen, beim Land auf Ausbildungszahlen zu kommen, die denen der Vergangenheit entsprechen. Das bedeutet eine Kraftanstrengung. Dabei wissen wir, dass eigentlich nur da ausgebildet werden sollte, wo es auch eine Möglichkeit außerhalb des Landesdienstes gibt, anschließend in dem Ausbildungsberuf zu bleiben.

Wir können von Handwerksmeistern nicht verlangen, weit über ihren eigenen Bedarf auszubilden, wenn wir selber nicht mit einem guten Beispiel vorangehen.

(Beifall bei der SPD)

Zur **Amtsgerichtsreform** ist schon kurz etwas gesagt worden. Unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit ist die angestrebte Lösung aus der Sicht der SPD-Fraktion der richtige Weg. Dahinter stehen wir auch. Ich gehe davon aus, dass alle diese Lösung mittragen können.

Mit den Entscheidungen zum **SGB XII** haben wir in Richtung Zusammenarbeit zwischen der kommunalen Familie und dem Land einen bedeutenden Schritt nach vorn getan. Die Forderungen und kritischen Anmerkungen des Landkreistages sollten im Jahr 2006 noch einmal in die Prüfung einbezogen werden, damit wir für 2007 zu einer bestandsfesten Lösung kommen.

Die Entscheidung der Sozialministerin, den **Heimbewohnern** weiterhin eine **Weihnachtsbeihilfe** von 34 € pro Person zu zahlen, unterstützt meine Fraktion, weil diese Entscheidung den Schwächsten in der Gesellschaft gegenüber fair und angemessen ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Detailfragen sollte man im zuständigen Ausschuss ansprechen. Wer von sozialer Gerechtigkeit redet, musste für die Heimbewohner entscheiden.

(Beifall bei der SPD)

Ich freue mich sehr, dass es in diesen Tagen zu einer **Vereinbarung** mit den **Wohlfahrtsverbänden** gekommen ist, die den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen sehr ähnlich ist. Gerade für die Wohlfahrtsverbände ist es wichtig, dass sie für die nächsten Jahre Planungssicherheit haben.

An dieser Stelle darf aus dem Munde eines sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden natürlich kein Wort zum Thema **Minderheitenpolitik** fehlen, und zwar im Geiste auch von Kurt Hamer. Mit

(Lothar Hay)

dem, was wir bereit sind, gemeinsam mit den Christdemokraten zu unterstützen, knüpfen wir an die Vergangenheit an, auch wenn wir wissen, dass angesichts der Haushaltssituation nicht alles im Bereich der Minderheiten verändert werden konnte. Wir meinen aber, dass wir mit unserer Entscheidung einige Dinge mittragen, mit denen wir der dänischen Minderheit und den Friesen entgegenkommen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch einen Blick in Richtung Berlin werfen. Ich höre, dass in Berlin wieder diskutiert wird, ob die Unterstützung von Minderheiten nicht als Subvention aufzufassen ist. Dazu kann ich nur sagen: Wer auf diesem Weg argumentiert, Minderheiten in Deutschland als Empfänger von Subventionen zu betrachten, ist auf einem falschen Weg. Subventionen sind etwas anderes. Minderheiten bekommen keine Subventionen, sondern sie bekommen das, was ihnen aufgrund ihres Ranges in der Verfassung zusteht.

(Beifall bei der SPD)

Würde ich an dieser Stelle gar nichts zum Thema **Umweltpolitik** sagen, dann wären viele Leute enttäuscht. Wir fühlen uns als Sozialdemokraten in der Tradition und in der Kontinuität von Berndt Heydemann und der rot-grünen Koalition. Deshalb haben die Entscheidungen des Umwelt- und Landwirtschaftsministers nicht nur unsere Zustimmung gefunden. Ich freue mich aber, dass es hier ein ausdrückliches Bekenntnis zur Fortsetzung der Förderung des Ökolandbaus gegeben hat. Was allerdings die Themen Landesjagdzeitenverordnung, Aufhebung des Knick-Erlasses mit allen Folgeproblemen und die beabsichtigte Verlängerung des Strandparkens in St. Peter-Ording betrifft, so kann ich nur sagen: Pacta sunt servanda.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin gern bereit, denen, die das nicht verstanden haben, eine Erklärung zu geben; man kann aber auch bei Wikipedia nachgucken.

Der Austausch von Argumenten sollte auch im Bereich des Umweltschutzes nicht verboten sein. Gerade eine intakte Umwelt und Natur ist für den Tourismus ein wesentlicher Punkt. Darauf legen die Urlauber in Schleswig-Holstein Wert.

Zum Schluss möchte ich mich der Opposition zuwenden. Man konnte in den Zeitungen lesen, dass die Zusammenarbeit zwischen Grünen und FDP durch ein gemeinsames Treffen im Januar intensiviert werden soll. Ich nehme an, dass es sich nicht um das Dreikönigstreffen handelt. Ich kann diese

Absicht durchaus nachvollziehen. Nach dem Projekt 18 kommt das Projekt Gelb-Grün. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei den Annäherungsversuchen. Der FDP-Bundesvorsitzende sieht das Verhältnis zu den Grünen eher kritisch. Aber ich weiß ja, wenn Wolfgang Kubicki die Ablehnung aus Berlin bekommt, ist er besonders motiviert, dann geht er da erst richtig herran.

Die **Haushaltsanträge** der **FDP** und der **Grünen** unterscheiden sich fundamental. Die FDP, die einen wunderschönen Strauß „Nice to have“-Förderung vorschlägt, hat sich auch Gedanken über die Finanzierung gemacht, die in den vergangenen Jahren leider erfolglos gewesen ist. Ihr fällt wie in den Vorjahren nur eines ein: ein Verkauf der Landesanteile der HSH Nordbank. Dies, Herr Oppositionsführer, wäre total widersinnig. Erstens würde ein Verkauf der Landesanteile an der HSH Nordbank nur 600 Millionen € bringen. Das reicht nicht einmal für einen einzigen ausgeglichenen Jahresetat. Zweitens erzielt das Land Schleswig-Holstein jedes Jahr mehr Geld aus seiner Dividende, als es nach einem Verkauf an Zinsen einsparen würde.

(Beifall bei der SPD)

An anderer Stelle schlägt die FDP vor, die Arbeitsmarktpolitik des Landes künftig nicht mehr von der BSH koordinieren zu lassen und dadurch gut 1,6 Millionen € einzusparen. Die Vorstellung der FDP, man könne Aufgaben im Wert von 1,6 Millionen € ohne zusätzlichen Personalaufwand und sozusagen kostenlos durch Mitarbeiter in den Ministerien erledigen lassen, zeugt von einer bemerkenswerten Naivität.

Eine letzte Bemerkung zu Ihnen, Herr Kubicki. Ich finde, Sie sollten Ihren Feldzug gegen den Flüchtlingsbeauftragten des Landes lieber unterlassen. Vielleicht ist Ihnen verborgen geblieben, dass die zur Verfügung gestellte Summe nicht dem Beauftragten, sondern seinem Amt zukommt. Hierüber sollten Sie noch einmal nachdenken.

(Beifall bei SPD und SSW)

Was unseren ehemaligen Koalitionspartner angeht, so sind seine Vorstellungen erheblich realistischer. Das begrüßen wir. Die allgemeine Kritik an der Koalition weisen wir wie in der Vergangenheit zurück.

(Lachen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch in anderer Konstellation hätten beispielsweise Vorarbeiten für eine Änderung des Schulgesetzes einige Zeit in Anspruch genommen. Ich kann nur sagen: Immer schön auf dem Teppich bleiben!

(Lothar Hay)

Meine Damen und Herren, ich freue mich mit Blick auf das Jahr 2006 auf den Disput, auf die Diskussion mit der dann zusammengedrängten grün-gelben Opposition.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Schluss möchte ich die Gelegenheit nutzen, allen für ihre Arbeit zu danken, die unser Land auf der Seite des öffentlichen Dienstes vorangebracht haben. Das sind die rund 23.000 Lehrerinnen und Lehrer, die 8.200 Polizistinnen und Polizisten, die 5.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizbereich, die 4.600 im technischen Bereich Tätigen, die 4.500 Beschäftigten der Steuerverwaltung und die rund 2.800 - nur 2.800 - in den obersten Landesbehörden arbeitenden Menschen. Mein Dank gilt natürlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der von mir aus Zeitgründen nicht genannten Bereiche. Ihnen allen wünsche ich ein frohes Weihnachtsfest. Ich bin mir sicher, dass Sie sich auch im Jahr 2006 für unser Land engagieren werden. Denken Sie daran: Sie alle sind Schleswig-Holstein, nicht nur wir.

(Anhaltender Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Fraktionsvorsitzenden, Frau Anne Lütkes, das Wort.

Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilt sich, wie es bei großen Haushaltsdebatten schon fast Tradition ist, ihre Stellungnahme auf. Ich werde etwas zum Gesamteindruck der Regierungspolitik sagen, und im zweiten Teil wird unser finanzpolitischer Sprecher zu haushaltstatsächlichen und haushaltspolitischen Fragen Stellung nehmen.

Meine Damen und Herren, sieben Monate große Koalition in Schleswig-Holstein - eine aufregende Zeit. Bis zur gemeinsamen Pressekonferenz der beiden Fraktionsvorsitzenden vor kurzem fragten wir uns: Was ist die zentrale Botschaft? Diese Frage ist geklärt, auch heute, nach mehreren Interpretationsreden, bestätigt. Die Botschaft lautet: Wir sind entschlossen, gemeinsam die Gemeinsamkeiten zu suchen. Wir sind entschlossen, die Auslegung unseres Koalitionsvertrages zu erarbeiten. Und, meine Damen und Herren, die Botschaft lautet: Alles wird gut.

Insofern besteht natürlich große Übereinstimmung zwischen dem Ministerpräsidenten und den Fraktionsvorsitzenden. Ihre Strategie: Die Politik lebt von Wiederholungen. Je öfter man es sagt, umso mehr wird es geglaubt. Man muss es nur strahlend genug sagen, und die klare Botschaft zu formulieren, ist eine Kunst, die jeder Pressesprecher beherrscht.

Meine Damen und Herren, so hörten wir schon bewundernd die ersten Aussagen des Ministerpräsidenten in seiner Eigenschaft als Präsident des Bundesrates. Er erklärte: Die Welt, in der wir heute leben, ist global. Richtig, hat die „FAZ“ gesagt und zu Recht fragte die „FAZ“ aber auch: Herr Präsident, was wollen Sie uns damit sagen?

Schleswig-Holstein ist Vorsitzland des Bundesrates. Dies ist eine hervorragende Gelegenheit, die Interessen des Landes Schleswig-Holsteins, die Interessen Deutschlands und auch die Europas richtungweisend in Berlin zu formulieren. Nur, Ihr erster Versuch einer fundierten - einer fundierten? - Föderalismusreform, Ihr erster Versuch eines Vorschlags endete, so lesen wir in der Zeitung, doch recht kläglich. Leider; denn in einigen Punkten teilen wir doch Ihre Auffassung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zu Ihren Hinweisen zu **Europa**. Wie soll sich der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in Europa entwickeln, wenn Sie aus Ihrer Sicht davor warnen, noch mehr Zuständigkeiten auf Europa zu übertragen? Wie definieren Sie Region? Meinen Sie damit den Nationalstaat?

Alle hier vertretenen Fraktionen haben in mehreren Debatten die Verfassung der Europäischen Union im Entwurf begrüßt. Wir wollen gemeinsam eine verfasste Gemeinschaft und wir wollen eine europäische und eine bundesdeutsche Verfassung geachtet wissen.

Schauen wir vor diesem Hintergrund auf den Haushaltsplanentwurf, wie er vorliegt, so stellen wir fest: Nicht nur hier im Land, sondern zwischenzeitlich auch im Bund haben zwei große Koalitionen erhebliche Probleme mit der Verfassungsgemäßheit des Haushalts. Aber der Kreis der Kritiker ist gewachsen. Zu Recht hat der Bundespräsident in Ansehung der Diskussion um die Verfassungsgemäßheit sehr deutlich gemahnt, Gesetze müssten mit Sorgfalt und mit Respekt vor der Verfassung vorbereitet werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **öffentlichen Haushalte** bilden zu Recht die Grundlage unserer Gesellschaft. Insofern haben die

(Anne Lütkes)

Regeln zu Recht **Verfassungsrang**. Der Bundespräsident spricht von Sorgfalt und Respekt. Sorgfalt und Respekt suchen wir hier an vielen Punkten vergeblich. Ich möchte nur daran erinnern, dass Sie die Frage der Klagebefugnis gegen den Haushalt verneint haben und sich selber nicht daran erinnern, dass der Herr Finanzminister die Genossen selber vor nicht allzu langer Zeit noch gewarnt hat, mit der Verfassung Pingpong zu spielen. Das tun Sie nun selber und das tun Sie in fröhlicher Aufbruchstimmung, wie der Herr Ministerpräsident konstatiert.

Dynamik, Tempo für Schleswig-Holstein in Ihrem Hunderttageprogramm Ende Mai noch verkündet - wo bleibt sie und wo bleibt insbesondere die Sorgfalt, die der Bundespräsident anmahnt? Minister und Ministerinnen - mitunter auch der Ministerpräsident - legen - mitunter recht hektisch - Eckpapiere und Gesetzentwürfe vor. Die Sprecher der Koalitionsfraktionen fallen ebenso hektisch, aber konsequent über ihre eigenen Minister und Ministerinnen her, die Papiere werden zurückgezogen und der Ministerpräsident fährt durchs Land, schüttelt Hände und freut sich. Stets guter Laune verkündet er, dass nun alles besser werde, denn er, aber insbesondere der Schleswig-Holstein-Fonds werden es schon richten.

Herr Ministerpräsident, Sie haben einiges angekündigt. Sie haben einiges getan. Sie haben den Haushalt in nicht verfassungsgemäßer Qualität vorgelegt.

(Zuruf von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

- Ich habe durchaus schon einmal einen Haushalt vorgelegt. Sie wollten den Schleswig-Holstein-Fonds. Auch da haben Sie geschaut, was wir in der Vergangenheit getan haben. Sie wollten ihn in Ihrem Wahlprogramm noch sehr massiv aufblähen. Jetzt haben Sie Schuldscheine ausgefüllt und im Einzelplan 11 zusammengeführt. Millionen Schulden werden hier gemacht. Da, Herr Kollege von der CDU, ist es schon tragisch, wenn Sie diese Millionen von Schulden hoch halten, aber gleichzeitig die Sozialministerin schelten, wenn sie 500.000 € für soziale Zwecke zur Verfügung stellen will. - Haushaltsrechtlich sei das einmal dahingestellt.

(Lachen bei CDU und FDP)

- Ich hätte Ihnen zeigen können, wie es haushaltsrechtlich geht. - Meine Damen und Herren, hier wird nicht umgeschichtet, hier werden **Schulden** gemacht, mit Dynamik, mit Tempo, aber nicht mit

Sorgfalt. Es wird nachgebessert und die Verfassung bleibt auf der Strecke.

Herr Ministerpräsident, Sie haben gemeinsam mit Ihren Koalitionären angekündigt, 200 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer an die Schulen zu schicken. Das haben Sie tun können, weil es von Rot-Grün vorbereitet war. Hier haben Sie die Dynamik, das Tempo und auch die Sorgfalt, sich alte - fremde - Federn an den Hut zu stecken.

Bei der Deregulierung warten wir vergeblich auf Taten. Sind es Taten, sind es Untaten? Was mag es sein, was Herr Schlie vorbereitet? Der 5. Januar wird hier beschworen. Wir warten gern. Wir warten auf die Auslegung, auf Tempo, auf Dynamik und haben bisher als Ergebnis nichts als Begriffsverwirrung.

Auch in Sachen **Umwelt** wurde einiges versprochen. In Ihrem Wahlprogramm sprachen Sie von einer nachhaltigen Förderung unserer einzigartigen Landschaft. Mit der Förderung sollte der Waldanteil auf 12 % der Landesfläche angehoben werden. Forstpolitisch ist es gut. Aber jetzt im Haushaltsplamentwurf sehen wir Kürzungen. In Ihrem Koalitionsvertrag ist noch von Neuwaldbildung die Rede. Ist das eine Frage der Auslegung des Koalitionsvertrags, Herr Kollege?

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Johann Wade-phul [CDU])

Der Wald ist jedenfalls einer der großen Verlierer der großen Koalition: deutlich weniger Natur und deutlich weniger Landschaftsschutz für Schleswig-Holstein.

(Thomas Stritzl [CDU]: Na, na!)

Wir haben entsprechende Anträge vorbereitet, Sie können heute noch Ihre Meinung ändern und ihnen zustimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir einmal weiter auf Ihre Gestaltungsarbeit. Herr Austermann ist sehr aktiv. Die **Zwangsfusion** der **Industrie- und Handelskammern** sei noch einmal in Erinnerung gerufen, die er so gern haben wollte. Er nervte die Betroffenen mit Dynamik, mit Tempo, mit wenig Sorgfalt und die Vertreter der Wirtschaft lösten es dann für ihn. Herr Driftmann sagte anlässlich des Grünkohlessens auch: Es ist alles gut, die Kommunikation mit der Regierung war noch nie so gut wie jetzt. Das war auch wieder sehr interessant. Sagen wir so oft es geht: Es wird alles gut.

(Anne Lütkes)

Ihre große Koalition meint das namentlich auch, aber der Kollege Hay hat eben wenigstens etwas wieder zurechtgerückt, nämlich zum Thema **Landesuniversität**. Mit den Betroffenen vorab vielleicht einmal zu sprechen, vielleicht auch einmal die eigenen Wahlprogramme - das von der CDU oder das von SPD - oder gar die Bibel, den Koalitionsvertrag, zu lesen, das fand der Minister nicht so wesentlich. Insofern gab es einen Ruck, aber es gab offensichtlich keine Mehrheit im Kabinett und - wenn ich das so sagen darf - eine Schublade öffnete sich und das Projekt wurde hineingelegt - letztlich auch mit Tempo und Dynamik. Herr Herbst sagte sehr vieldeutig, man müsse hier im Plenum noch viel diskutieren. Ich denke aber, am bezeichnendsten war die Äußerung des Kollegen Nabel zu Herrn Austermann, der formulierte: Auf das Handeln der Koalition wird es aber keinen Einfluss mehr haben. Das ist sehr interessant und sehr symptomatisch. Und der Ministerpräsident fährt freundlich lächelnd über das Land und schüttelt Hände.

In Angriff genommen wurde - das wurde hier schon erwähnt - die Reform der Amtsgerichte. Darüber reden wir morgen noch einmal, aber auch das ist kein Lehrbeispiel für interne und externe Kommunikationsfähigkeit. Auch hier Tempo, Dynamik und ganz klar wenig Sorgfalt.

Zum Thema **innere Sicherheit** lieferten Herr Stegner und die große Koalition bisher drei schwarz-rote Politikstücke ab. Gestern wurde die präventive Rasterfahndung unbefristet ins Gesetz geschrieben - temporeich, aber ohne rechtstatsächliche Evaluierung, das wäre die notwendige Sorgfalt gewesen.

Zweitens bescherte uns Herr Stegner einen Gesetzesentwurf, mit dem er weitgehend **polizeiliche Befugnisse** in den Grenzbereich, in den Bereich des Gefahrenvorfeldes verschiebt. Das ist ein völliger Bruch in der Kontinuität sozialdemokratischer Rechts- und Sicherheitspolitik hier in diesem Land.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg
[FDP])

Die Gesetzesinitiativen des SPD-Ministers lesen sich wie das CDU-Wahlprogramm: Einführung der Schleierfahndung, Videoüberwachung im öffentlichen Raum, Einführung des Kfz-Kennzeichenerkennungssystems und der DNA-Analyse in anderer Form. Es fehlt nur noch der finale Rettungsschuss.

Der dritte Punkt, ein ähnlicher Wertewandel, ist beim Thema **Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber** zu finden. Es ist wahrlich keine humane Flüchtlingspolitik, was hier vorangetrieben wird.

Ohne Not wird die Unterbringung in der Gemeinschaftsunterkunft ausgeweitet. Von Respekt vor den Menschen, die bei uns ihr gesetzliches Recht auf Asyl nachsuchen, ist das nicht gekennzeichnet.

Herr Stegner, die Verwaltungsstrukturreform und die **Funktionalreform** sind hier gestern schon ausführlich erörtert worden. Interessanterweise hat der Innenminister an unserem vorgelegten Entwurf gestern wenig Kritik gefunden. Das ist interessant, wir sollten weiter diskutieren, denn unser Entwurf ist nicht ein vorher aufgelegter Gesetzentwurf, sondern er diskutiert mit der Öffentlichkeit sehr interessante Vorschläge. Herr Wadehul, der grüne Tisch befindet sich auf jedem Fall mitten in der Wirklichkeit. Sie können gern einmal an ihn herankommen und an diesem Tisch mit uns gemeinsam und den Bürgerinnen und Bürgern Ihre Vorstellungen formulieren und Ihre Fähigkeit von Kommunikation beweisen. Denn der Kreisvorsitzende des lauenburgischen Gemeindetages kritisierte sehr deutlich. Er sagte: Es ist beschämend und traurig, wie man mit uns umgeht. Ich habe so etwas an Arroganz noch nicht erlebt. - Und er meinte wahrlich nicht die Grünen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach mehr Sorgfalt hört sich das nicht an. Aber sicherlich wird der Ministerpräsident hinfahren, die Hand schütteln und freundlich lächeln.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Henning Höppner [SPD])

Das **Kindertagesstättengesetz** wollten Sie überarbeiten. Das haben Sie getan; darüber haben wir gestern diskutiert. Wir haben entsprechende Änderungsanträge gestellt, die Sie natürlich nicht angenommen haben. Aber wir rufen heute die frühkindliche Bildung erneut auf. Wir beantragen zusätzliche 10 Millionen € für das Programm, das wir „Clever Starten“ nennen, und wir schlagen eine Deckung vor, Herr Finanzminister. Mit diesem Programm kann der Bildungsauftrag gemäß den gemeinsamen Leitlinien umgesetzt werden. Hierzu gehören nicht nur zusätzliche Stundenkontingente für Erzieherinnen und Erzieher, sondern ebenso Angebote gezielter Fort- und Weiterbildung sowie verstärkte Fachberatung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP)

Richtig wäre es natürlich gewesen, im **Bildungshaushalt** umzuschichten. Das tun Sie, meine Damen und Herren, allerdings anders herum. Sie tun

(Anne Lütkes)

es falsch herum, von den Grund- und Hauptschulen hin zu den Gymnasien.

(Jürgen Weber [SPD]: Quatsch!)

Damit konterkarieren Sie Ihre eigene Vorstellung von Erziehungs-, Bildungs- und Familienpolitik. Sie wissen, da ist viel zu tun. Die große Koalition des Bundes ist Ihnen da zumindest in Worten - was an Taten passiert, werden wir sehen - einen kleinen Schritt voraus. Hier hinken Sie selbst hinter Frau Merkel her, Herr Carstensen - und das nicht mit Dynamik und mit Tempo.

Leider ist der Bildungsbereich auch ein Bereich, wo die Koalition das Schlachtfeld der Eitelkeiten, nur leider nicht das des Fegefeuers betritt. Niemand kommt bisher - so können wir es jedenfalls erkennen - geläutert aus diesem Feuer heraus. Das miteinander, das Gegeneinander ist nicht zu übersehen. Da nützen auch die Ausführungen des Vorsitzenden der CDU-Fraktion in seiner heutigen Rede nichts.

Schauen wir uns noch einmal den **Sozialbereich** an. Ein Beispiel dafür, wie sich der rote Faden der Gerechtigkeit verliert, ist die Migrationssozialarbeit. Dieser Rückschritt ist als Politik eine Wende in der **Integrationspolitik**. Sie streichen die Mittel für Deutschkurse und Sie treten damit die Interessen der Migrationsmitbürgerinnen und -bürger mit Füßen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ähnliches ist zu der **Eingliederungshilfe** zu sagen. Das ist eben schon vom Herrn Oppositionsführer erwähnt worden. Im Haushaltsstrukturgesetz hätten verbindliche und landesweit vergleichbare Standards festgeschrieben werden müssen. Das passiert nicht und deshalb werden wir das hier nicht mittragen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren von der großen Koalition, was waren Ihre Ansprüche, was sind Ihre Maßstäbe? - Ehrlichkeit und nichts versprechen, was man nicht halten kann. Sie haben gesagt, Sie wollen das **strukturelle Defizit** beseitigen, Sie wollten nennenswerte Einsparvorschläge vorlegen.

Nun hat aber am 25. November der Vorsitzende der CDU-Fraktion klargestellt: Wir werden diese Vorschläge dann für den Haushalt 2007/2008 vorlegen. Haben wir diese Ankündigung in diesem Jahr nicht schon einmal für einen anderen Haushalt gehört?

Sie versprechen ein ums andere Mal, dass die **Nettoausgaben** sinken sollen. Es geschieht aber nichts, Sie geben mehr aus und der Finanzminister legt aus, legt um und interpretiert: Es ist uns gelungen, den Deckel draufzuhalten. - Das ist auch eine Art des Sparens.

Im Koalitionsvertrag haben Sie versprochen, klare und verlässliche Entscheidungen für die Menschen zu treffen. In den letzten sieben Monaten können Sie sich an Ihren eigenen Ansprüchen nicht messen. Die große Koalition, die Fraktionen, die Regierung geben ein Bild der Zerrissenheit ab und agitieren gegeneinander. Und die Wirtschaft sagt: Alles ist gut.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

- Deshalb sage ich es hier sehr deutlich.

Wir betrachten das Regierungshandeln mit Sorge. Wir versuchen, den Humor dabei nicht zu verlieren. Es ist aber schon erschreckend, wie parallel zum dynamischen Galoppieren der Regierung die **parlamentarische Kultur** reduziert werden soll. Ein steter Verweis auf ein Warten auf Regierungsvorlagen, ein steter Verweis auf den Koalitionsvertrag und mitunter die Verweigerung der Auseinandersetzung.

Wir können von Verfassungen wegen nicht klagen, aber wir können von Verfassungen wegen und wir haben sogar von Verfassungen wegen die Pflicht und das Recht - vergessen Sie das nicht -, eigene Vorschläge, Gesetzentwürfe, ja auch Visionen vorzulegen. Ich darf Sie daran erinnern: Ihr Koalitionsvertrag ist eine Vereinbarung zwischen Parteien, er ist keine parlamentarische Selbstbindung. Es ist eben nicht alles gut und es geht auch anders.

Herr Ministerpräsident, Regierungshandeln kann man nicht herbeilachen. Ich habe irgendwo gelesen, man munkte schon, Sie hätten in Ihrer Amtszeit schon fast jeder Milchkanne nördlich der Elbe zweimal die Hand geschüttelt. Ich fand das schon einen netten Hinweis darauf, wie Sie so Ihren Alltag verbringen.

Wir gucken zurück auf Schwarz-Rot und sehen ein verlorenes Jahr für Schleswig-Holstein. Es ist nicht alles gut in diesem Land. Es ginge auch anders. Die grüne Position gerade zum Haushalt wird Klaus Müller noch einmal deutlich machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für die zweiten Teil der Redezeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Herrn Abgeordneten Klaus Müller.

Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der 1. Dezember hat den Ministerpräsidenten heftig erschüttert. Das „Hamburger Abendblatt“ beschrieb den Stimmungswandel in der großen Koalition und zitierte einen Minister mit den Worten: „Es ist Schluss mit lustig.“ Das ist für jemanden, der politische Reformen in erster Linie mit guter Laune übersetzt, ein harter Schlag.

Dabei ist es nicht geblieben. Die „Lübecker Nachrichten“ titelten: „Kieler Koalition im Reformchaos“. Der CDU-Fraktionschef Wadephul warnte vor „mittelmäßigen Reformen“ und geißelte seinen Koalitionspartner als wankelmütig. Die SPD würde die gemeinsame Politik zerreden. Zuvor hatte der SPD-Landeschef per Pressemitteilung die Absage der Staatsjagd gefordert. Der SPD-Fraktionschef rief den Entbürokratisierungsstaatssekretär Schlie auf, seine Vorstellungskräfte weiterzuentwickeln. Letzterer revanchierte sich erst letzte Woche mit einem bissigen Kommentar an den Justizminister zur Amtsgerichtsreform, es sei eine „falsche und halbherzige Lösung“. Wenn es so viel Opposition innerhalb der Regierung gibt, muss sich die Opposition richtig kräftig anstrengen, um mitzuhalten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Hans-Jörn Arp [CDU]: Das ist Ihnen auch nicht gelungen!)

Nach 232 Tagen präsentiert sich die große Koalition im Norden als zerstritten, labil und mutlos.

(Lachen bei CDU und SPD)

Vor diesem Hintergrund war auch beim Haushalt kein großer Wurf zu erwarten. Wenn es in einer Koalition derart laut an allen Ecken und Enden knirscht und kracht, dann liegt die Flucht in die höchsten **Nettoausgaben** aller Zeiten durchaus nahe. Nach zusätzlichen Sparvorschlägen, Herr Wadephul, sucht man bei Ihnen vergeblich. Wahrscheinlich hören wir nachher wieder die Platte von der rot-grünen Erblast. Sie leiert schon kräftig. Spätestens nächstes Jahr werden Sie damit Ihr eigenes Versagen nicht mehr überspielen können.

Herr Kubicki wollte wegen Weihnachten nett sein. Weihnachten ist das Fest der Liebe. Liebe hat viel mit Ehrlichkeit zu tun. Also: Die große Koalition hat große Erwartungen geweckt, aber fast alle Ver-

sprechungen gebrochen, eingesammelt oder schlicht enttäuscht. Ich erinnere an die Ankündigung von Minister Wiegard vom 21. September, nicht lange her: „Nach diesem Ergebnis der Bundestagswahl müssen wir unseren Sparkurs verschärfen.“

Im Ergebnis steigen die Nettoausgaben in der Nachschiebeliste um 3,7 Millionen €. Das hat noch nichts mit dem zweiten Nachtrag zu tun. Ich erinnere an die vollmundige Behauptung des CDU-Fraktionsvorsitzenden auf dem kleinen CDU-Parteitag am 23. November, 24 Stunden, Herr Wadephul, nachdem selbst die Opposition die Pläne der Landesregierung für die Nachschiebeliste kannte. Der Finanzminister habe eine Vorlage erarbeitet, „in der erstmals wieder die Nettoausgaben sinken“. Herr Wadephul, wenn Sie die Zahlen angeguckt hätten, würden Sie merken, dass inklusive der Fraktionsanträge, die Sie heute verabschieden wollen, die Nettoausgaben nicht nur gegenüber dem zweiten Nachtrag, sondern auch gegenüber dem ersten Nachtrag 2005 an dieser Stelle ansteigen. Das heißt, was Sie hier verkünden, täuscht die Menschen in diesem Land. Die große Koalition erhöht die Nettoausgaben und senkt sie an dieser Stelle nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Da wollten auch die beiden finanzpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der großen Koalition nicht mit markigen Worten zurückstehen. Am 30. November ließen die Kollegin Herdejürgen und der Kollege Sauter verbreiten, dass „zusätzliche Einnahmen konsequent zur Reduzierung des Haushaltsdefizits verwendet werden“.

Jetzt kommen wir zum kleinen Einmaleins, Herr Wadephul. Von 46 Millionen €, die der Finanzminister mehr einnehmen darf, gehen 9 Millionen € an die Kommunen. 25 Millionen € parkt er in einer globalen Mindereinnahme, was ein legitimer Weg ist. Ergo verbleiben dem Land sage und schreibe 12 Millionen € im Jahre 2006 an **Steuermehreinnahmen**. Vergeblich suchen wir einen Vorschlag von CDU und SPD, in gleicher Höhe die Nettoneuverschuldung abzusinken. Fehlanzeige!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Finanzausschuss wurde die erstaunte Öffentlichkeit belehrt, dass „konsequent“ nicht „komplett“ bedeutet.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Interessanterweise war der Kollege Sauter vier Wochen vorher noch mutiger. Er formulierte: „Sämtli-

(Klaus Müller)

che Mehreinnahmen des Landes müssen für die Senkung der Nettoneuverschuldung eingesetzt werden.“ Aber bei der CDU bedeutet wohl auch „sämtlich“ nicht „vollständig“.

Da wirkt die Ankündigung des CDU-Fraktionsvorsitzenden, die CDU würde noch vor der Vorlage des Haushalts 2007/2008 Einsparvorschläge entwickeln, wie der berühmte Tiger, der als Bettvorleger endet. Herr Wadehul, an diese Ankündigung werden wir Sie immer wieder erinnern.

Der Fraktionschef hat auch angekündigt, zwar erst für das nächste Jahr, dass ein „entscheidendes Prüfkriterium“ für Fraktionsanträge sei, ob die Maßnahme eine weitere „Verschuldung zulasten zukünftiger Generationen rechtfertigt“. Aber was liegt heute auf dem Tisch? Änderungsanträge von CDU und SPD, die die Förderung von Junglandwirten um 120.000 €, um 6 %, oder die Förderung von Landschaftsplänen um 100.000 € erhöhen. Erkundigen Sie sich bei Ihren Umweltpolitikern. Das hat nicht ganz so viel mit Naturschutz zu tun, sondern viel mit alten Versprechungen des Kollegen Holger Astrup.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Gleichzeitig kürzen Sie bei der AIDS-Hilfe, bei Deutschsprachkursen von Migranten und bei den Mitteln für Arbeitsloseninitiativen.

Es gibt noch ein schönes Beispiel in diesem Haushalt für die Zügellosigkeit von Schwarz-Rot. Man sei sich einig, dass „alle Aufgaben auf ihre Unverzichtbarkeit überprüft“ werden müssen und es „Härten geben“ müsse. Auf Nachfrage hat die schwarz-rote Regierung durch Herrn Maurus dankenswerterweise sogar zweimal dokumentiert, wie sich die Ausgaben für **Repräsentationsmittel** von 2005 in 2006 entwickeln. Um sage und schreibe mehr als 10 % legen Sie an dieser Stelle zu. Allein der Herr Ministerpräsident, für dessen Aufmerksamkeit ich für eine Sekunde dankbar wäre, will sich mehr als 36.000 € dazu genehmigen. Wichtige und richtige Aufgaben wie die Bundesratspräsidentschaft sollen nicht alternativ, sondern additiv finanziert werden. Hinzu kommen neue, zusätzliche Mittel für Repräsentationsaufgaben der Kulturabteilung, die es bisher nicht gegeben hat. Offensichtlich hat der Ministerpräsident vor, aufwendig zu repräsentieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung hat strukturelle Reformen zur **Konsolidierung** des Haushalts angekündigt. Frau

Todsens-Reese, ich weiß, dass Ihnen das weh tut, aber ertragen Sie es.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Bis 2010 soll die **Nettoneuverschuldung** halbiert werden. Da lohnt es sich, genauer hinzusehen. Die beamtenrechtliche **Beihilfe für die Polizei**, gestern noch diskutiert, soll komplett gestrichen werden. Die Grünen haben diesen Teil auch unterstützt. Aber eine strukturelle Reduzierung der Nettoneuverschuldung: Fehlanzeige.

Die **Amtsgerichtsreform!** Ich erinnere an den fast schon legendären Kommentar des ehemaligen Finanzstaatssekretärs zur Finanzkalkulation: „Ich bin sechseinhalb Jahre lang Staatssekretär für Finanzen gewesen; ich rechne Ihnen beinahe jedes Projekt wirtschaftlich.“

Knapp ein halbes Jahr später sollen nur noch fünf Gerichte geschlossen werden. Minister Döring musste kleinlaut einräumen, dass er im Laufe des Verfahrens die Auflage erhalten hätte, bei der Reform „nicht nur auf die Fachlichkeit, sondern auch auf die Wirtschaftlichkeit zu achten“. Das spricht für sich. Auch hier: Eine strukturelle Reduzierung der Neuverschuldung war nicht beabsichtigt.

Dann gab es die Planung für die Beteiligung der **Kommunen** zu einem Drittel am **Unterhaltungsvorschussgesetz**: circa 9 Millionen € dauerhafte strukturelle Einsparungen. In den Gesprächen mit den Kommunen ist die Landesregierung eingeknickt und hat das einkassiert. Die grüne Fraktion hält an diesen richtigen Vorschlägen von Schwarz-Rot fest und wird sie wieder bringen.

Zum Vierten, zur bereits erwähnten Reform der **Landesuniversität**: Wir wissen noch nicht, ob sie in der großen Koalition kommen wird. Aber die „daraus resultierenden Effizienzgewinne“ bei der Landesuni sollen dort verbleiben. Auch hier: Strukturelle Einsparungen? – Fehlanzeige!

Das Einzige, was es gibt, sind die **Regionalen Dienstleistungszentren**, die „mittelfristig deutliche Einsparungen“ erwarten lassen. Aber berechnen kann die Landesregierung sie bisher nicht.

Dann gibt es noch das große Thema **Personal**. Ich erinnere daran, dass die große Koalition im ersten Nachtragshaushalt 67 neue Stellen geschaffen, die Budgets für Polizei, Justiz und ALRs um fast 13 Millionen € angehoben hat.

Im Haushalt 2006 geht es munter weiter. Netto 38 **neue Stellen** schaffen Sie, mit der Nachschiebe-

(Klaus Müller)

liste nochmals vier obendrauf. Während unter Rot-Grün die Tarifsteigerungen in den Ministerien außer den Kernbereichen Lehrer und Justiz, Steuern und Polizei in der Regel selber erwirtschaftet werden mussten, hat die große Koalition für 2006 großzügige 15 Millionen € für die Tarifsteigerung in den Haushaltsentwurf eingestellt. Dafür hätte uns Herr Wiegard als finanzpolitischer Sprecher links und rechts geohrfeigt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung hat ein großes **Personaleinsparungskonzept** angekündigt. Aber in der Nachschiebeliste sehen wir gerade einmal 720.000 €, da die nachgeordneten Ämter aufgrund der ausstehenden **Funktionalreform** weitestgehend - der Minister ist eine löbliche Ausnahme - nicht berücksichtigt worden seien. Gemessen an eigenen Ansprüchen, laut verkündet, im Jahre 2006 0,5 % einzusparen, hätten es bereits 1,2 Millionen € sein müssen. Zu Oppositionszeiten hat Herr Wiegard in den Anträgen der CDU noch eine Kürzung um 2,5 % in einem Jahr an dieser Stelle beantragt. Aber nicht einmal in seinem eigenen Finanzministerium ist er bereit, durch - ich zitiere die Haushaltsanträge der CDU - „Personalabgänge und eine Wiederbesetzungssperre sowie die Vermeidung von neuen Stellen, Hebungen und Höhergruppierungen“ diese Kürzung um 2,5 % in einem Jahr zu realisieren.

Verehrte Damen und Herren, hier gibt es einen eklatanten Widerspruch zu dem, was die CDU in der Opposition beantragt hat und wozu sie in der Regierung in der Lage und bereit ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verehrte Damen und Herren, dann gibt es noch die Förderprogramme: Kürzungen um 5 %, egal ob investiv oder konsumtiv. Ich erinnere daran: Rot-Grün hatte zweimal minus 10 % vereinbart.

Die grüne Fraktion wird anders als die FDP keinen Antrag stellen, die Kürzungen beim **Landesblindengeld** rückgängig zu machen. An dieser Stelle eine gewisse Bewunderung für die Sozialministerin, die im Rahmen des Sozialvertrages den Wohlfahrtsverbänden zugesichert hat, dass es nach einer einmaligen Kürzung von 10 % bis 2010 keine weiteren Beiträge mehr zur Haushaltskonsolidierung geben wird. Ich muss einräumen, eine bemerkenswerte Zusage bei mehr als 1,5 Milliarden € neuer Schulden. Herr Sauter, übernehmen Sie!

Verehrte Damen und Herren, seit der letzten Woche gibt es ein wunderschönes neues Druckwerk der Landesregierung, eine Broschüre zum **Schleswig-**

Holstein-Fonds. Landauf, landab preist sich die Landesregierung dafür, dass sie jetzt mehr Bewilligungsbescheide überreichen kann. Fakt ist aber, dass die **Nettoinvestitionen** in 2006 unter Schwarz-Rot sinken. Unter Rot-Grün, Herr Wadepful, wurden 2004 noch 517,9 Millionen € für Nettoinvestitionen - Ist-Zahlen! - ausgegeben. Mit der Nachschiebeliste sinken die Nettoinvestitionen bei Ihnen inklusive Schleswig-Holstein-Fonds auf 513,4 Millionen Euro. Nur mithilfe von Bundes- und Europageldern erreichen sie noch eine Steigerung der Bruttoinvestitionen.

Entgegen aller christdemokratischer Wahlversprechen, mit denen Sie durch das Land gezogen sind, wird der Schleswig-Holstein-Fonds nicht durch Umschichtung finanziert, sondern jeder einzelne Euro ist ein Euro mehr an **Verschuldung**. Noch im Koalitionsvertrag haben SPD und CDU den Menschen versprochen, er würde durch Umschichtung finanziert. Das tun Sie nicht. Sie brechen Ihre eigenen Versprechungen!

Inzwischen werden auch immer mehr **konsumtive Ausgaben** aus diesem so genannten Investitionsfonds finanziert. Inzwischen sind wir bei 11 Millionen Euro. Bei der Vorstellung Ihres Fonds am 5. Juli vor der Öffentlichkeit haben Sie noch von „zusätzlichen 80 Millionen € für Investitionsvorhaben in den Bereichen Arbeit, Bildung, Infrastruktur“ gesprochen. Ich diagnostiziere: Ein weiteres Versprechen, nicht gehalten innerhalb kürzester Zeit!

Verehrte Damen und Herren, angesichts der kompletten Schuldenfinanzierung des Fonds, angesichts der von der Regierung Merkel angekündigten 25 Milliarden € schweren Programme zur Stärkung von Innovationen, Investitionen, Wachstum und Beschäftigung, angesichts der Tatsache, dass mit der Nachschiebeliste gerade einmal zwei Drittel Ihrer 80 Millionen € auf konkrete Titel verteilt werden können und Sie für die restlichen 25 Millionen € offensichtlich keine Vorstellung haben, wo Sie die verausgaben wollen, und angesichts der Tatsache, dass am 9. Dezember für dieses Jahr nicht einmal zwei Drittel der Mittel von 35 Millionen € gebunden und nicht einmal 40 % abgeflossen sind, halten wir eine Halbierung dieses üppigen Schleswig-Holstein-Fonds für mehr als angemessen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verehrte Damen und Herren, dieser Fonds erinnert an die großzügige Entscheidung der Berliner Koalition von CDU von SPD, mit 14 statt 13 Ministern und vier zusätzlichen Staatssekretären zu regieren.

(Klaus Müller)

Hier gibt es gewisse Parallelen. Da soll noch einer sagen, große Koalitionen gingen gut mit dem Geld der Steuerzahler um!

Verehrte Damen und Herren, der schwarz-rote Haushaltsentwurf ist eine kuriose Mischung aus rot-grüner Kontinuität - der Fraktionsvorsitzende der SPD hat darauf hingewiesen - und schwarz-roter Zügellosigkeit. Da, wo wir die **Rücknahme von Kürzungen** für notwendig erachten, haben wir sie durch Einsparungen gedeckt. Maßlose Erhöhungen haben wir zurückgefahren. Aber - in der Tat, da ist die grün-gelbe Liaison doch noch nicht so tief und verbunden - für Träume oder Luftbuchungen wie den Verkauf der HSH Nordbank oder eine pauschale Kürzung der Sozialhilfe um sage und schreibe 24 Millionen € ist die Situation zu ernst. Aber auch hier gilt: Was hat die CDU noch vor wenigen Monaten im Landtag selbst verkündet? Da gibt es in der Tat Gemeinsamkeiten zwischen Schwarz und Gelb.

Mit unseren **Haushaltsanträgen** reduzieren wir die Nettoausgaben um 44 Millionen € und die Nettokreditaufnahme um 68 Millionen Euro.

Wir halten aber die von der Landesregierung geplante dauerhafte Begrenzung der Zuschüsse für Kindertagesstätten auf 60 Millionen € für falsch. Schon in 2006 wollen wir mit „Clever Starten“ den erweiterten Bildungsauftrag von Kindertagesstätten mit zusätzlichen 10 Millionen € unterstützen.

In den freien Schulen wollen wir den Kindern mit anerkanntem Förderbedarf - Herr Wadephul, hier war die CDU in den vergangenen Jahren doch gar nicht so weit von uns entfernt -

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

eine integrative Förderung ermöglichen, so wie es heute in den staatlichen Schulen schon gang und gäbe ist. Insgesamt stocken wir den Betrag um circa 200.000 € auf. Genauso halten wir die von der Regierung vorgeschlagene Kürzung bei den Schulausflügen für kontraproduktiv.

Verehrte Damen und Herren, Herr Wadephul hat uns vorhin dafür kritisiert, dass wir die **Stiftung Naturschutz** unter dem erfolgreichen Vorsitzenden Konrad Nabel wieder mit den angemessenen Mitteln ausstatten wollen. Diese Kritik hören wir gern. Wir erhöhen wieder die Zuweisungen für den Bereich des Naturschutzes im Bereich der Stiftung Naturschutz. Wir erhöhen den Zweckanteil der Grundwasserabgabe auf 75 % und wir erhöhen auch die Zuweisung an das Sondervermögen Wald.

Ich erinnere die Kollegen aus dem Kreis Dithmarschen daran - Herr Buder, wo sind Sie? -: Der Kreis Dithmarschen hat sich mit großer Mehrheit dazu entschlossen, dass der Verkauf von Christianslust falsch ist. Ich weiß, wovon ich da rede. Hier gibt es eine Chance, unserem Änderungsantrag zuzustimmen, um dann auch ehrlich und mit geradem Rücken hier herauszugehen.

Verehrte Damen und Herren, wir setzen **soziale Impulse**. Deshalb korrigieren wir die schwarz-roten Fehlentscheidungen bei der Kürzung der Mittel für die Abschiebehaft, der Gesundheitsförderung von Migrantinnen und Migranten, beim Förderprogramm Frau und Beruf und der AIDS-Hilfe. Zusätzliche Gelder beantragen wir für die **Migrationssozialberatung** angesichts der Kürzung der deutschen Sprachkurse. Dieser grünen Forderung hat sich im Kieler Rathaus auch die CDU-Fraktion angeschlossen. Ich appelliere an Sie: Wo ist Ihr Bezug zu Ihrer kommunalen Basis? Herr Stritzl, ich zähle nachher auf Ihre Stimme!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Für die **Arbeitsloseninitiativen** stellen wir die von Schwarz-Rot gestrichenen Mittel wieder ein, da gerade in Zeiten von Hartz IV Eigenengagement von Arbeitslosen unendlich wertvoll ist. Lieber Wolfgang Baasch, auch bei Ihnen hoffe ich, dass noch nicht alles verloren ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Verehrte Damen und Herren, wir wollen sinnvolle **Infrastrukturmaßnahmen** auf den Weg bringen und Alternativen zum Ausbau des Flughafens Kiel-Holtenau finanzieren. Deshalb wollen wir endlich die Machbarkeitsstudie für den **Metro-Express**, wie sie die Stadt Kiel und eine Vielzahl von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, viele davon mit CDU-Parteibuch, aus Bordesholm, Henstedt-Ulzburg, Nortorf, Neumünster, Bad Bramstedt, Quickborn, Norderstedt dringend angemahnt haben. Ich appelliere an Sie: Geben Sie sich einen Ruck, damit diese vernünftige Maßnahme endlich auf den Weg gebracht werden kann!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Verehrte Damen und Herren, wir haben in der Tat einen ehrgeizigen und ambitionierten Vorschlag zur **Verwaltungsstrukturreform** vorgelegt. Karl-Martin Hentschel erarbeitet sich hier einen ausgezeichneten Ruf. Herr Wadephul, es wird der Zeitpunkt

(Klaus Müller)

kommen, wo Sie Ihre Polemiken gegen die **Fusion von Kreisen** bereuen werden, wo Sie hier vorn stehen und verteidigen werden, warum dieser Schritt richtig ist. Wir werden Sie dann an Ihre Worte von heute erinnern. Haben Sie den Mut, sagen Sie das, was viele Sozialdemokraten hinter vorgehaltener Hand schon längst wissen: Die bisherige Kreisstruktur ist nicht zukunftsfähig. Hier lässt sich Geld sparen. Diesen mutigen Schritt sollte man deutlich ansprechen und dann auch gehen. Wir sind dazu bereit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verehrte Damen und Herren, mit einem konsequenten Subventionsabbau im Bund könnte ein wirkungsvoller Beitrag zur **Haushaltskonsolidierung** auch in den Ländern geleistet werden. Die bisher bekannt gewordenen Pläne gehen in die richtige Richtung, aber in Teilen nicht weit genug. Unter anderem fehlen die steuerliche Begünstigung des Flugverkehrs, die Kohlesubvention oder das Ehegattensplitting, die alle nicht angetastet werden. Morgen werden wir darüber diskutieren, wie es mit den Regionalisierungsmitteln und neuen Lasten für die Länder weitergeht.

Verehrte Damen und Herren, ich möchte mit drei Bemerkungen enden. Wir teilen die heftige Kritik des Landesrechnungshofs an den Vorschlägen im Finanzausschuss, einen **Personalsperrvermerk** auszubringen. Der Präsident hat dies im Finanzausschuss sehr kompetent begründet. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass vielleicht an dieser Stelle parteiübergreifend eine Möglichkeit besteht, dies auf eine faire und korrekte Art und Weise zu regeln.

(Beifall bei der FDP)

Zum Zweiten gilt mein Lob zumindest an der einen Stelle dem Finanzminister für seinen zweiten Nachtragshaushalt 2005. Hier hat er in der Tat das umgesetzt, woran die Fraktionen von CDU und SPD für 2006 gescheitert sind. Er macht einen Vorschlag, wie tatsächlich die **Nettoneuverschuldung** komplett in Höhe der zusätzlichen Steuereinnahmen abzusenken ist. Das ist ein richtiger und auch begrüßenswerter und vielleicht auch bewundernswerter Schritt.

Mein Dank gilt an der Stelle dem Finanzministerium für die schnellen und präzisen Antworten im Finanzausschuss und ein bisschen Dank gilt auch Günter Neugebauer für seine launige Führung des Finanzausschusses.

Eine dritte Bemerkung, verehrte Damen und Herren: Es hat in den vergangenen Wochen viele merkwürdige und skurrile Vorschläge gegeben. Der interessanteste stammt aber aus der „Bild“-Zeitung vom 29. November. Dort fordert ein führender und kompetenter Haushaltspolitiker des Bundestages im vollen Bewusstsein der Haushaltslage von Bund und Ländern die Steuerfreiheit des Weihnachtsgeldes. Ich wünsche Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, noch manch guten Punsch auf den Weihnachtsmärkten Schleswig-Holsteins. Aber hören Sie rechtzeitig auf mit dem Trinken. Sonst geht es Ihnen so wie dem FDP-Landesvorsitzenden Jürgen Koppelin, der mit seinem Vorschlag der Steuerfreiheit des Weihnachtsgeldes wohl die Adventszeit mit dem 1. April verwechselt hat.

(Heiterkeit - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Müller. Das Wort für die Gruppe des SSW im Landtag hat die Vorsitzende Frau Abordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit der ersten Lesung dieses Haushaltes sind große Koalitionen richtig in Mode gekommen. Ich denke, die große Koalition in Berlin muss für drei zählen. Darum vorweg zur Berliner Szene: „Wir haben keinen Anlass, uns zu beklagen“, sagte Schleswig-Holsteins Bundesratsstaatssekretär Klaus Schüler, nachdem die Parteitage von CDU und SPD Mitte November den Weg für eine große Koalition auf Bundesebene frei gemacht hatten. Er sagte laut Zeitungsbericht weiter: „Das Gewicht Schleswig-Holsteins wird durch die große Koalition im Bund eher zunehmen.“

Dass sowohl schwarze wie rote schleswig-holsteinische Landespolitiker dieses ähnlich sehen, überrascht daher nicht. Auch der SSW hofft, dass alle schleswig-holsteinischen Wünsche in Erfüllung gehen, sei es durch verstärkten Einfluss des Landes im Bundesrat oder über die „Parteischienen“ der Koalitionspartner. Dennoch wissen wir alle aus der Vergangenheit, dass der Weg von Berlin nach Kiel immer noch sehr viel länger ist als umgekehrt.

Ein Blick in den Koalitionsvertrag der regierungstragenden Parteien in Schleswig-Holstein - ohne den läuft ja bekanntlich nichts mehr in diesem hohen Hause - bestätigt, was Klaus Schüler laut Zeitungsbericht sagte, dass Kiel zwar die neue Bundes-

(Anke Spoorendonk)

regierung stützen werde, man aber keine automatische Abstimmungsmaschine der Merkel-Regierung sei.

Ein Blick in den Koalitionsvertrag zeigt, dass dort steht: „Die Interessen des Landes haben absoluten Vorrang.“ Genau daran werden wir die Landesregierung messen, wenn es darum geht, die politischen Rahmenbedingungen für Schleswig-Holstein dem Bund gegenüber weiter zu verbessern.

Die Regierungserklärung der neuen Bundeskanzlerin wirkte vor diesem Hintergrund eher ernüchternd. „Mehr Freiheit wagen“ will die neue Bundesregierung. Das war zumindest die rhetorische Klammer, mit der die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung zusammenfasste, was die „Koalition der neuen Möglichkeiten“ auf Bundesebene umzusetzen gedenkt. Dabei ist es aus Sicht des SSW unerheblich, ob dies in großen oder in kleinen Schritten geschieht. Realistischer sind allemal die kleinen Schritte.

Viel wichtiger ist es zu sehen, was sich hinter dem Ruf von „Mehr Freiheit wagen“ verbirgt. Wenn damit gemeint ist, dass sich der Staat noch weiter aus seiner sozialen Verantwortung zurückziehen soll, als er es ohnehin schon getan hat, dann haben wir es wirklich nur mit einem weihnachtlich verpackten Bekenntnis zu jenem Wirtschaftsliberalismus zu tun, der vor der Wahl bekanntlich Anlass zu einer Diskussion über „Heuschrecken-Kapitalismus“ gab.

Wer also mehr Freiheit will, schuldet uns allen mindestens eine Antwort auf die Frage, für wen diese neue Freiheit gedacht ist. Mehr Freiheit für die Wirtschaft hieße, alten Wein in neue Schläuche zu gießen. Mehr Freiheit für die Menschen in Deutschland setzt voraus, dass sie erst einmal in die Lage versetzt werden müssen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Die große Koalition in Berlin hat aber anscheinend für diese schwierigen Fragen keine Strategie entwickelt, die letztlich auch den Herausforderungen der Globalisierung gerecht wird. Auch die geplante **Mehrwertsteuererhöhung** wird eben nicht für die notwendige Reform der sozialen Sicherungssysteme genutzt, vielmehr verschwinden die Einnahmen überwiegend in den Haushaltslöchern von Bund und Ländern. Die geplante Senkung der **Lohnnebenkosten** um 0,6 % erscheint aus unserer Sicht überhaupt nicht ausreichend, um den Faktor Arbeit billiger zu machen und die Unternehmen dadurch spürbar zu entlasten. Die Mehrwertsteuererhöhung um 3 % im Jahr 2007 könnte sogar ein schwerer Schlag für die so sehr gebeutelte Binnenkonjunktur werden. Dass die **Regionalisierungsmittel** für den ÖPNV und den SPNV und die

GA-Förderung zur Sanierung des Haushalts zurückgefahren werden sollen, ist gerade für ein Flächenland wie Schleswig-Holstein ein großes Problem.

Die **Föderalismusreform** soll zwar angepackt werden, ein klares Konzept ist aber nicht erkennbar, ganz zu schweigen von dem Ansatz - für den nicht zuletzt dieser Landtag stand -, der in der „Lübecker Erklärung“ zur Stärkung der Landesparlamente enthalten ist. Ich finde, es ist richtig, was der Fraktionsvorsitzende der SPD vorhin sagte, dass es notwendig ist, dass wir uns in diesem Haus noch einmal mit der Föderalismusreform beschäftigen. Es ist an der Zeit, dass wir an die „Lübecker Erklärung“ erinnern.

Es ist zu hoffen, dass sich die Landesregierung mit ihren Änderungsvorschlägen Gehör verschafft, um die bisherigen Absprachen zur Föderalismusreform zumindest zu verbessern. Die Entscheidung der Bundesregierung, sich jetzt doch - wie vereinbart - an den Kosten der Kommunen für den Unterhalt der ALG-II-Empfänger zu beteiligen, ist natürlich zu begrüßen und hilft auch den Kommunen in Schleswig-Holstein. Alles andere wäre allerdings auch ein Skandal.

Die angekündigten Maßnahmen aus Berlin wirken mit anderen Worten eher durchwachsen. Wir alle wissen aber, wie abhängig die Länder weiterhin von den Entscheidungen der Bundesebene sind. Deshalb muss auch klar und deutlich gesagt werden: Der von CDU und SPD erhoffte positive Effekt einer großen Koalition in Berlin ist aus Sicht des SSW nicht erkennbar. Es geht also kein Weg daran vorbei, zweigleisig zu fahren, weiterhin auf die Bundesebene einzuwirken und aus eigener Kraft die Weichen für Schleswig-Holstein so zu stellen, dass unser Land fit für die Zukunft gemacht wird. Das sind die Maßstäbe, an denen der Landtag die Landesregierung messen sollte.

Der Haushaltsentwurf für 2006, der heute zur abschließenden Beratung ansteht, ist gewissermaßen ein Sinnbild für den Zustand der großen Koalition in Schleswig-Holstein: Er tut nicht richtig weh, er bringt aber das Land auch nicht richtig voran.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Er ist gewissermaßen ein „Arbeitshaushalt“, der die Geschäfte der Landesregierung am Laufen hält und somit vielleicht die Ruhe vor dem Sturm des Doppelhaushalts 2007/2008 darstellt. Es mag sein, dass Haushaltsberatungen zu anderen Zeiten genauso geräuschlos über die Bühne gegangen sind, aber es war schon bemerkenswert, wie zügig alles abgehan-

(Anke Spoorendonk)

delt werden konnte - wobei ich ausdrücklich die gute Zusammenarbeit mit Finanzminister Wiegard und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern loben möchte.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein großes Lob auch an den Finanzausschussvorsitzenden, den Kollegen Neugebauer, für seine souveräne Leitung der Haushaltsberatungen.

(Beifall bei SSW, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man merkt, dass der Kollege Neugebauer den Haushalt auswendig gelernt hat.

Dennoch reicht der reibungslose Ablauf nicht als alleinige Erklärung. Eine große Koalition kann sich noch weniger als andere Koalitionen leisten, dass es zu öffentlichen Auseinandersetzungen kommt. Damit wird aber zementiert, was ohnehin schon unserer Meinung nach zu den Wesenszügen des deutschen Parlamentarismus gehört: Nicht die Aufteilung in Exekutive und Legislative ist entscheidend, sondern die Aufteilung in Regierungsmehrheit und Opposition. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass wir als Abgeordnete ein ureigenes Interesse daran haben sollten, die Arbeit der Landesregierung mit den Augen des Parlaments zu begutachten. Darum behaupte ich einfach, dass es bei den Haushaltsberatungen mehrfach Situationen gegeben hat, wo es bei anderen Regierungskonstellationen ganz andere und sehr viel kritischere Diskussionen gegeben hätte.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass daher eine Minderheitsregierung dem Parlament gut getan hätte, ist weiterhin die Meinung des SSW.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf)

Auch den Menschen hätte es gut getan, Herr Ministerpräsident. Die Lage des Landeshaushalts ist dramatisch. Das wissen wir alle. Diese Erkenntnis ist nicht neu und sie gibt nicht wirklich ein Bild davon, wie schlecht es um die Finanzen des Landes bestellt ist. Sieht man sich die Eckpunkte des Haushalts genau an, erschließt sich einem die katastrophale **Finanzlage Schleswig-Holsteins**. Bei Nettoausgaben von circa 8,2 Milliarden € werden wir sage und schreibe circa 1,56 Milliarden **€neue Schulden** zur Finanzierung des gesamten Haushalts aufnehmen. Damit wird die **verfassungsmäßige Grenze der**

Nettoneukreditaufnahme gemäß Artikel 53 der Landesverfassung um über 1 Milliarde € überschritten. Auch wenn die Kreditaufnahme im nächsten Jahr im Verhältnis zu 2005 etwas gesenkt werden soll, sind die Neuschulden fast dreimal so hoch wie unter Rot-Grün. Die **Investitionsquote** ist mit nur 9 % so niedrig wie nie in der Geschichte des Landes, und die **Personalkosten** sind mit 38 % sogar noch etwas höher als im letzten Jahr.

Daraus kann man aber redlicherweise der Landesregierung keinen Vorwurf machen. Zum einen ist der Haushalt fast zu 95 % von Gesetzen und Vorgaben gebunden, die zum Teil vom Bund oder der EU beschlossen werden, zum anderen sind die Steuereinnahmen in den letzten Jahren immer wieder eingebrochen. Der Spielraum der Landesregierung ist also sehr eng und außer Bayern wird wohl kein anderes Bundesland im nächsten Jahr einen verfassungskonformen Haushalt aufstellen können. Der Bund kann dies in 2006 auch nicht.

Für den SSW steht daher fest: Dieser Haushalt kocht nicht nur mit Wasser, er besteht in vieler Hinsicht aus genau den gleichen Bausteinen wie seine rot-grünen Vorgänger.

(Beifall beim SSW)

Wenn wir ehrlich sind, liebe Kolleginnen und Kollegen, hätte eine rot-grüne Landesregierung mit Unterstützung des SSW auch kaum andere Eckpunkte präsentieren können.

(Beifall beim SSW)

Bei einer Regierungsbeteiligung der FDP wäre es zu einmaligen Mehreinnahmen durch den Verkauf der HSH Nordbank gekommen. Die grundlegenden **Strukturprobleme des Haushalts** wären aber die gleichen. Deshalb lehnen wir auch diesen FDP-Vorschlag ab. Das heißt natürlich nicht, dass wir mit allen Prioritätensetzungen und Entscheidungen der Landesregierung im Haushaltsentwurf zufrieden sind. Das ist bei weitem nicht der Fall. Ich möchte aber deutlich machen, dass die grundlegenden Eckpunkte des schleswig-holsteinischen Landeshaushalts eben nur schwer zu beeinflussen sind. Dabei darf natürlich nicht unter den Teppich gekehrt werden, dass der Landeshaushalt 2006 verfassungswidrig ist und dass die Landesregierung in ihrer **Finanzplanung** erst in einigen Jahren damit rechnet, einen verfassungsgemäßen Haushalt vorlegen zu können. Auch wenn man dies aus finanzpolitischer Sicht sehr kritisch sehen muss, gibt es aus unserer Sicht keinen anderen Weg als den von Frau Merkel angedeuteten, nämlich einen Weg der kleinen Schritte.

(Anke Spoorendonk)

Der SSW ist weiterhin der Überzeugung, dass es uns nicht gelingen wird, uns aus dieser Finanzkrise einfach herauszusparen. Wir müssen die **Haushaltskonsolidierung** weiter voranbringen, aber wir müssen in erster Linie die Einnahmesituation des Landes verbessern. Dies gelingt letztlich nur - wir wissen das alle -, wenn wir mehr Menschen in Arbeit bringen.

Vor diesem Hintergrund ist der **Schleswig-Holstein-Fonds**, der Investitionen generieren soll, eine richtige Maßnahme, die der SSW unterstützt. Natürlich wissen wir auch, dass es sich bei diesem Fonds im Prinzip nur um einen neuen Namen für ein Programm handelt, das es auch schon unter der Vorgängerregierung gegeben hat. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass Schleswig-Holstein aus eigener Kraft die nötigen Investitionen in die wirtschaftliche Entwicklung tätigen muss. Wir streiten uns mit der Landesregierung gern über die Prioritierung, aber nicht über das Volumen der Investitionen. Von daher können wir auch nicht die Änderungsvorschläge der Grünen zur Kürzung des Schleswig-Holstein-Fonds unterstützen.

(Beifall beim SSW)

Eine solche Politik wäre aus Sicht des SSW kontraproduktiv.

Die Konturen einer zukunftsweisenden **Arbeitsmarktpolitik** sind bisher leider nicht richtig erkennbar. Auch wenn das Land hier von den Vorgaben des Bundes abhängig ist - Stichwort Hartz IV -, so sind wir doch weiterhin der Meinung, dass Schleswig-Holstein mit mehr Engagement eine aktive Arbeitsmarktpolitik im Sinne der Arbeitslosen betreiben muss. Der SSW lehnt daher weiterhin die Kürzung bei den **Arbeitsloseninitiativen** ab.

Die Forderung nach einer Fortsetzung der **EU-Regionalförderung** nach 2006 unterstützt auch der SSW. Für die noch übrig gebliebenen Mittel des bisherigen Regionalprogramms 2000 muss aber gelten, dass sie angemessen und gerecht auf alle strukturschwachen Gebiete des Landes verteilt werden. Die Landesregierung darf sich mit anderen Worten nicht nur auf die Wachstumspotenziale der Hamburger Randgebiete konzentrieren und dabei den Norden des Landes aus den Augen verlieren.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei CDU und SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der im November vorgelegte Bericht der Landesregierung „Schleswig-Holstein – ein starker Partner im Norden“ verstärkt unsere Befürchtungen, dass die Landespolitik

genau diese Richtung wählt. Dass die verbliebenen Mittel des Regionalprogramms nicht für Luftschlösser wie das inzwischen zu den Akten gelegte Science-Center in Kiel oder für den Ausbau des Flughafens Kiel-Holtenau genutzt werden sollen, das steht für den SSW allerdings weiterhin fest. Bald hat der letzte Linienflug den **Flughafen Holtenau** verlassen und die große Koalition hält immer noch an dem Ausbauprojekt fest. Statt unverdrossen auf ein totes Pferd zu setzen, sollte die Landesregierung endlich absteigen und darüber nachdenken, für welche Projekte in Schleswig-Holstein die öffentlichen Fördergelder sinnvoll ausgegeben werden können.

(Beifall beim SSW)

Der vollständige Ausbau des **Husumer Hafens** ist somit auch aus landespolitischer Sicht ein sinnvolles Projekt, das die Unterstützung der Landesregierung verdient.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Die Entscheidungen darüber, welche Prioritäten gesetzt werden sollen, hängen allerdings nicht unmittelbar mit dem Haushalt zusammen, sie sind Ausdruck für den **Haushaltsvollzug**. Genau darauf wird der SSW weiterhin sein Augenmerk richten und wir werden uns im Januar noch einmal genau mit diesem Sachverhalt beschäftigen.

Noch haben wir im Norden des Landes viele Industriebetriebe und zukunftsfähige Unternehmen mit vielen Arbeitsplätzen, aber der Arbeitsplatzabbau der letzten Jahre - in Flensburg zum Beispiel bei Motorola oder bei Danfoss - ist ein Warnsignal. Darum wiederhole ich: Wenn der **nördliche Landesteil** nicht zu einem Freizeitpark reduziert werden soll, müssen wir jetzt handeln, um die Zusammenarbeit über die deutsch-dänische Grenze hinweg zu vertiefen und auszubauen. Der SSW fordert weiterhin, dass die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** für die Landespolitik in Zukunft den gleichen Stellenwert erhält wie zum Beispiel die Zusammenarbeit mit Hamburg.

(Beifall beim SSW)

Ich kann es auch anders formulieren: Für uns im Norden, für unsere Zukunftschancen ist dies genauso wichtig wie die Zusammenarbeit von Schleswig-Holstein und **Hamburg**. Wir werden im kommenden Jahr die Landesregierung daran messen, wie sie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit voranbringen will.

(Anke Spoorendonk)

Die Landesregierung kündigt im Zusammenhang mit dem Haushalt eine Reihe von Strukturänderungen an, die aber alle noch mit vielen Fragezeichen versehen sind und die in 2006 zunächst kaum haushaltswirksam werden. Vieles von dem ist von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern schon angesprochen worden. Die Verwaltungsstrukturreform zum Beispiel ist ein Thema für sich und wie der SSW dazu steht, kann man in dem Protokoll über die gestrige Debatte nachlesen. Dazu keine weiteren Bemerkungen heute.

Zu zwei Strukturvorhaben der Landesregierung wird es morgen noch gesonderte Debatten geben, nämlich zu der Neustrukturierung der **Amtsgerichte** und zu der Einführung eines Anreizbudgets für die **Hochschulen** des Landes. Ohne jetzt diese Debatten vorwegnehmen zu wollen, stelle ich für den SSW fest, dass Strukturmaßnahmen auch immer eine regionalpolitische Seite haben. Das Amtsgericht in Kappeln zum Beispiel ist die letzte Landesbehörde in einer Region, die in den letzten Jahren sehr viel hat ertragen müssen. Es ist ein modernes Gericht, das sich auch als Dienstleistungsorgan für die Menschen vor Ort versteht. Aus genau diesen Gründen wäre es zu kurz gesprungen, wenn ausschließlich justizfachliche Argumente bei der Neustrukturierung der Amtsgerichte zum Tragen kämen.

(Lothar Hay [SPD]: Es geht um Haushaltskonsolidierung!)

- Es wäre aber wert, sich damit noch einmal zu beschäftigen, denn ich denke nicht, dass dadurch sehr viel eingespart werden kann, Herr Kollege Hay. Ich habe den Justizminister auch so verstanden, dass es nicht in erster Linie um Haushaltskonsolidierung bei der Neustrukturierung der Amtsgerichte geht.

(Beifall beim SSW)

Was aber für die Amtsgerichte gilt - ich denke da an die strukturpolitische, die regionalpolitische Seite -, gilt natürlich erst recht für die Hochschulen des Landes. Der SSW steht für eine ausgewogene Bildungs- und Hochschullandschaft, die mit der regionalen Wirtschaft kooperiert und den Menschen vor Ort Forschung und Lehre, Bildung und Weiterbildung ermöglicht. Die Einführung eines **Anreizbudgets** - zulasten der Flensburger Hochschulen zum Beispiel - ist daher keine Maßnahme, die dazu angetan ist, die Skepsis gegen die Reformpläne der Landesregierung abzumildern. Dass sie jetzt kurzfristig 40.000 € mehr für das Germanistikstudium der Universität Flensburg ausgeben will, ist natürlich zu begrüßen.

Dennoch ist dies vor dem Hintergrund der jahrelangen Unterfinanzierung des **Hochschulstandortes Flensburg** im Grunde nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Wir haben in unseren Änderungsanträgen zum Haushalt gefordert, dass die Vorschläge zum Anreizbudget gestrichen werden. Damit kamen wir bei den Mehrheitsfraktionen leider nicht durch. Wir nehmen aber wohlwollend zur Kenntnis, dass die Beschlussfassung des Bildungsausschusses zu diesem Punkt eine **Revisionsklausel** enthält. Spätestens vor der Sommerpause 2006 soll evaluiert werden. Das ist zumindest ein Schritt in die richtige Richtung.

Es muss also in Zukunft darum gehen, dass die Stärken des gesamten Landes genutzt werden. Professor Michael Porter von der Harvard Universität hat kürzlich bei einer großen Veranstaltung in Kopenhagen darauf hingewiesen, dass die beste Strategie zur Bewältigung der Herausforderungen der Globalisierung darin liegt, von eigenen Prämissen auszugehen, sich also von anderen zu unterscheiden, denn wer einfach die Stärken anderer nachahmt, wird den Wettbewerb nicht bestehen können. Für unser Land heißt das unter anderem, dass es nicht reicht, nur mehr Werbung für Schleswig-Holstein zu machen. Entscheidend sind die Stärken unseres Landes, die **Alleinstellungsmerkmale** - sei es im Bereich der Windenergie oder in ganz anderen Bereichen.

Aus genau diesen Gründen ist es für den SSW wichtig, dass eine **Offensive für Qualifizierung und Bildung** auf den Weg gebracht wird. Denn neben der Schönheit und der kulturellen Vielfalt unseres Landes sind gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Pfund, mit dem gewuchert werden kann. Damit dies so bleibt, müssen wir schon in den Kindergärten die richtigen Weichen stellen. Das gestern verabschiedete Gesetz zur Weiterentwicklung der Kitas ist mit seinen neuen Bildungszielen aus Sicht des SSW ein richtiger Schritt. Wir wissen, dass es Bedenken gibt. Wir nehmen sie ernst. Letztlich aber haben wir - wie Sie wissen - dem Gesetzentwurf zugestimmt.

Es ist kein Geheimnis, dass auch wir uns einen höheren Zuschuss für die **Kindertagesstätten** gewünscht hätten. Insbesondere für die Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher müssen zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

(Beifall beim SSW)

Wir werden daher als Signal entsprechende Änderungsanträge zur Erhöhung der Landeszuschüsse an

(Anke Spoorendonk)

die Kindertagesstätten von den Grünen und der FDP unterstützen.

(Beifall bei SSW und FDP)

Wir wissen aber auch, dass wir damit eine Zielvorgabe unterstützen. Hier kann nur in kleinen Schritten vorangegangen werden.

Das Thema Schulgesetzänderung wird uns im nächsten Jahr sehr intensiv beschäftigen. Darum heute dazu nichts Weiteres. Ich möchte aber noch einmal in Erinnerung rufen, dass es in diesem hohen Haus immer noch eine Mehrheit für die Einführung der **Gemeinschaftsschule** gibt.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Zu den Stärken unseres Landes gehören aber auch die **kulturelle Vielfalt** und die Tatsache, dass sich Schleswig-Holstein als ein Land mit deutscher, dänischer und friesischer Kultur versteht. Auch die **Minderheitenpolitik** gehört somit dazu. Daher - ein letztes Mal in diesem Jubiläumsjahr der Bonn/Kopenhagener Erklärungen -: Das Ziel von Minderheitenpolitik ist die Schaffung gleicher Möglichkeiten für Mehrheit und Minderheit in kultureller, politischer und finanzieller Hinsicht, denn die Angehörigen der Minderheiten sind Bürger dieses Landes mit den gleichen Rechten und Pflichten wie alle anderen Bürger auch.

Daher freut es uns, dass die regierungstragenden Fraktionen die Änderungsanträge des SSW zum Minderheitenbereich übernommen haben und diese Anträge - auch dies ist ein Novum - im Finanzausschuss einstimmig beschlossen wurden.

(Beifall beim SSW)

Dafür danken wir den Fraktionen, insbesondere aber den Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD und den beiden finanzpolitischen Sprechern der Regierungsfractionen. Wir wissen, dass auch für kleinere Änderungen im Haushalt immer geworben werden muss.

Wir sehen die Rücknahme der Kürzungen beim SSF, dem Kulturträger der dänischen Minderheit, beim Nordfriesischen Institut und bei der Kulturarbeit der friesischen Volksgruppe als ein positives Signal an die Minderheiten des Landes.

(Beifall bei SSW und SPD)

Wir sehen dies als eine Bestätigung dafür, dass auch die neue regierungstragende Mehrheit Minderheitenpolitik nicht als Interessenpolitik, sondern als

Ausdruck für das Selbstverständnis des Landes sieht.

(Beifall bei SSW, CDU und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Wir sehen dies also auch als Bestätigung dessen, was der Ministerpräsident bei dem traditionellen Jahrestreffen der dänischen Minderheit zum Ausdruck brachte. Wir sehen dies als Fundament für die weitere gute Zusammenarbeit im Bereich der Minderheitenpolitik.

Besonders positiv ist, dass die Baukostenzuschüsse für den **Dänischen Schulverein** im nächsten Jahr etwas erhöht werden konnten. Damit kann der Bau der geplanten dänischen Gesamtschule in Süderbrarup schneller vorankommen.

Hervorheben möchte ich auch, dass die Kürzung beim **Nordfriesischen Institut** zurückgenommen wurde. Damit wird für die wichtige kulturelle und sprachliche Arbeit des Instituts ein Status quo zu erhalten sein. Beim Nordfriisk Instituut ging es aus Sicht des SSW auch um die Gleichstellung des Instituts mit anderen wissenschaftlichen Institutionen im Land und darum, zumindest einen teilweisen Ausgleich für die Personalkostensteigerungen zu erreichen.

Allerdings sind mit diesen Beschlüssen noch lange nicht alle akuten Probleme in der Minderheitenpolitik gelöst. Vor allem die Gefahr von Schulschließungen ab 2007 ist noch nicht gebannt, denn die fehlende **Gleichstellung** bei den Schülerkostensätzen und die Unterfinanzierung der Schülerbeförderung bleiben weiterhin bestehen. Für den Haushalt 2006 ist das Mögliche herausgeholt worden. Die Lösung der von mir genannten Probleme muss aber weiterhin ganz oben auf der landespolitischen Agenda stehen.

Auch in der Vergangenheit hat sich der SSW immer recht konkret zum Haushaltsentwurf der Landesregierung verhalten, denn aus unserer Sicht muss die politische Auseinandersetzung über die Einzelpläne laufen. Wir stehen für ein Parlamentsverständnis, wonach auch die Opposition aktiv in die Haushaltsberatungen mit dem Ziel eingebunden wird, in wichtigen Fragen eine breite Mehrheit zu erreichen. Der SSW versteht Haushaltsberatungen vor diesem Hintergrund als Verhandlungen, in denen - bildlich gesprochen - von einem Geben und Nehmen auszugehen ist. Unserer Auffassung nach kann es nicht darum gehen, einen Alternativhaushalt aufzustellen, sondern darum, Einfluss auf den Entwurf der Landesregierung auszuüben. Wir haben in der Vergangenheit dem Gesamthaushalt zu-

(Anke Spoorendonk)

gestimmt, wenn wir uns in ihm sozusagen wiederfinden konnten. Das ist in diesem Haushalt im Bereich der Minderheitenpolitik und in einigen anderen wichtigen Bereichen der Fall, sodass wir dem Gesamthaushalt vom Prinzip her zustimmen können.

Der SSW hat mit dieser differenzierten Vorstellung von Haushaltsberatungen nie einen Blumentopf gewinnen können. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass wir mit dieser Auffassung das Land voranbringen.

(Beifall bei SSW, CDU und SPD)

Dass nur so letztlich die Rolle des Parlaments gestärkt werden kann, ist nach unserer Meinung wichtig zu sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Lieber Herr Kollege Kubicki, ich werde gleich noch etwas dazu sagen. - Dennoch werden wir nicht allen Einzelplänen zustimmen können. Weder den Umwelt- und Agrarhaushalt noch den Sozialhaushalt werden wir mittragen.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich will dazu einiges sagen. Im **Umwelthaushalt** sind wir insbesondere mit der Prioritätensetzung hinsichtlich des **Vertragsnaturschutzes** unzufrieden. Aus Sicht des SSW wäre es richtig gewesen, Vertragsnaturschutz viel stärker zu fördern als im Einzelplan 13 angedacht, weil nur so eine bürgernahe Umsetzung von Naturschutzaufgaben in Zukunft möglich sein wird.

(Beifall beim SSW)

Auch die Kürzungen bei den **Entschädigungen** für die Stilllegung von **Acker- und Grünlandflächen** können wir nicht akzeptieren. Diese Entschädigungen sind für viele Landwirte überlebenswichtig, insbesondere für diejenigen, die sich auf Eiderstedt für die Grünlandhaltung im Rahmen des Vertragsnaturschutzes entschieden haben.

(Beifall beim SSW)

Zu guter Letzt lehnt der SSW auch die Senkung der Zweckbindung bei den Einnahmen der **Grundwasserentnahmeabgabe** von 75 % auf 65 % ab.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Einnahmen der GruWAG sollen nicht der Haushaltskonsolidierung dienen, sondern gezielt für

höhere Entschädigungen bei Nutzungsbeschränkungen im Rahmen des Vertragsnaturschutzes und des Programmes NATURA 2000 sowie für forstliche Förderungen genutzt werden.

Für den SSW steht fest, dass eine aktive Umweltpolitik eine wichtige landespolitische Aufgabe bleiben muss. Den Beweis dafür, dass die Landesregierung dieses auch so sieht, ist sie uns aber noch schuldig.

(Beifall beim SSW)

Auch den Einzelplan 10 sehen wir kritisch. So soll unter anderem bei der AIDS-Hilfe, bei der Familienherholung und bei den freien Wohlfahrtsverbänden gekürzt werden. Ich weiß, dass es den Vertrag gibt. Dennoch ist eine Kürzung ausgesprochen worden. Die Höhe der Einsparungen rechtfertigt nicht den Schaden, den diese Kürzungsvorschläge vor Ort anrichten. Ich möchte allerdings ausdrücklich die Bemühungen der die Regierung tragenden Fraktionen loben, bei den **Beratungsstellen Frau und Beruf** zu einer akzeptablen Lösung zu kommen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Der Hauptgrund dafür, dass der SSW den Einzelplan 10 ablehnt, liegt inhaltlich gesehen in Artikel 8 des Haushaltsstrukturgesetzes und der damit verbundenen Neuordnung des SGB XII - also der Eingliederungshilfe - begründet. Es geht um 600 Millionen € im Bereich der Neuordnung der **Eingliederungshilfe**. Grundsätzlich ist es richtig, die Eingliederungshilfe für Behinderte an die Kommunen zu übertragen, weil so die Entscheidungs-, die Durchführungs- und die Finanzverantwortung in einer Hand liegen. Dennoch sehen wir den vorliegenden Entwurf der Landesregierung ausgesprochen kritisch. Zum einen ist es problematisch, dass es im Gesetzentwurf keine landesweiten Standards gibt, weil damit keine einheitliche Leistungsgewährung der Eingliederungshilfe für die behinderten Menschen gesichert ist.

(Beifall beim SSW)

Zum anderen teilen wir die Kritik, dass die **Finanzierung der Kommunalisierung** in weiten Teilen nicht gesichert ist. Da das SGB XII erst am 1. Januar 2007 in Kraft treten soll, wäre es aus Sicht des SSW am vernünftigsten gewesen, wenn das Gesetzgebungsverfahren erst einmal vertagt worden wäre, damit die Landesregierung gemeinsam mit allen kommunalen Landesverbänden eine Lösung des Kostenausgleichs herbeiführen könnte.

(Beifall beim SSW)

(Anke Spoorendonk)

In diesem Sinne hat sich der Ministerpräsident in einem Brief an den Landkreistag auch geäußert. Statt aber nachzubessern, wäre es doch in diesem Fall besser vorzuzugreifen. Es geht schließlich um die Belange unserer behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürger, auf deren Rücken wir diesen Streit auf keinen Fall austragen sollten.

(Beifall beim SSW)

Wir lehnen Artikel 8 des Haushaltsstrukturgesetzes also in seiner jetzigen Form ab. Damit werden wir dem Einzelplan 10 nicht zustimmen.

Ich fasse zusammen: Der SSW wird bei der Schlussabstimmung dem Gesamthaushalt für 2006 zustimmen. Das ist keine Entscheidung, die wir uns leicht gemacht haben. Es ist auch keine Entscheidung, die wir nach dem Motto, dass dies ein Gewohnheitsrecht der Parlamentsmehrheit in diesem Hause ist, per Knopfdruck einfach abrufen.

Lassen Sie mich daher noch einmal ganz bewusst die dänische Karte spielen: Gestern hat das dänische Folketing nach zum Teil sehr kontroversen Debatten mit großer Mehrheit den Haushalt für das kommende Jahr beschlossen. Nur zwei kleinere Parteien haben gegen den Haushalt gestimmt. Der Haushalt wurde also auch mit den Stimmen der größten Oppositionspartei, den Sozialdemokraten, beschlossen. Dieser guten skandinavischen Tradition folgend, wird der SSW trotz einiger Bauchschmerzen dem Gesamthaushalt für 2006 zustimmen.

(Beifall bei SSW, CDU und SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Spoorendonk. Bevor wir in die Mittagspause eintreten, lassen Sie mich noch einige geschäftsleitende Bemerkungen machen. Wir setzen die Beratung zu den Tagesordnungspunkten 2 und 6 um 15: Uhr mit der Rede des Ministerpräsidenten fort. Im Anschluss folgen die Redner, die uns gemeldet werden. Nach den Tagesordnungspunkten 2 und 6 wird Tagesordnungspunkt 16 aufgerufen. Im Anschluss daran werden die Tagesordnungspunkte 17 und 24 aufgerufen, die wir gestern nicht geschafft haben. Ich wünsche Ihnen guten Appetit.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:05 bis 15:01 Uhr)

Präsident Martin Kayenburg:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 17. Sitzung wieder und erteile für die Landesregierung dem Herrn Ministerpräsidenten, Peter Harry Carstensen, das Wort.

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Manche Dinge verwundern schon, so zum Beispiel, wenn einem der Vorwurf gemacht wird, dass man Leute begrüßt, freundlich ist. Das ist nun einmal so mit dem Händeschütteln, Frau Lütkes. Die einen Hände werden genommen und geschüttelt und bei den anderen legt man keinen Wert darauf.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und SPD)

Bei mir freuen sich die Leute darüber. Vielleicht kommen Sie einmal mit. Dann lernen Sie auch, freundlich zu sein und mit den Leuten zu reden.

(Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wollen mich doch gar nicht mitnehmen!)

Sie glauben gar nicht, was Sie von den Menschen draußen im Lande lernen können. Ich würde Ihnen wirklich empfehlen: Lösen Sie sich ein bisschen aus Ihren grünen Zellen und gehen sie einmal auf den Wochenmarkt oder auf den Weihnachtsmarkt, schütteln Sie einmal eine Hand, wenn sie denn einer nimmt, wenn Sie sie anbieten.

(Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Keine Sorge!)

Sorgen Sie dafür, dass Sie mit ihnen ins Gespräch kommen. Dann werden Sie feststellen, dass die Miesepetrigkeit, die Sie immer wieder verbreiten wollen, hier im Land einer neuen Fröhlichkeit gewichen ist. Ich glaube, das ist ganz gut für das Land.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Lachen des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

- Nicht bei den Grünen. Aber wir machen auch keine Politik nur für Grüne, wir machen keine Politik für ein paar Prozent, meine Damen und Herren, sondern für den Rest der Welt.

(Beifall bei der CDU)

Nun wundert man sich aber auch noch über einige andere Dinge. Ich wundere mich darüber, Herr Abgeordneter Müller, dass Sie – –

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Doch. Der kriegt noch sein Fett weg. - Ich wundere mich, dass Sie über einige Dinge sprechen, uns vorwerfen, wir gäben in der Staatskanzlei mehr Geld für Öffentlichkeitsarbeit oder Ähnliches aus. Ich will Ihnen Folgendes sagen, Herr Müller:

Öffentlichkeitsarbeit im Umweltministerium von 2000 bis 2004: 848.000 €. - Richtig, sagt er. Gut. Sehr schön. - Es hat aber nicht viel geholfen. Niemand hat Ihre Umweltpolitik begriffen. Das mag nicht nur an der Öffentlichkeitsarbeit liegen, das lag auch an der Politik.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Einen Moment, bitte.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Hören Sie doch zu, damit Sie mitrechnen können. Hören Sie schön zu und schreiben Sie sich die Zahlen auf, damit Sie sie begreifen.

In den genannten vier Jahren waren es 848.000 €, für das Jahr 2005 stehen 123.000 € im Haushalt, im Jahre 2006 werden es nur noch 109.000 € sein. Stellen Sie das einmal Ihren Beträgen gegenüber.

Da Sie auch mich kritisieren, ich würde nicht sparen, sage ich Ihnen: Repräsentationsmittel in der Staatskanzlei, beim Ministerpräsidenten. 2004: Soll 290.000 €, 2005: Ausgabenstand zum 15. Dezember 2005 155.000 €.

Verfügungsfonds! In diesem Jahr gekürzt von 230.000 € auf 185.000 €, im nächsten Jahr auf 175.000 €. Vollzug in diesem Jahr bis jetzt: 105.000 €. Wir haben nur ein wenig mehr als ein Drittel ausgegeben, meine Damen und Herren.

Und dann sagen Sie, es werde nicht gespart! Erzählen Sie das draußen bitte ein bisschen anders.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum erhöhen Sie, wenn Sie immer sparen wollen? - Zuruf des Abgeordneten Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Müller, Sie sprechen hier über nicht verfassungsgemäße Haushalte.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist er verfassungsgemäß?)

- Nein, er ist nicht verfassungsgemäß. Es ist aber das erste Mal, dass wir sagen, dass er nicht verfassungsgemäß ist. Das ist der kleine Unterschied.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das kostet auch nichts!)

Wir können ihn nicht verfassungsgemäß gestalten. Meinen Sie denn, das stört mich nicht auch?

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Hören Sie doch erst einmal zu.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum geben Sie dann noch mehr aus?)

- Hören Sie einmal ein bisschen zu. Vielleicht begreifen Sie es, wenn Sie ruhig werden und zuhören.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum sparen Sie nicht beim Personal?)

- Warum sparen Sie nicht beim Personal? Meinen Sie, wir sollten sie hinaussetzen? Erstens können wir es nicht, weil wir es zweitens gar nicht dürfen, und drittens – –

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zum ersten Mal wird es erhöht!)

- Warten Sie doch erst einmal ab. Der Minister wird noch einiges dazu sagen. Ich kann mich gut daran erinnern, dass Sie mit in einer Regierung waren, die 2001 keinen **verfassungsgemäßen Haushalt** im Vollzug hatte, 2002 nicht, 2003 nicht, 2004 nicht. Und jetzt stellen Sie sich hier hin und haben das alles vergessen! Bei uns an der Universität haben wir eine spitzenmäßige Forschung. Dort wurde eine neue Krankheit entdeckt. Es gibt ja Amnesien, die nach Unfällen auftreten. Die neue heißt „Amnesia veridis“. Das ist der grüne Gedächtnisschwund.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Sie sollten das nicht vergessen, sondern Ihre Verantwortung wahrnehmen. Auch das gehört zur Ehrlichkeit in der Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: Weiter so! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben zum ersten Mal erhöht!)

Es ist mein fester Wille, meine Damen und Herren, dass diese Koalition zum Erfolg geführt wird, um wichtige Weichen für das Land zu stellen. Ich sage auch sehr selbstbewusst: Die Menschen im Lande honorieren, dass wir mit aller Kraft daran arbeiten,

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

dass das Land Schleswig-Holstein, dass Deutschland den Herausforderungen der Zukunft mit Optimismus entgegensehen kann.

Die Herausforderungen sind gewaltig. Die Globalisierung setzt uns einem weltweiten Wettbewerb aus, aber auch die Konkurrenz in der Nachbarschaft schläft nicht und die demographische und ökonomische Entwicklung in Deutschland haben zur Folge, dass immer weniger Menschen den Lebensunterhalt für immer mehr und vor allen Dingen für immer ältere Menschen aufbringen müssen.

Die Haushaltslage war noch nie so schwierig wie in diesem Jahr. Der Landeshaushalt verfügt nur noch über einen minimalen Handlungsspielraum. Rund 92 % der Nettoausgaben von gut 8 Milliarden € sind festgelegt. Dies engt unsere Gestaltungsmöglichkeiten gewaltig ein.

Meine Damen und Herren, es gibt Diskussionen über die **Zukunft des Föderalismus** und über die Zukunft der europäischen Strukturfonds. Niemand kann zurzeit sagen, welche Folgen dies für die Haushalte der deutschen Länder haben wird.

Ich will gerne etwas zu den Ergebnissen gestern sagen. Wir haben unsere Probleme mit dem, was vorgeschlagen ist. Wir sagen auch das offen. Wir haben eine Protokollnotiz in die Konferenz der Ministerpräsidenten hinein gegeben und ich glaube, dass die Veränderung von dem, was zu Anfang vorgelegt worden ist, zu dem, was jetzt auf dem Tisch liegt, ein recht ordentlicher Erfolg der Diskussion und der Verhandlungen ist, wie wir sie gestern geführt haben. Ich bedanke mich dafür, dass angekündigt wurde, demnächst eine Debatte darüber zu führen. Wir wollen wissen, welche Auswirkungen das auf Schleswig-Holstein hat. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an einen Beschluss des Landtages, übrigens von den Grünen auch mit unterschrieben, bei dem es um die – –

(Zuruf der Abgeordneten Anne Lütkes
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Sie waren doch schon einmal im Landtag, oder nicht? Oder haben Sie das auch schon vergessen? Amnesia veridis, Frau Lütkes.

(Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schauen Sie einmal nach!)

Dabei geht es um die Beamtenbesoldung. Welche Schwierigkeiten wir damit haben, machen wir in unserem Kabinett klar. Deswegen auch die Protokollnotiz, die wir in die Beratungen mit hinein gegeben haben.

Ich habe vom ersten Tag an klargemacht: Wir können es uns nicht leisten, uns in Kleinkram zu verzetteln. Wir sagen offen und ehrlich, wo wir stehen. Aber wir haben uns auch ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Wir wollen die **Nettoneuverschuldung** bis zum Jahr 2010 halbieren. Wir haben uns das nicht aus irgendwelchen fiskalischen Überlegungen heraus vorgenommen. Wir tun das, weil wir die haushaltspolitische Handlungsfreiheit wieder zurückgewinnen müssen, und wir tun dies, weil jetzt die Weichen gestellt werden müssen, damit jene, die nach uns kommen, überhaupt noch Gestaltungsspielräume haben.

Jedem muss klar sein: Einen Etat saniert man nicht auf Knopfdruck. Mit dem Haushalt 2006 ist das Ziel noch lange nicht erreicht. Aber mit den Nachträgen für 2005 und mit dem Haushalt 2006 holen wir erst einmal kräftig Luft, um den Etat in den nächsten Jahren wieder grundlegend in den Griff zu bekommen.

Mit dem Haushalt 2006, über den Sie heute entscheiden, bremsen wir das Schuldenmachen. Mit dem Haushalt 2006 wird eine neue Entwicklung eingeleitet, weil unser Haushalt versteinert ist. Wir dürfen nicht allein auf Einsparungen setzen. Im Mittelpunkt unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik steht deshalb ein Dreiklang aus **Sparen, Investieren und Reformieren**. Das wird mit dem Doppelhaushalt 2007/08 ganz deutlich werden.

Natürlich wissen wir, dass das in manchen Bereichen auch Einschränkungen bedeutet. Manches, was uns selbstverständlich erschien, können wir nicht mehr finanzieren. Ich sage aber auch: Jeder muss seinen Beitrag dazu leisten, dass wir wieder vorankommen.

Ich bin in diesem Jahr viel unterwegs gewesen und habe mit vielen Menschen gesprochen. Ich habe festgestellt, dass die Notwendigkeit von Streichungen und Kürzungen verstanden wird, wenn sie richtig erklärt und begründet werden und gesagt wird, wie das Licht hinter dem Tunnel aussieht. Dabei sollten wir uns auch von Zeitungsüberschriften nicht verunsichern lassen, die heute unpopuläre Maßnahmen fordern, aber morgen Einsparungen kritisieren.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich stehe dafür: Für unsere Ziele werden wir heute nicht länger Geld ausgeben, das unsere Kinder und Enkel noch nicht einmal verdient haben. Wir werden unsere Kinder nicht mit weiteren Schulden belasten, nur weil wir den Mut zu Einsparungen und Strukturentscheidungen nicht haben.

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Meine Damen und Herren, auch Sie haben die Verantwortung zur Konsolidierung des Haushalts. Wir werden sparen. Wir werden die **Ausgabenseite** nicht dämpfen, sondern deutlich reduzieren. Unser Personaleinsparungskonzept wird greifen. Gemeinsam müssen wir trotz schwieriger Finanzlage in unseren politischen Schwerpunkten für die Zukunft in „Vorfahrt für Wirtschaft und Arbeit“ investieren.

Mit dem Schleswig-Holstein-Fonds stellen wir bis 2009 rund 415 Millionen € zur Verfügung. Damit soll ein Investitionsvolumen von mehr als 1,6 Milliarden € ausgelöst werden. Bei der betrieblichen Investitionsförderung - dazu wurde ja gesagt, man merke nichts - wurden 2004 Investitionen in Höhe von 127 Millionen € ausgelöst. In diesem Jahr sind es 208 Millionen €.

Beim Wirtschaftswachstum - ich glaube, Wolfgang Kubicki hat davon gesprochen, man müsse wieder an die Spitze kommen - sieht es für das erste Halbjahr 2005 so aus, dass wir in Deutschland auf dem dritten Platz liegen. In den vergangenen Monaten meldete der Mittelstand Zuwächse bei Aufträgen und Umsatz. Sie können das in der „FAZ“ vom 12. Oktober 2005 nachlesen.

Bei den Arbeitslosenzahlen hatten wir im November einen Anstieg von 0,6 %. Das ist die geringste Zunahme seit 1998. Noch 2004 hatten wir einen Anstieg um 4,6 %. Sie können das werten, Sie können das wegrechnen, Sie können sagen: Das ist es alles nicht. Aber wir merken draußen, dass etwas wird. Deswegen wollen wir so weiterarbeiten.

Es geht um gute **Bildung und Ausbildung**. Mit 200 zusätzlichen Stellen im Jahr 2005 - wer sie auch immer beschlossen hat; darauf wird doch nicht geguckt; es interessiert einen Schüler doch nicht, wer sie beschlossen hat; wir stellen die Leute ein - und mit der Mehrarbeit kommt ab 2006 deutlich mehr Unterricht an die Schulen. Im Jahr 2007 werden wir weitere zusätzliche Stellen schaffen.

Es geht um exzellente **Forschung und Innovation**. Mit dem Schleswig-Holstein-Fonds gehen zusätzlich 70 Millionen € in Wissenschaft und Forschung. Denn Wissen schafft Wirtschaft.

Ich bin sehr froh, dass der Berliner Koalitionsvertrag auch ein Meilenstein zu einer modernen **Familienpolitik** ist. Wir haben darin klargemacht: Wir wollen mehr Kinder in den Familien und wir wollen mehr Familie in der Gesellschaft. Familienpolitik ist Politik für die Zukunft. Daran werden wir mit aller Kraft arbeiten - in Berlin und in Kiel. Gerade in dieser Woche fiel der Startschuss für unser Projekt „Familienfreundlicher Betrieb“.

Vor wenigen Tagen habe ich mit der Bundeskanzlerin die A 20 in Betrieb genommen. Ein großes Werk, das noch nicht ganz vollendet ist. Wir werden uns in Berlin für die großen Verkehrsprojekte stark machen. Dazu gehört vor allem die Weiterführung der A 20 mit Querung der Elbe westlich von Hamburg. Wir holen beim weiteren Ausbau der **Verkehrsinfrastruktur** private Kräfte mit ins Boot.

Wir werden die Strukturen reformieren. Der Prozess der **Verwaltungsstrukturreform** ist im vollen Gange und läuft gut. In den nächsten Wochen werden wir unser Konzept für Bürokratieabbau, Deregulierung und Aufgabe von Aufgaben auf den Tisch legen.

Wir machen die Schulen und Hochschulen fit für die Zukunft.

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein muss mit seinen Nachbarn enger zusammenarbeiten. Das gilt für Mecklenburg-Vorpommern, für Niedersachsen und insbesondere natürlich für Hamburg. Unter dem gemeinsamen Dach der wachsenden Metropolregion bringen wir die Interessen des ganzen Landes Schleswig-Holstein mit ein. Wir werden es später noch ausführlicher diskutieren.

Auch die **Kooperation** mit Dänemark muss hohe Priorität haben. Nördlich der Grenze liegt die Arbeitslosenquote bei 4 %, während sie südlich davon bei 17 % liegt. Das muss nicht nur zu denken geben - das machen wir schon seit zehn Jahren; die Gutachten stapeln sich bei uns -, sondern das muss uns zum Handeln zwingen.

Frau Kollegin Spoorendonk, ich darf zu Ihnen eine kleine Anmerkung machen. Zu Dänemark und zu grenzüberschreitenden Projekten gibt es nicht nur zwischen Flensburg und Tondern, sondern auch in Kiel eine Grenze. Auch Ostholstein und Fehmarn sind Grenzen zu Dänemark. Das dürfen wir nicht vergessen. Regionalisieren wir nicht immer nur unsere Probleme, indem wir einmal den Hamburger Rand sehen, dann Dänemark und den Landesteil Schleswig! Nein, das ganze Land und die Verzahnung müssen gesehen werden.

Meine erste echte Auslandsreise führt mich im nächsten Monat nach Kopenhagen. Bei den Gesprächen mit der dänischen Regierung stehen die Perspektiven für die **Kooperation in der Grenzregion** ganz oben auf der Tagesordnung. Wir wollen auch die Chancen des dänischen Arbeitsmarkts nutzen. Die Landesregierung wird künftig in der Grenzregion einen aktiveren Part übernehmen, ohne damit die Verantwortung der Akteure in der Region be-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

schneiden zu wollen. Wir werden für die Belange der Grenzregion in Berlin, Brüssel und Kopenhagen intensiver werben. Ich habe das Gefühl, dass wir auch bei den Befürchtungen, die wir im Moment haben, Herr Döring, offensichtlich Erfolg haben werden und weiterarbeiten können.

In unserem Land gibt es viele Kräfte, die wir mobilisieren müssen. Wir sind ein Land der kurzen Wege und der offenen Tür. Es gibt im Land eine große Leistungsbereitschaft. Es gibt den gesunden Menschenverstand, der mit den Realitäten selbstbewusst umgehen kann. Auch auf die Kräfte in den Vereinen, Verbänden, in den Kommunen und Kreisen, in den Unternehmen und Betrieben, bei den Kirchen und in den Gewerkschaften sowie in den Hochschulen und in den Labors baue ich. Packen Sie mit an, damit es allen im Lande wieder besser geht! Packen Sie mit an, damit unser Land in dem immer schärfer werdenden Wettbewerb mit anderen Ländern und Regionen - ich sage das ganz bewusst - wieder mithalten kann!

Schleswig-Holstein ist ein starkes Land, weil die Menschen, die hier leben und arbeiten, starke, zupackende Menschen sind, die sich auch etwas zutrauen.

Meine Damen und Herren, die Baden-Württemberger werben ja mit einem schönen Spruch: Die Baden-Württemberger können alles außer Hochdeutsch. Wir können Plattdeutsch, Friesisch, Dänisch und auch Hochdeutsch, meine Damen und Herren. Wir sind besser als Baden-Württemberg. Wir müssen das nur mal begreifen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Deshalb werden wir unsere Chancen nutzen. Lassen Sie uns deshalb mit Optimismus in das neue Jahr gehen.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten und erteile nunmehr für die Landesregierung das Wort – –

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Präsident, ich hatte mich gemeldet, um auf den Ministerpräsidenten zu antworten!)

- Herr Oppositionsführer, dann erteile ich Ihnen das Wort im Rahmen der für die Fraktion der FDP vereinbarten Redezeit. Ihnen stehen weitere 17 Minuten zur Verfügung. Sie hatten einen Dreiminutenbeitrag angemeldet.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte mich nur gemeldet. Ich möchte es auch kurz machen, weil ich auch applaudieren durfte. Herr Ministerpräsident, ich habe die Regierungserklärung nun ein drittes Mal gehört und beziehe mich auf meine Antwort von damals.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Die FDP-Fraktion ist sich noch nicht sicher, ob ihre damalige Haltung, dazu beizutragen, dass Peter Harry Carstensen Ministerpräsident wird, eine weise Entscheidung für das Land oder ein Fehler war. Das haben wir noch nicht ganz entschieden. Das sage ich ganz offen. Deshalb sind wir in der Bewertung noch etwas zurückhaltend.

Eins möchte ich aber sagen: Sie sollten sich den Optimismus weder verbiegen noch verbieten lassen, denn man kann Probleme - das ist auch meine Grundhaltung - überhaupt nicht bewältigen, wenn man nicht fröhlich und optimistisch an sie herangeht.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das macht ja hier auch niemand!)

Aber Fröhlichkeit allein wird auf Dauer nicht ausreichen. Ich bin dankbar, dass der Herr Ministerpräsident es geschafft hat, innerhalb eines halben Jahres die Regentschaft von Heide Simonis komplett vergessen zu machen. Er hat den gleichen Beliebtheitsgrad. Aber auch hier erlaube ich mir die Anmerkung: Beliebtheit allein reicht im Zweifel für Wahlentscheidungen nicht aus.

Ich habe gehört, dass wir ein tolles Land sind. - Das stimmt. Ich habe gehört, dass wir auf einem guten Weg sind. - Das sehe ich noch nicht. Ich frage mich aber, was sich von den großen Erklärungen, die Sie bei der **Regierungserklärung** abgegeben und heute wiederholt haben, im Haushalt konkret wieder findet.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe gehört, dass man natürlich der Opposition vorwerfen kann, sie wolle Einsparungen und überall da, wo dann gespart würde, würde sie sich melden und populistisch erklären, das sei unerträglich. Das ist nicht ganz richtig. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP haben unterschiedliche Vorstellungen vom Einsparen, sie haben auch unterschiedliche Vorstellungen vom Ausgeben. **Einsparen** ist nicht gleich Einsparen. Wir haben gesagt und das

(Wolfgang Kubicki)

sagen wir nach wie vor: Wer bei Investitionen spart, der spart definitiv an der falschen Stelle. Deshalb konnten wir uns den Anträgen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesen Punkten nicht anschließen. Wir sagen selbstverständlich, dass wir gerade in diesem Bereich der öffentlichen Hand mehr Geld ausgeben müssen. Deshalb sagen wir zum Beispiel: Gebt den Kommunen ihr Geld zurück, damit sie damit investieren können. Darüber kann man streiten, man kann anderer Auffassung sein, aber noch einmal: Einsparen ist nicht gleich Einsparen.

Dankenswerterweise haben Sie darauf hingewiesen, es gebe nun erkennbare **Wachstumsimpulse** und auch bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit seien im November 2005 die ersten Erfolge zu verzeichnen. Das mit den Novemberzahlen nehmen wir einmal so hin, aber dass nun die Erfolge des Wirtschaftswachstums im ersten Halbjahr 2005 auf den Carstensen-Effekt zurückzuführen sind, muss ich bestreiten, weil Sie Ihre Regierung erst im Mai 2005 angetreten haben. Deshalb können die Daten der ersten Monate nicht auf Ihre Politik zurückgeführt werden. Sie sind möglicherweise das Ergebnis der vorhergehenden Regierung.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Heiner Garg [FDP]: Das war die Vorfreude! - Holger Astrup [SPD]: Wo er Recht hat, hat er Recht!)

Noch einmal: Lassen Sie sich Ihren Optimismus, Ihre Fröhlichkeit nicht nehmen, aber dokumentieren Sie uns und der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit, wo denn aus der Regierungserklärung Taten folgen.

Abschließend - erlauben Sie mir das auch noch einmal - eine kurze Anmerkung zu den Ausführungen des Kollegen Müller in seiner Rede heute Vormittag, die eine durchaus beachtenswerte Bewerbungsrede für den Fraktionsvorsitz der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gewesen ist. Das muss ich neidlos anerkennen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Müller hat meinen Landesvorsitzenden, Jürgen Koppelin, zitiert und Bezug auf eine Meldung in der „Bild“-Zeitung vom 29. November 2005 genommen, in der Jürgen Koppelin – –

(Zuruf von Innenminister Dr. Ralf Stegner)

- Herr Kollege Stegner, Sie sollten nicht immer so hochnäsiger sein. Sie werden den Kollegen Koppelin noch häufiger brauchen. Denken Sie daran, dass Sie überhaupt die Liberalen bei Ihrer Position häufiger brauchen werden, als Sie momentan öffentlich er-

klären, sonst wüsste ich nicht, wie Sie im Rahmen der Innenministerkonferenz Ihre Vorstellungen durchsetzen wollen.

Aber unabhängig davon hat der Kollege Müller unter Bezug auf Jürgen Koppelin dessen doch beachtlichen Vorschlag, man möge das Weihnachtsgeld nicht besteuern, hinterfragt. Dazu besteht natürlich vor allem bei denjenigen Anlass, die kein Weihnachtsgeld bekommen.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP)

Es ist natürlich auch unheimlich stringent für eine Partei wie die meine, die die Abschaffung der Feiertags- und Sonntagszuschläge fordert, die Freiheit der Besteuerung des Weihnachtsgeldes zu fordern. Insofern kann ich das in etwa nachvollziehen. Aber das in Zusammenhang mit der Vorweihnachtszeit und den Genuss von Punsch zu bringen, also zu insinuieren, das könne ja nur eine Schnapsidee gewesen sein,

(Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich gar nicht gesagt!)

- aber insinuiert, Herr Kollege Müller –, bringt mich doch zu der Frage - die sollten Sie dann auch beantworten –: Wann ist denn Minister Jürgen Trittin aus dem Delirium aufgewacht?

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP)

Denn es war doch der Minister Trittin, der eine Verlängerung für die Sonderabschreibungsmöglichkeiten bei Filmförderungsfonds und Schiffsbeteiligungsfonds erwirkt hat und das auch noch als große steuerpolitische Maßnahme der Grünen verkauft hat.

(Beifall bei FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt aber im Ernst. Ich greife etwas auf, was der Fraktionsvorsitzende der SPD gesagt hat. Ich hätte meine Rede eigentlich damit beginnen sollen, denn ich wusste, warum er mir den Vortritt gelassen hat. Das war die einzige Möglichkeit zu sagen: Ich habe von Kubicki nichts Neues gehört. Damit hätte ich ja anfangen können.

Wir sollten auf eins achten, gerade angesichts der Tatsache, dass wir tatsächlich neue politische Konstellationen haben und der Kollege Wadephul gesagt hat, Gegnerschaften, geradezu Feindschaften hätten sich in relativ kurzer Zeit aufgelöst - nach der Devise: Über allen Gräbern ist Ruh.

(Heiterkeit bei der FDP)

(Wolfgang Kubicki)

Wir sollten vielleicht einmal versuchen, angesichts der unterschiedlichen Gemengelage, in der wir uns befinden, und der Probleme, der unser Gemeinwesen insgesamt ausgesetzt ist, aus den tradierten Rollenklischees herauszufallen.

(Konrad Nabel [SPD]: Fangen Sie damit an, Herr Kollege!)

- Herr Kollege Nabel, ich hätte mir nie träumen lassen, dass es mir einmal gelingt, Sie zu loben. Aber Ihr Verhalten gestern

(Beifall bei der FDP)

bei der Abstimmung zum Landesverwaltungsgesetz hat bei mir nicht nur Lob, sondern auch Respekt ausgelöst.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

- Nein, nein, Herr Kollege Klug, so würde ich das gar nicht formulieren.

(Heiterkeit bei der CDU)

Es hat bei mir Respekt ausgelöst, weil ich weiß, wie schwierig es ist, in einer solchen Frage, von der die Mehrheit glaubt, dass es sich nicht um eine Gewissensfrage handelt, seinem eigenen Gewissen trotzdem zu folgen. Das sage ich in allem Ernst.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Und es stünde - das habe ich früher schon einmal gesagt - der parlamentarischen Demokratie durchaus an, wenn man bei Mehrheitsverhältnissen in dieser Größenordnung dem einen oder anderen auch noch erlaubt, deutlich zu machen, dass es auch in großen Koalitionen und auch in großen Parteien durchaus abweichende Meinungen geben kann, die beachtlich sind, auch wenn sie nicht mehrheitsfähig sind. Das würde uns allen, auch in unserer Außenwirkung, deutlich besser zu Gesicht stehen.

(Beifall bei FDP und SSW sowie vereinzelt bei CDU und SPD)

Fazit: Herr Ministerpräsident, wir wollen im Rahmen unserer Möglichkeiten daran mitwirken, das Land Schleswig-Holstein nach vorn zu bringen. Aber wir werden selbstverständlich die Union auch daran erinnern, welche Überlegungen sie in 17 Jahren Oppositionszeit entwickelt hat. Es ist für mich schwer vorstellbar, dass diese Überlegungen, die von Sachverstand geprägt waren - wie ich bisher gemeint habe -, innerhalb kürzester Zeit einer großen Koalition zum Opfer gebracht werden kön-

nen. Das müssen Sie uns als Oppositionsfraktion FDP erlauben.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Vielen Dank, Herr Oppositionsführer. Die verbleibende Redezeit der FDP-Fraktion beträgt 10 Minuten.

Nun erteile ich für die Landesregierung dem Herrn Finanzminister Rainer Wiegard das Wort. Die angemeldete Redezeit beträgt noch knapp 20 Minuten. - Herr Minister, Sie haben das Wort.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kubicki, in der Tat wäre es schon interessant zu untersuchen, auf wen die bessere Stimmung zurückzuführen ist. Wenn man den Demoskopern noch trauen könnte, könnte man eine Umfrage starten. Aber auch die haben sich disqualifiziert. Insofern müssen wir auf unser eigenes Urteil bauen und da schließe ich mich dem Urteil des Ministerpräsidenten darüber an, woran das liegt.

Meine Damen und Herren, der **Haushalt 2006** ist der erste Haushalt der großen Koalitionen. Das haben heute schon mehrere Redner festgestellt, das war im Übrigen auch nicht so schwer zu ermitteln.

(Heiterkeit bei CDU und SPD)

Es wurde auch schon erwähnt, dass dieser Haushalt solide und ehrlich aufgestellt ist, so wie auch die Nachträge 2005.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist auch gut. Dieser Hinweis bedarf wahrscheinlich heute noch der Erwähnung, wird aber in Zukunft zunehmend entbehrlich werden, weil wir das immer so machen werden. Das wird zur Regel und dann brauchen wir darauf auch nicht mehr besonders hinzuweisen. Alle uns vorliegenden Erkenntnisse und Bewertungen sind in diesen Haushalt eingeflossen. Von Experten eingeschätzte, nicht von uns selbst manipulierte, zukünftige Einnahmen aus der wirtschaftlichen Entwicklung sind berücksichtigt. Darüber hinaus ist Vorsorge getroffen worden für den Fall, dass auch diese Prognosen wider Erwarten nicht eintreffen werden. Ich sage das vorsorglich, weil es auch Vorschläge von anderen Seiten dieses Hauses gibt, diese Vorsorge wieder zu beseitigen.

(Minister Rainer Wiegard)

Herr Kubicki, ich gebe gern zu, dass nicht alles von dem, was ich hier fünf Jahr lang vorgetragen habe, innerhalb von acht Monaten umsetzbar ist. Ich bitte um Nachsicht. Vielleicht kann das jemand besser, möge er sich melden.

Aber lassen Sie mich doch einmal einige Dinge nennen und gleich an den Anfang stellen. Es gibt keine virtuellen Zubuchungen bei den Einnahmen. Es gibt keine ungewissen globalen Mehreinnahmen, von denen niemand weiß, wo sie herkommen sollen. Es gibt auch keine virtuellen Reduzierungen bei den Ausgaben und es gibt deshalb auch keine ungewissen globalen Minderausgaben, von denen keiner weiß, wie sie je erzielt werden sollen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie meinen, so wie das früher war!)

Das sind schon ein paar Punkte, über die wir viele, viele Jahre lang in diesem Haus miteinander gestritten haben.

Dieser Haushalt beschreibt klar, präzise und ungeschminkt, wie es aussieht. Ich finde es schon fast einen Wert an sich, dass das so ist. Darüber hinaus zeigen wir erste Lösungsansätze auf, wie diese Landesregierung Schleswig-Holstein finanziell und damit politisch handlungsfähig machen will, mit welchen Zielen, welchen Instrumenten und welchen Maßnahmen.

Manche Beiträge heute, aber auch einige Berichterstattungen in den vergangenen Wochen sowie manche Diskussionen im Lande mit Verbänden und Organisationen zeigen indes, dass offensichtlich die tatsächliche Lage Schleswig-Holsteins noch nicht von jedem verstanden worden ist, dass wir sie möglicherweise noch nicht hinreichend haben vermitteln können. Mancher leidet zudem - das hat der Ministerpräsident eben dargestellt - an erheblichen Störungen seines Kurzzeitgedächtnisses.

Wie ist die **Lage in Schleswig-Holstein**? Die Steuereinnahmen werden im kommenden Jahr voraussichtlich etwa 5,3 Milliarden € betragen. Das ist weniger als 1998. Aber die Aufgaben sind die des Jahres 2006. Vereinfacht dargestellt: Wir haben die Einnahmen des vorigen Jahrhunderts und die Aufgaben des neuen Jahrtausends zu bewältigen. Das ist unser Problem. Ich glaube, diesem Problem müssen wir uns stellen. Aus dieser Konstellation erwachsen die Aufgaben für die nächsten Jahre, nämlich einerseits die Aufgaben den verfügbaren Einnahmen anzupassen und andererseits die verfügbaren Einnahmen zu erhöhen, indem die Rahmenbedingungen zur Erzielung von staatlichen Einnahmen deutlich verbessert werden.

Zur Beschreibung der Lage gehört nach wie vor - daran hat sich mit dem Haushalt 2006 noch nichts Bedeutendes verändert -: Nach Abzug der den Kommunen zustehenden Mitteln reichen die Steuereinnahmen des Landes nicht einmal mehr aus, um nur die Kosten für Personal, Verwaltung und Zinsen zu bezahlen. Das ist Realität. Das hat aber offensichtlich noch nicht jeder so verstanden. Bis zu diesem Zeitpunkt, zu dem wir aus unseren eigenen Einnahmen nur Personal, Verwaltung und Zinsen knapp bezahlen können, ist noch kein Cent für richtige Politik ausgegeben worden, noch keine Kinderbetreuung gefördert, keine Hochschule finanziert, keine Forschung angeschoben, keine Verkehrsinfrastruktur zukunftsfähig gemacht. Das ist die Realität, in der wir leben. Für alle diese Aufgaben müssen wir auf Geld von Dritten zurückgreifen. Das sind entweder die anderen Bundesländer - die lassen bei manchen Standards, die wir diskutieren, fröhlich grüßen -, die EU oder der Bund. Dort müssen wir komplementieren.

Komplementärmittel haben wir allerdings auch nicht. All dies müssen wir uns schließlich von der Sparkasse holen. So klafft im Jahre 2006 zwischen den laufenden **Einnahmen** und den laufenden **Ausgaben** eine Lücke von knapp 1,6 Milliarden €, die derzeit nur über neue Kredite geschlossen werden kann. Wer sich diese Zahlen nicht vorstellen kann, der möge einmal nachrechnen, wie wir diese Debatte heute bestreiten. Jede Stunde nimmt das Land 200.000 € neue Schulden auf. In jeder Stunde zahlen wir die Hälfte davon gleich in Form von Zinsen zurück.

Zur Beschreibung der Lage gehört auch - weil sich manche nicht mehr erinnern, dass sie vor acht, neun Monaten noch in einer anderen Funktion waren -, dass die **Verschuldung** des Landes allein in den Jahren von 2000 bis 2005 von etwa 600 Millionen € um 1.000 Millionen € auf 1,6 Milliarden € gestiegen ist. Das war in den fünf Jahren, Herr Minister Müller, in denen Sie dieser Regierung angehört haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Er war nicht der Finanzminister! Das kann man nicht sagen!)

Ich will das in Erinnerung rufen, weil es offensichtlich in Vergessenheit geraten ist.

Die **Kreditfinanzierungsquote**, 2000 bei 8,5 %, ist auf knapp 20 % angewachsen. Seit 1996 gibt Schleswig-Holstein Jahr für Jahr mehr Geld für Zinsen für die Vergangenheit aus als für Investitionen in die Zukunft. Seit 2001 übersteigt die Summe der neuen Schulden die Summe der Investitionen.

(Minister Rainer Wiegard)

Das gehört alles zur Beschreibung der Lage dazu. Wenn man darüber diskutiert, dass man neue Ziele anstrebt, muss man wissen, woher man kommt.

Ich habe im Zusammenhang mit der Beratung über den Nachtrag 2005 auf die besondere Problematik im Zusammenhang mit der **Verfassungsmäßigkeit** hingewiesen. Das gilt in vollem Umfang auch für die Lagebeschreibung des Haushalts 2006.

Zur Lagebeschreibung gehört auch die Feststellung, dass wir, sogar ohne dass das Land nur einen einzigen Cent Schulden hätte, also auch ohne dass dieses Land nur einen einzigen Cent Zinsen zu bezahlen hätte, keinen verfassungsmäßigen Haushalt hätten. Auch dann betrüge die Neuverschuldung deutlich über 800 Millionen €. Das ist mehr, als wir für Nettoinvestitionen ausgeben. Daraus wird für jedermann deutlich, wie brisant das Problem ist und dass man es zu einem großen Teil, aber nicht nur auf die Verschuldungslage abschieben kann. Vielmehr müssen wir schon realisieren: Wir haben zu wenig laufende Einnahmen bei zu hohen laufenden Ausgaben.

Zur Beschreibung der Lage gehört auch, dass manche vergessen: Wir haben keine Einmalerglöse aus Vermögensveräußerungen und Einmalerträge zur Verfügung wie im Jahre 2004 in Höhe von 400 Millionen € oder wie in den letzten zehn Jahren in der Größenordnung von 1,2 Milliarden €. Wir haben sie nicht mehr zur Verfügung. Sie sind nicht mehr da. Nehmen wir es bitte zur Kenntnis. Auch das gehört zur Realität in Schleswig-Holstein.

Wir haben keine Zuflüsse aus Länderfinanzausgleich oder Bundesergänzungszuweisungen wie 2004 in Höhe von 450 Millionen € oder 2002 in Höhe von 400 Millionen € oder im Jahre 2000 in Höhe von 600 Millionen €. Das haben wir nicht, meine Damen und Herren. Die Realität in diesem Jahr ist die, dass wir wahrscheinlich 100 Millionen € mehr Steuern einnehmen werden, dass wir dafür aber 320 Millionen € an Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen verlieren. Das heißt, wir haben netto weniger und können daraus nicht zehren. Auch das gehört dazu.

Zur Beschreibung der Lage gehört - weil das keine Situation ist, die diese Regierung herbeigeführt hat, sondern die in der Vergangenheit ruht -: Wir haben in diesem Jahr einen Anstieg allein der Versorgungslasten in Höhe von 30 Millionen € gegenüber dem Vorjahr zu verkraften, im nächsten Jahr wieder 30 Millionen € zusätzlich, im Jahr darauf nochmals 30 Millionen € zusätzlich und danach wiederum. Von 2000 bis 2009 steigen die **Versorgungslasten**

von 600 Millionen € auf 900 Millionen €. Hier ist Handlungsbedarf. Aber den erkennt man nur, wenn man die Lage erkennt, und nicht, wenn man die Lage ignoriert.

Zur Beschreibung der Lage gehört, dass wir im Jahre 2006 25 Millionen € mehr für Zinsen zu bezahlen haben als im Vorjahr, im nächsten Jahr 45 Millionen € mehr, im übernächsten Jahr 100 Millionen € und im Jahr darauf 80 Millionen € mehr. Von 2000 bis 2009 steigen die **Zinslasten** von 900 Millionen € auf weit über 1,1 Milliarden € und das nur - das füge ich hinzu - unter der Voraussetzung, dass am Zinsmarkt nichts passiert. Wenn dort etwas passiert, wird die Lage ganz, ganz übel.

Wir haben - um zum Kleingeld zu kommen - 2006 allein aus lediglich drei Maßnahmen Mehrausgaben von 12 Millionen € gegenüber dem Vorjahr zu verkraften, deren Verpflichtung durch den Bund erfolgt ist: Krankenhilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Kostenrechtsmodernisierungsgesetz. Das hat Herr Döring schon gesagt. Wenn jemand von Modernisierung spricht, ist allerhöchste Alarmstufe angezeigt. Denn das kostet immer Geld. Das bezieht sich hier auf den Justizbereich, für den aber Herr Döring nichts kann, sondern der Bund.

Diese Maßnahmen machen 12 Millionen € aus, die wir auf andere Weise darstellen müssen. Das sind allein fast 70 Millionen € zusätzliche Lasten im kommenden Jahr, auf die diese Landesregierung keinen Einfluss hat, 70 Millionen €, die zusätzlich zu verkraften sind.

Trotzdem halten wir die Nettoausgaben gegenüber unserem ersten Nachtragshaushalt 2005 konstant und steigern sie darüber hinaus nicht. Auf die Besonderheiten des zweiten Nachtragshaushalts hat Herr Dr. Wadephul vorhin hingewiesen.

Trotz all dieser Probleme senken wir die **Neuverschuldung** konsequent in dem Umfang, in dem sich die Nettoeinnahmen des Landes voraussichtlich verbessern. Etwa 142 Millionen € wird das Mehr sein, das wir gegenüber dem ersten Nachtrag haben. Diese gut 140 Millionen € stecken wir voll in die Senkung der Nettokreditaufnahme. Herr Kubicki, ich finde, das ist schon ein vollständiges Umsetzen dessen, was ich von meinem Platz im Plenum in den vergangenen Jahren immer verlangt habe. Nicht verlangt habe ich, dass immer alles sofort und auf einmal geht. Ich kann schon sagen: Ich bin ein bisschen stolz darauf, dass uns dies gelungen ist, und bedanke mich im Übrigen bei den Mitgliedern des Kabinetts, das hier mitgezogen hat.

(Beifall bei CDU und SPD)

(Minister Rainer Wiegard)

- Danke sehr.

Zur Beschreibung der Lage gehört vor allem auch diese Erkenntnis: Wir haben es hier nicht irgendwie mit einer Gleichung von 2:2 Unbekannten zu tun, sondern wir haben es mit vier Bekannten zu tun. Die erste sagt: Das alte Geld reicht nicht aus, um die alten Aufgaben zu finanzieren, und meint, das bisherige Geld reicht nicht aus, um die bisherigen Aufgaben zu finanzieren. Die zweite Gleichung sagt: Neues Geld für neue Aufgaben gibt es nicht. Die dritte sagt: Neue Aufgaben müssen mit altem Geld bezahlt werden. Daraus schlussfolgert man logischerweise dann den vierten Punkt: Wer neue Aufgaben will, muss zunächst auf alte Aufgaben verzichten. So einfach ist das. Das gilt im Übrigen für alle Mitglieder des Kabinetts genauso wie für das hohe Haus. Ich denke, daran können wir uns alle bei der einen oder anderen Frage erinnern, die wir hier in dieser Woche miteinander diskutiert haben. So einfach ist das.

Unser Weg zur Konsolidierung, unser Weg zurück zur finanziellen und damit zur politischen Handlungsfähigkeit heißt, so wie der Ministerpräsident das eben schon dargestellt hat: **Sparen, Investieren, Reformieren**. Wir sparen zunächst bei der Verwaltung von Politik. Wir sparen bei allen übrigen Ausgaben, wo wir alle übrigen gesellschaftlichen Gruppen beteiligen werden. Wir werden sparen bei all den Aufgaben, insbesondere auch bei Bundesaufgaben. Wenn wir immer wieder zu Recht darauf hinweisen, dass 92 % des Haushalts betoniert sind und dass wir bei den restlichen 8 % nicht etwa von Verfügungsmasse sprechen, dann müssen wir die Erkenntnis haben, dass es nicht ausreicht, bei den 8 % etwas zu sparen, sondern wir müssen an die 92 % heran.

Es hat vor kurzem ja einen Finanzminister gegeben, der von seinen Mitarbeitern eine dienstliche Erklärung verlangt hat, dass er ihnen keinen Auftrag erteilt hat, etwa an einer so genannten Giftliste zu arbeiten. Damit ist nicht das englische Wort Gift, sprich Geschenke, gemeint,

(Heiterkeit)

sondern gemeint ist das schon im Sinne des Wortes. Ich sage Ihnen: Bei mir braucht keiner eine dienstliche Erklärung abzugeben. Jeder in meinem Haus ist ausdrücklich aufgefordert, eine solche Liste zu erstellen und mir vorzuschlagen, wo wir bei allen Ausgaben eingreifen können. Ich sage noch einmal: Auch die Aufgaben, die wir auf Veranlassung des Bundes und der Europäischen Union zu tätigen haben, müssen dringend unter die Lupe genommen

werden. Hier gibt es bereits in meinem Haus eine sehr umfangliche Liste, die wir derzeit abprüfen.

Investieren in die Zukunft: Dazu haben der Ministerpräsident und Herr Wadephul vorhin einiges gesagt. Ich meine, das muss ich jetzt nicht mehr vertiefen. Die Stichworte sind klar: Wir müssen investieren in die Zukunft, in Forschung und Entwicklung. Wir müssen in unsere Infrastruktur investieren. Und wir müssen - wenngleich das Wort investieren da nicht immer ganz richtig angebracht ist, Frau Heinold; aber ich denke, wir sind uns einig, wenn wir es mal so bezeichnen - in mehr Bildung für unsere Kinder investieren.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich gestern gefordert!)

Nach genau diesen Schwerpunkten handelt diese Landesregierung.

Wir müssen die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft in Europa und in einem ständig kleiner werdenden Weltmarkt reformieren. Wir müssen den **Zugang zum ersten Arbeitsmarkt** verbessern. Wir Schleswig-Holsteiner haben ein vorrangiges Interesse daran, dass sich diese Rahmenbedingungen verbessern. Es ist doch ein nicht zu ertragender Zustand, dass wir in Schleswig-Holstein 150.000 Menschen haben, die arbeitslos sind, die zunehmend auch aus Bauberufen kommen, und dass wir gleichzeitig einen unendlichen Sanierungsbedarf bei öffentlichen Einrichtungen haben, bei Verkehrswegen, aber auch bei öffentlichen Gebäuden, bei Schulen, bei Hochschulen und bei vielem anderen. Gleichzeitig gibt es viel privates Kapital, das auf Konten liegt und darauf wartet, endlich in Anspruch genommen zu werden. Dennoch gelingt alles drei zusammen nicht. Das kann nicht mehr sein. Deshalb müssen wir hier mehr tun. Dazu müssen wir auch auf Bundesebene unseren Beitrag leisten - ich glaube, wir können das auch gut -, dass es Entspannung auf dem ersten Arbeitsmarkt gibt, dass der Zugang durchlässiger wird, dass wir mehr Chancen für die eröffnen, die außen vor stehen, die nicht in diesem Betonring sind.

Wir müssen unsere **sozialen Sicherungssysteme** zukunftsfähig machen. Meine Damen und Herren, es ist nicht zu glauben, dass in einer Zeit, in der wir das allerbeste Verhältnis zum Beispiel zwischen Beitragszahlern zu Rentenempfängern haben, wozu ja bedauerlicherweise die Kriege ihren Teil beigetragen haben, diese Systeme marode sind, kein einziges unserer Sozialsysteme derzeit funktionsfähig und durchfinanziert ist, und das, wie gesagt, in einer Zeit, in der wir die größte Zahl von Beitrags-

(Minister Rainer Wiegard)

zahlern haben. Wir werden nie wieder in der Geschichte Deutschland ein so exzellentes Verhältnis von arbeitender Bevölkerung zu nicht mehr arbeitender Bevölkerung haben. Trotzdem ist die Krankenversicherung marode, ist die Pflegeversicherung marode, ist die Arbeitslosenversicherung marode. Und bei der Rentenversicherung zahlen wir inzwischen schon aus Steuern deutlich mehr, als die versicherungsfremden Leistungen ausmachen. Da müssen wir ran und dabei müssen wir manche Scheuklappen, manche Barrikaden auch in den Köpfen beseitigen.

Wir müssen in diesem Jahr 2006 unser **Steuersystem** reformieren. Die Reform der Unternehmenssteuer ist längst überfällig. Wenn wir es nicht 2006 schaffen, zu einer deutlichen Reform zu kommen - dazu gehören auch die Länder im Verhältnis zum Bund, um dies zu ordnen -, werden wir kein einziges Ziel erreichen, das wir uns gesetzt haben.

Wir müssen auch die Kommunalfinanzen reformieren. Liebe Freunde, meine Damen und Herren, wer glaubt eigentlich noch, dass wir mit dem, was wir heute an **Kommunalfinanzierung** haben, die nächsten zehn oder fünfzehn Jahre überdauern können? Ich glaube, für die Kommunen ist die Gelegenheit günstig in einer Zeit, in der es das Gewerbesteueraufkommen, eine der Säulen, ermöglicht, das jetzt auch anzupacken und zu sagen: Jetzt lasst uns diese Probleme lösen, lasst uns zu neuen Ufern aufbrechen.

Wir brauchen endlich die Reform der **Einkommensteuer**. Die ist längst überfällig. Sie muss den Menschen und den Unternehmen wieder Vertrauen in unser Steuersystem zurückgeben und mit weniger Verwaltungsaufwand von Bürgern, von Unternehmen und von unserer eigenen Verwaltung bewältigt werden können.

Das sind die Aufgaben, das sind die drei Säulen, auf denen unser Konsolidierungskonzept aufgebaut ist. Dazu sind alle Vorschläge hilfreich, auch die der Opposition. Ich bin sehr dankbar für diese Vorschläge; denn sie zeigen, dass diese Landesregierung auf einem recht guten Weg ist, meine Damen und Herren.

Die Grünen haben mit ihren Vorschlägen gezeigt: Sie wollen so weitermachen wie bisher in ihrer früheren Regierungszeit. Sie kürzen hier und da und geben das so eingesparte Geld gleich an anderer Stelle wieder aus. Mit strukturellem Sparen hat das jedenfalls nichts zu tun. Die Nettoneuverschuldung, Herr Minister a. D. Müller, wollen Sie senken, indem Sie nach wie vor auf der Einnahmenseite vol-

les Risiko fahren. Und die Vorsorge, die wir hier eingeplant haben, weil es sehr unterschiedliche Prognosen gibt, wollen Sie gleich wieder auflösen. So haben Sie es früher auch gemacht. Und dann wollen Sie zusätzlich Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Landes streichen und wollen das zur Senkung der Nettoneuverschuldung einsetzen. Sie sagen: Das ist das strukturelle Sparen. Das hat alles mit strukturellem Sparen nichts zu tun. Das ist eher Kamikaze!

(Beifall bei CDU und SPD)

Das kennen wir aus der Vergangenheit: die Einnahmen auf höchstem Niveau ansetzen und bei den Ausgaben immer da kürzen, wo es um Investitionen in die Zukunft geht. Meine Damen und Herren, die Grünen haben ihre Verantwortung für die Vergangenheit noch nicht realisiert und sie haben die Aufgaben der Zukunft noch nicht erkannt. Spielen Sie noch ein bisschen weiter!

Von der FDP, lieber Wolfgang Kubicki, kommt natürlich der Vorschlag, den wir kennen. Ich sage Ihnen: Wir haben die Landesbanken in Hamburg und Schleswig-Holstein vor zweieinhalb Jahren fusioniert. Unsere HSH Nordbank steckt mitten in dem Umsetzungsprozess dieser Fusion. Seit weniger als einem halben Jahr sind Anstaltslast und Gewährträgerhaftung entfallen. Die öffentlichen Banken insgesamt stecken immer noch in diesem Prozess, um das zu verkraften. Vor knapp einem Jahr haben wir der Bank im Rahmen der EU-Beihilfengeschichte aus den letzten Jahren, die wir alle kennen, dreistellige Millionenbeträge entzogen. Deshalb kann ich Ihnen sagen: Die HSH Nordbank ist zwar optimal aufgestellt, so wie es unter diesen Bedingungen, die ich eben nannte, möglich war. Sie genießt hohe Anerkennung in der Bankenwelt. Übrigens nicht erst, seitdem ich dort Aufsichtsratsvorsitzender bin. Das sollte ich vielleicht noch einmal überdenken. Wenn ich das anders darstellen würde, dann hätte ich vielleicht auch die hölzerne Ente der Landespressekonferenz im nächsten Jahr schon gesichert. Darüber muss man noch einmal reden.

Nein, meine Damen und Herren, die **HSH Nordbank**, unsere gemeinsame Landesbank, braucht noch Zeit, um sich endgültig in diesem Markt zu positionieren. Es macht wenig Sinn, die Bank jetzt ohne strategisches Konzept zu veräußern, noch dazu an eine Gesellschaft für Beteiligungen. Welchen Eindruck soll das auf strategische Investoren machen

(Zuruf von der FDP)

(Minister Rainer Wiegard)

- nein, nein, wir haben dort kein Stammkapital –, wenn wir sagen, da parken wir mal die Anteile. Keiner hat so richtig Lust zu dieser Bank. Das kann zu nichts Gutem führen. Die bisherigen Eigentümer bekennen sich zu ihrer Bank. Da wird es Dinge geben, die im Fluss sind; das ist notwendig. Aber ich meine, es macht keinen Sinn, in laufenden Haushaltsberatungen Preise zu nennen, die man dann in Verkaufsverhandlungen jedenfalls nicht mehr überschreiten kann. Ich glaube, dass das nicht hilfreich ist.

Ihr Vorschlag senkt darüber hinaus - das haben wir in der letzten Fassung der Anträge gesehen - nicht einmal in dem Volumen, in dem der Verkaufserlös eingeplant ist, die Nettokreditaufnahme und führt noch nicht einmal in dem Jahr, in dem der Verkauf geplant ist, zu einem verfassungsgemäßen Haushalt. Ich frage mich, wo da der strategische Ansatz ist.

Auch die anderen Vorschläge scheinen nicht hinreichend zielführend zu sein. Wenn Sie auf der einen Seite sagen, wir haben keine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts - nun werde ich vielleicht ein bisschen unfair, aber nehmen Sie es nicht ganz so plump, wie ich es formuliere, um den Unterschied deutlich zu machen –, wenn Sie in Ihrer Pressemitteilung auf der anderen Seite sagen, Sie bekämpfen die Störung der Beschäftigungsentwicklung in Schleswig-Holstein, indem Sie auf die Beteiligung der Polizeibeamten an der Heilfürsorge verzichten und das Blindengeld nicht kürzen, dann muss ich sagen, dass das nicht sehr zielführend ist, was die Bekämpfung der Beschäftigungsentwicklung und die Konsolidierung des Haushalts in unserem Lande betrifft.

(Beifall bei CDU und SPD)

Zu unseren gemeinsamen Oppositionszeiten waren Ihre Vorschläge irgendwie schon einmal intelligenter. Vielleicht kann man das noch ein bisschen befruchten.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie waren so ähnlich und Sie haben immer zugestimmt!)

Ich will noch ein Wort zur **Verfassungsfrage** sagen, die von beiden Oppositionsparteien noch einmal aufgeworfen wurde. Wir haben uns dazu bekannt, dass wir diesen Haushalt 2006 und wahrscheinlich auch die nächsten nicht verfassungsgemäß begründen können. Andere Länder sind uns in der Zwischenzeit gefolgt, weil es auch ihnen inzwischen merkwürdig erschien, eine Begründung zu erfinden, die in Wahrheit nicht da ist, weil die zu-

sätzlich aufgenommenen Kredite eben nicht dazu bestimmt und geeignet sind, die Abwehr der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu erzielen, sondern dazu gedacht sind, eine Zeit zu überbrücken, bis man es wieder hinkriegen kann, verfassungsgemäße Haushalte aufzustellen.

Nun irritiert mich die permanente Kritik daran, dass Sie - weil Sie nicht mehr groß genug sind - nicht mehr die Chance haben, eine Verfassungsklage durchführen zu können. Das mit der kleinen Partei haben Sie selbst zu verantworten; ich möchte auch nicht daran mitwirken, dass sich das ändert.

(Heiterkeit)

Die Frage ist aber schon, ob Sie wollten, wenn Sie könnten, und wenn Sie denn wollten, was Sie denn wollten. Wollten Sie vielleicht mit einer Klage erreichen, dass wir doch wieder die Verfassungsmäßigkeit in das Haushaltsgesetz hineinschreiben? Oder was soll mit einer solchen Klage erreicht werden? Ich habe das nicht verstanden, es wäre vielleicht hilfreich, Sie würden das noch klarstellen.

Es sei denn, Sie wollten etwas erreichen, was über die Feststellung der Verfassungswidrigkeit hinausgeht, nämlich, dass Sie sagen: „Wir möchten die Nichtigkeit des Haushalts erreichen.“ Da warne ich Neugierige. Ich habe bei unserer Verfassungsklage im Jahr 2004 gegen den Haushalt 2003 auch ausdrücklich immer Wert darauf gelegt, dass wir lediglich gegen die Tatsache klagen, dass der Haushalt nicht verfassungsgemäß ist. Wir haben nicht auf Nichtigkeit geklagt, weil wir nicht die Absicht hatten, ein Land handlungsunfähig zu machen. Ich wäre Ihnen schon sehr dankbar, wenn Sie das noch einmal aufklären würden.

Das Ziel der Landesregierung ist und bleibt die **Halbierung der Nettoneuverschuldung** bis zum Jahr 2010 und die schnellstmögliche Rückkehr zu verfassungskonformen Haushalten. Das werden wir durch Maßnahmen erreichen, die wir Ihnen dargestellt haben, die Ihnen im Haushalt vorliegen und die hier diskutiert worden sind.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Haushalt und bedanke mich bei dieser Gelegenheit ausdrücklich bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, bei dem Ausschuss, bei den Fraktionen und insbesondere - wenn Sie mir diesen kleinen besonderen Ausflug gestatten - bei meinem Abteilungsleiter Haushalt, Ministerialdirigent Uwe Pelny. Es ist mein erster Haushalt, aber es ist sein letzter. Das Zweite bedaure ich außerordentlich. Ich habe wirklich versucht, mich mit ihm darauf zu verständigen, dass er über die Altersgrenze hinaus weitermachen

(Minister Rainer Wiegard)

kann. Leider hindern uns formale Gründe, diese Zusammenarbeit fortzusetzen. Lieber Herr Pelny, ich danke Ihnen ganz herzlich.

(Anhaltender Beifall)

Meine Damen und Herren, ein letzter Satz. Eine gewaltige Aufgabe liegt vor uns. Es ist gut, wenn wir nicht versuchen, das mit kleinkarierten Spielchen zu übertünchen. Ich glaube aber, sie ist lösbar, auch wenn sie sehr groß ist. Sie ist lösbar, wenn wir gemeinsam daran arbeiten, den Dreiklang von Sparen, Reformieren und Investieren zu erreichen. Der Haushalt 2006 ist nicht die Lösung des Problems, er ist ein Übergang zur Lösung des Problems. Ich bitte Sie um Unterstützung für diesen Haushalt.

(Anhaltender Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke dem Herrn Finanzminister.

Auf der Tribüne begrüße ich den Ver.di-Regionalseniorenausschuss aus Flensburg, die Junge Union aus Lübeck und den ehemaligen Kollegen Herrn Matthiessen. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Im Rahmen der vereinbarten Redezeit erteile ich das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Kollegen Klaus Müller. Die verbleibende Redezeit beträgt drei Minuten.

Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Wenn ein Ministerpräsident derart plump auf einer Opposition herumhackt, muss es ihn hart getroffen haben. Herr Wiegard, so schlecht ist unser Gedächtnis nicht, vor allem unser Archiv ist gut. Ich habe hier Drucksache 15/3099 vom 9. Dezember 2003, von Ihnen unterschrieben, die Anträge der CDU. Wenn Sie versuchen, hier so viel Ehrlichkeit anzumahnen, hätte ich mir ein Bekenntnis dazu gewünscht, dass sich die CDU in vielen ihrer Anträge, die denen der FDP in den vergangenen Jahren gar nicht so unähnlich waren, schlicht getäuscht hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben selber Kürzungen bei den Personalausgaben der Staatskanzlei angemahnt. Fakt ist aber: Sie erhöhen die Ausgaben, geparkt in Einzelplan 11. Fakt ist: Sie haben beantragt, die Öffentlichkeitsarbeit der Staatskanzlei von 150.000 auf 100.000 € zu reduzieren. Herr Ministerpräsident, in Ihrem Haus-

haltsplan steigen die aber von 150.000 auf 185.000 €.

Für die Zukunftsentwicklung des Landes wollte die CDU den Ansatz damals von 100.000 € auf null absenken. Fakt ist: Sie erhöhen die Mittel jetzt von 65.000 auf 90.000 €.

Herr Ministerpräsident, ja, die Staatskanzlei kürzt, das ist richtig, Ihr Verfügungsfonds sinkt um 55.000 €. Das haben Sie eben richtig ausgeführt. Aber genauso ist es Fakt, dass Ihre Repräsentationsausgaben von 310.000 auf 367.000 € ansteigen. Summa im Netto plus 40.000 €. Mit den **Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit** insgesamt 75.000 €. Ich habe das bei Ihrem Chef der Staatskanzlei zweimal nachgefragt. Sie können das im Schreiben vom 6. Dezember 2005 nachlesen, in dem uns das Herr Maurus beglaubigt noch einmal gegeben hat.

Sie führen Ausgaben für Ihre Kulturrepräsentation ein. Auf die konnte Frau Erdsiek-Rave bisher gar nicht zurückgreifen. Die führen Sie neu ein.

Das sind alles keine Mittel, die den **Haushalt** in irgendeiner Art und Weise Richtung **Verfassungsgemäßheit** bewegen; das sind - um mit den Worten eines ehemaligen Chefs der Deutschen Bank zu reden - „Peanuts“. Wenn Sie aber durch die Gegend laufen und die Opposition für Ihre Kritik so niedermachen, dann sage ich Ihnen: Sie predigen an dieser Stelle Wasser, aber trinken selber Wein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was Sie nicht ausgeführt haben, ist, dass Sie mehr Stellen schaffen und mehr Personalausgaben haben. Wozu Sie nichts sagen, ist die Schuldenfinanzierung des Schleswig-Holstein-Fonds. Wozu Sie nichts sagen, ist, dass die Steuermehreinnahmen, die Sie nach der letzten Steuerschätzung 2006 haben, von den Fraktionen - anders als im zweiten Nachtrag - nicht komplett zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung eingesetzt werden. Das sind alles Fakten, um die Sie nicht herkommen.

Herr Ministerpräsident, ich hätte mir schon gewünscht, dass Sie auch etwas zur Perspektive sagen, wie Sie in den kommenden Jahren strukturell reformieren wollen. Sie haben jetzt vielleicht noch die Gelegenheit dazu.

Herr Wiegard, Sie haben gerade eben FDP und Grüne sozusagen vereinheitlicht. Ich sage deutlich: Wir halten an Ihren Kürzungen für das Unterhaltsvorschussgesetz fest. Die haben Sie wieder zurückgenommen. Wir bleiben dabei und beantragen das erneut. Das ist eine strukturelle Veränderung.

(Klaus Müller)

Wir haben deutlich gemacht, dass wir die Heilfürsorge für die Polizei und die Veränderung beim Landesblindengeld nicht schön finden - genauso wenig wie Sie -, wir stellen aber keine Anträge, das wieder zurückzunehmen. Ich lege Wert darauf, dass das etwas damit zu tun hat, dass wir bereit sind, wieder die Seite zu wechseln. Ich weiß nicht, wann das kommt, aber irgendwann wird es kommen.

Ein letzter Satz zur Verwaltungsstrukturreform. An einer Stelle verdreschen Sie uns, wir würden zu weit gehen, wären zu radikal, zum anderen wären wir zu mutlos. Das ist aus unserer Überzeugung der beste Weg, nachhaltig zur Sanierung der Kassen von Land und Kommunen beizutragen. Da müssen Sie sich schon entscheiden, entweder ist die grüne Opposition zu radikal oder zu mutlos. Beides als Kritik ist unglaublich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Im Rahmen der vereinbarten Redezeit erteile ich das Wort für die Fraktion der FDP dem Kollegen Dr. Heiner Garg. Die Redezeit beträgt neun Minuten.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Vielleicht etwas weniger aufgeregt als gerade der Kollege Müller nach der aus meiner Sicht jedenfalls doch beachtlichen Rede des Finanzministers: Herr Wiegand, wir haben immerhin zwei Jahre zusammen im Finanzausschuss gesessen und wacker gegen vieles gekämpft, was Ihr Vorgänger, Herr Kollege Stegner, immer wieder begründet hat. Ich denke zum Beispiel an die Mehrwertsteuererhöhung, über die wir noch reden werden.

Ich stelle für meine Fraktion fest, dass wir sehr wohl Ihr Bemühen um eine solidere Finanzpolitik anerkennen, allerdings bleibt es eben bei diesem Haushaltsentwurf bei dem Bemühen. Insofern möchte ich bei dem Stil Ihrer Rede, bei dem ruhigen Stil, anknüpfen und alle Kolleginnen und Kollegen auf zwei Änderungsanträge, die in ähnlicher Form einmal von der FDP-Fraktion, aber auch von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellt wurden, hinweisen und an der Stelle noch einmal darum bitten, nicht nur die Sozialpolitiker, aber ganz besonders die Sozialpolitiker, ob man nicht an diesen beiden Stellen vielleicht doch über seinen Schatten springen kann. Es betrifft einmal die Mittel für die AIDS-Hilfe und die Aufklärungs- und Präventionsarbeit. Wir stehen vor dem Hintergrund, dass die In-

fektionsraten nicht irgendwo in Osteuropa steigen - dort steigen sie auch dramatisch -, sie steigen in Deutschland und sie steigen in Schleswig-Holstein, weil eine Generation junger Menschen heranwächst, für die AIDS keine tödliche Krankheit mehr ist, für die in ihrem Bewusstsein AIDS keine tödliche Bedrohung mehr ist.

Daran hat die Politik Mitschuld, weil wir jahrelang die Mittel für Aufklärung und Prävention systematisch gekürzt haben, alle, egal, in welcher Konstellation, egal, in welchem Bundesland regiert wurde. Ich glaube, das war ein verheerender Fehler, und die steigenden Infektionsraten zeigen, dass es ein Fehler war. Ich möchte herzlich bitten, dass die minimalistischen Ansätze, die wir Ihnen als Änderungsantrag vorschlagen, dann eben doch Ihre Zustimmung in diesem Bereich bekommen.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der zweite Punkt, den ich auch nicht nachvollziehen kann, betrifft die völlige Streichung der Mittel für die **Arbeitslosenselbsthilfegruppen**. Liebe Kolleginnen und Kollegen, niemand, weder eine schwarz-gelbe noch eine rot-grüne noch eine große Koalition hat --

(Zuruf von der SPD: Reiner Populismus!)

- Nein, lieber Kollege, das ist kein Populismus pur, ich nehme nämlich nicht an, dass Sie ein Patentrezept haben, fünf Millionen Arbeitslose von heute auf morgen in Arbeit zu bringen. Wenn Sie es hätten, wäre es schön, und dann kommen Sie hierher und erklären Sie das. Es ist der Arbeit dieser Menschen, die mit viel eigenem Engagement versuchen, Langzeitarbeitslose zu motivieren, ihnen Unterstützung zu geben, nicht angemessen, dass man die Arbeit dieser Selbsthilfegruppen so „honoriert“, dass man Ihnen wirklich die allerletzten Mittel entzieht. Deswegen bitte ich Sie herzlich: Springen Sie über Ihren Schatten und stellen Sie diese 150.000 € wieder in den Haushalt ein.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es kann doch nicht sein, dass eine Sozialministerin, die das tut, was alle hier in diesem Landtag wollen, am Parlament komplett vorbei eben mal über 570.000 € entscheidet, und dass es auf der Gegenseite an 150.000 € für Arbeitslosenselbsthilfegruppen scheitert. Das kann und das will ich auch nicht verstehen. Deswegen meine Bitte: Geben Sie sich bei diesen beiden Punkten einen Ruck.

(Dr. Heiner Garg)

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Im Rahmen der vereinbarten Redezeit erteile ich das Wort für die Abgeordneten des SSW der Vorsitzenden, Frau Abgeordneter Anke Spoorendonk. Die Redezeit beträgt sechseinhalb Minuten.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur eine kurze Bemerkung. Ich fand auch, dass die Rede des Finanzministers beeindruckend war, dass seine Bestandsaufnahme wirklich sehr nüchtern ausfiel. Es ist wichtig, dass man sich dieser Bestandsaufnahme stellt. Sie ist auch nicht neu. Keiner hier in diesem Saal kann davon überrascht sein. Ich glaube aber trotzdem, dass etwas fehlt, denn wenn man die Situation auflistet, so wie Sie es getan haben, Herr Finanzminister, dann sollte man auch zumindest etwas sagen, wie die Hintergründe zu verstehen sind. Wir wissen alle, dass es Mechanismen im politischen System dieser Republik gibt, die dazu beigetragen haben, dass wir heute so eine verfahrenere Haushaltssituation haben, wie es der Fall ist. Ich denke an alles das, was unter der Überschrift **Föderalismusreform** zu betrachten ist, ich denke daran, dass man immer noch eine andere Auffassung der Wirklichkeit hat, wenn man in der Opposition ist. Das galt auch für die Auffassung der CDU vor der Landtagswahl. Gerade vor diesem Hintergrund sollte man sagen, gut, es muss nicht so sein, dass man die Fehler nur bei den anderen sucht, sondern dass man vielleicht ein bisschen redlicher mit dem umgeht, was man selbst gebracht hat. Ich finde, das gilt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Für die Föderalismusebene gilt auf jeden Fall die Frage, wie die deutsche Einheit finanziert wurde und wie im Bundesrat Sachen blockiert wurden.

Ganz zentral ist aber natürlich die Frage, ob die Systeme, die wir haben, wirklich noch den Anforderungen und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden. Das ist eine Diskussion, die wir ansatzweise geführt haben. Ich habe noch einmal aus dem „Flensburger Tageblatt“ von heute einen Artikel herausgerissen und natürlich interessiert mich so ein Artikel, der die Überschrift trägt „Das deutsche Sozialsystem ist ein Auslaufmodell“. Dort wird gesagt, dass zum Beispiel Länder wie Dänemark und Schweden besser imstande sind, den

Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden.

Das hat mit den Ländern an sich nichts zu tun, es hat etwas mit den Strukturen zu tun, für die man sich dort entschieden hat. Das heißt, wir müssen aufhören, Flickschusterei zu treiben, und müssen sagen - und da bin ich wieder bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer -, wenn man mehr über Steuern finanzieren will, muss man es auch richtig machen und nicht so halbherzig, wie es jetzt geschehen wird. Wenn man sagt, wir haben nicht genügend Einnahmen, dann muss man sich darauf konzentrieren. Sparen ist wichtig, Konsolidierung ist wichtig, aber die Verbesserung der Einnahmensituation muss angepackt werden. Da bin ich dann auch wieder bei den Spitzensteuersätzen in dieser Republik und bei dem wachsenden Unterschied zwischen Arm und Reich. Das kann auch nicht hingenommen werden.

(Beifall beim SSW)

Letzte Bemerkung! Der SSW - ich habe versucht, das schon in meinem Redebeitrag deutlich zu machen - hat eine andere viel konkretere Auffassung von Haushaltsberatung. Wir versuchen nicht erst jetzt, sondern auch schon in der Vergangenheit, Haushaltsberatung differenziert zu betrachten. Das ist, wenn Sie so wollen, ein dritter Weg. Ich sagte in meinem Redebeitrag, damit haben wir nie einen Blumentopf gewinnen können, weil immer nur die Position von denjenigen akzeptiert wird, denen sie passt, von den anderen nicht. Wenn aber gesagt wird, die Opposition müsse besser eingebunden werden, dann kann man sagen, ist das ein Geben und Nehmen. Vielleicht sollte man sich „spafeshalber“ - ich will das gern übersetzen - noch einmal die Debatte des dänischen Folketings von gestern anhören. Das war eine sehr lange, sehr kontrovers geführte Debatte, aber was dabei herauskam, war ein von einer ganz großen Mehrheit getragener Haushalt. Das wäre doch mal ein Vorbild für uns.

(Beifall beim SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Kollegen Geerds das Wort.

Torsten Geerds [CDU]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Kollege Garg hat uns aufgefordert, zwei Anträgen zuzustimmen. Das wird die CDU-Fraktion

(Torsten Geerds)

nicht tun. Die Begründung zu dem neuen Antrag werde ich gleich ausführen.

Zunächst einmal haben Sie bei den **Arbeitsloseninitiativen** nicht den Arbeitsminister angesprochen, sondern die Sozialministerin. Hier war schon die Adresse falsch. Die Kürzung bezieht sich auf dieses Haus. Das war der erste Punkt, den ich nennen wollte.

Dr. Garg, zweitens möchte ich Sie fragen: Wie glaubwürdig ist eigentlich eine Fraktion, die hier vor Ort für die Arbeitsloseninitiativen kämpft, weil sie sagt, dass diese bestimmte Aufgaben bei der Betreuung von Arbeitslosen wahrnehmen müssen, wenn genau die Partei, für die Sie ansonsten auch antreten, auf Bundesebene sagt, sie will die Bundesagentur für Arbeit platt machen, schließen, auflösen? Wie glaubwürdig ist eine Fraktion, die jetzt ganz besonders für diesen Bereich kämpft?

(Beifall bei der SPD - Zurufe der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Herr Kubicki und Herr Dr. Garg, wir haben mit diesen Arbeitsloseninitiativen geredet. Wir haben festgestellt, welche Arbeit diese Initiativen wahrnehmen. Wir sagen: Diese Arbeit muss von der Bundesagentur für Arbeit für die Arbeitsgemeinschaften vor Ort vorgenommen werden. Dort gibt es seit über einem Jahr den Hinweis, dass sie diese Aufgabe wahrzunehmen haben. Wir bleiben bei dem, was das Kabinett vorgelegt hat und was im Kabinettsvorschlag steht. Die Kürzungen sind sozialverträglich und richtig. Bei der FDP würde ich mir in dieser Frage ein bisschen mehr Geradlinigkeit wünschen. Wenn Sie auf bundespolitischem Kurs wären, könnten Sie diesen Antrag in diesem Hause nicht stellen.

(Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [FDP]: Völliger Quatsch!)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Kollegen Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will die SPD angesichts des Vorwurfs, dass wir eventuell auf die zwei Anträge von der FDP nicht antworten wollten, nicht schuldig erscheinen lassen. Die Frage der Finanzierung von **Arbeitsloseninitiativen** in Schleswig-Holstein ist vom Kollegen

Geerds schon angesprochen worden. Auch wir haben mit den Arbeitsloseninitiativen gesprochen. Auch wir waren verwundert darüber, dass man sich erst sehr spät im Laufe dieses Jahres überhaupt darum bemüht hat, das umzusetzen, was in der Hartz-Gesetzgebung vorgesehen ist, nämlich dass Arbeitsloseninitiativen aus den Mitteln der **Bundesagentur für Arbeit** gefördert werden sollen. Auch da hätte man schon längst Absprachen zwischen den entsprechenden Arbeitsgemeinschaften oder Optionskommunen finden können. Genau in dieses System gehören nämlich auch diese Arbeitsloseninitiativen hinein.

Es sind nicht mehr Arbeitsloseninitiativen, die irgendwie, irgendwann, irgendwo beraten, sondern sie sind Bestandteil dieser Gesetzgebung. Sie sind in der Gesetzgebung auch in der Förderung vorgesehen. Ich finde, daher ist es auch richtig, dass dort diese entsprechenden Vereinbarungen getroffen werden. Ich weiß, dass der Arbeitsminister immer wieder entsprechende Hinweise in diese Richtung gegeben hat. Ich finde es dann auch richtig, wenn die Förderung so organisiert wird. Insofern wäre es - so glaube ich - falsch, wenn wir diesem Antrag hier und heute noch zustimmen würden.

Die zweite Frage ist die Frage der **AIDS-Beratung**. Auch hier ist es so, dass das Statistische Amt für Schleswig-Holstein andere Zahlen ausweist, als der Kollege Garg es hier dargestellt hat, denn man geht da von einem Sinken aus. Ich finde aber, dass AIDS dadurch nach wie vor keine Krankheit ist, die im Griff ist oder die man nicht mehr beachten muss.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was sagt er?)

- Lesen Sie einmal beim Statistischen Amt nach.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

- Lies das nach, das ist in Ordnung! Die Anzahl ist in Schleswig-Holstein nicht gestiegen. Unabhängig davon, ob die Zahl steigt oder nicht, ist AIDS eine Erkrankung, die nach wie vor unser aller Beachtung finden sollte und auch finden muss. Dass hier umgesteuert wird, nämlich weg von der Betreuung - oft auch in Ambulanzen - hin zu einer Verstärkung der Prävention, ist richtig.

Genau so werden die Mittel im Sozialministerium umgeschichtet. Diese **Prävention** wird verstärkt. Genau das ist es auch, was man mit den Beratungsstellen und den entsprechenden Initiativen 2006 erarbeiten muss. Man muss erarbeiten, wie man auch hier einen Schwerpunkt für die zukünftige Arbeit legen will. Insofern sind diese beiden Themen - wie

(Wolfgang Baasch)

ich finde - in Schleswig-Holstein gut aufgehoben. Der Anträge der FDP bedürfen wir nicht.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Kollegen Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich ziehe zurück.

(Beifall)

Präsident Martin Kayenburg:

Dann erteile ich dem Kollegen Dr. Heiner Garg das Wort zu einem Kurzbeitrag.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Baasch, ich will mich mit Ihnen nicht über die in der Bundesrepublik drastisch steigenden Infektionsraten streiten. Ich glaube, dass Schleswig-Holstein ein Teil der Bundesrepublik Deutschland ist. Ich glaube auch, dass Schleswig-Holstein gut daran täte, sich an einer besseren Präventionsarbeit zu beteiligen. Eine bessere **Präventions- und Aufklärungsarbeit** bedeutet auch mehr Mittel für diesen Bereich. Wir schlagen Ihnen ja keine exorbitanten Erhöhungen vor, sondern wir schlagen Ihnen lediglich den alten Ansatz vor. Ich finde, die Ausflüchte, die Sie hier angebracht haben, sind diesem Punkt nicht angemessen.

Viel schlimmer oder viel merkwürdiger fand ich jedoch die Debatte, die der Kollege Geerds hier angezettelt hat. Wenn Sie wirklich mit den **Arbeitslosenselbsthilfegruppen** nicht nur gesprochen, sondern ihnen auch zugehört hätten, dann wüssten Sie spätestens heute, was diese Selbsthilfegruppen tatsächlich leisten. Diese Selbsthilfegruppen sind mitnichten mit der Vermittlung von Arbeitslosen beschäftigt. Das aber ist die Kernaufgabe der Bundesagentur. Sich hier hinzustellen und zu sagen, das macht in Zukunft die Bundesagentur für Arbeit, lässt mich fragen: Was soll diese ineffiziente Behörde denn noch alles nicht leisten?

Selbstverständlich bin ich der Auffassung meiner Bundestagsfraktion. Ich habe in der letzten Legislaturperiode sogar ganz klare Vorschläge dazu gemacht, wie man die Arbeit der Bundesagentur für

Arbeit neu ordnen könnte. Die Bundesagentur hat aber bisher noch nie psychosoziale Betreuung von Langzeitarbeitslosen vorgenommen. Genau das tun aber diese Selbsthilfegruppen.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb bleibe ich dabei: Die Ansätze sind zu erhöhen. Das, was Sie hierzu gesagt haben, ist Ihren sonstigen qualitativen Beiträgen eigentlich nicht angemessen gewesen.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da der Kollege Garg gerade eben schon einmal die beiden Anträge vorgestellt hat, über die wir einzeln abstimmen, und mit Recht noch einmal vehement dafür plädiert hat, dass wir sowohl die AIDS-Beratungsstellen als auch die Arbeitsloseninitiativen besser unterstützen, will ich noch einmal mein Wort dazu erheben.

Was die **AIDS-Beratungsstellen** angeht, so ist es sicherlich richtig, dass man die eine Statistik so und die Bundesstatistik anders lesen kann. Man kann vieles lesen. Man kann aber auch feststellen, dass das Problem AIDS seit 20 bis 25 Jahren für uns ein Problem ist und für uns auch ein dauerhaftes Problem bleiben wird. Wir haben dieses Problem mit den strukturellen und finanziellen Mitteln, die wir hatten, zwar nicht lösen können, aber wir haben gerade so eine Infrastruktur aufbauen können, die einigermaßen adäquat ist. Wir alle können uns viel mehr vorstellen. Wir alle können uns aber nicht viel weniger vorstellen. Deshalb ist dieser Antrag genau der richtige Antrag.

(Beifall bei der FDP)

Der zweite Punkt sind die **Arbeitsloseninitiativen**, die wir haben. Sie heißen zwar so, aber eigentlich müssten sie eher „Sozialinitiativen“ oder „soziale Hilfsgruppen“ heißen, weil sie eben gerade keine Arbeit vermitteln, sondern weil sie Menschen, die es in ihrem Verhältnis zu den Arbeitsagenturen besonders schwer haben, helfen, ihre Rechte durchzusetzen. Diese Menschen tun sich schwer, auf Ämter zu gehen, zu formulieren und ihre Leistung, auf die sie Anspruch haben, auch gewährt zu bekommen.

(Lars Harms)

Manchmal - ich würde sogar sagen, sehr oft - gibt es auch die Situation, dass der Anspruchsberechtigte im Streit mit der Arbeitsagentur liegt und Hilfe braucht und diese Hilfe dort bei den Initiativen bekommt.

Wenn aber die Hilfe leistende Stelle finanziell von einer Arbeitsagentur abhängig ist, die sie eigentlich als „natürlichen Feind“ bekämpfen sollte, dann kann das nicht funktionieren. Wir brauchen solche Stellen, die gerade die schwachen Leute, die sich wirklich nicht ausdrücken können, unterstützen. Die Debatte darüber, dass es Menschen gibt, die das nicht schaffen, haben wir schon oft genug geführt.

(Beifall bei der FDP)

Diese Stellen arbeiten auf völlig unterschiedliche Weise. In Kiel-Gaarden geschieht das völlig anders als bei mir in Nordfriesland. Aber überall geschieht qualitativ Hochwertiges und dieses Hochwertige dürfen wir nicht kaputtmachen. 150.000 € sind ein relativ geringer Betrag, der den Haushalt des Landes Schleswig-Holstein nicht sprengt, aber mit dem sehr viel Gutes erreicht werden kann. Deswegen sollten wir dem Vorschlag der FDP zustimmen.

(Beifall bei SSW und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung. Bevor wir in die Abstimmung eintreten, begrüße ich auf der Tribüne den CDU-Ortsverband Norderstedt. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Nun kommen wir zu den Abstimmungen zu den Tagesordnungspunkten 2 und 6.

Zunächst lasse ich über den Gesetzentwurf der Landesregierung über die Feststellung eines Zweiten Nachtrages zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005, Drucksache 16/362, abstimmen.

Der Finanzausschuss empfiehlt mit der Beschlussempfehlung Drucksache 16/393 die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW bei Enthaltung von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir treten jetzt in die Abstimmung zum Haushaltsstrukturgesetz 2006, Drucksache 16/180, ein.

Ich lasse zunächst über die Nummer 1 des Änderungsantrages der Fraktion der FDP, Drucksache 16/439, die einzelplanübergreifend ist, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich rufe den **Einzelplan 01**, Landtag, auf.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP Nummer 2 der Drucksache 16/439 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag gegen die Stimmen der Fraktion der FDP mit den übrigen Stimmen des Hauses abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 01 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung einschließlich der vom Berichterstatter des Finanzausschusses mitgeteilten Korrektur im Stellenplan zu Kapitel 0102 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dies ist einstimmig angenommen.

Ich rufe **Einzelplan 02**, Landesrechnungshof, auf.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP in Nummer 2 a der Drucksache 16/439 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/446, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 02 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dies ist einstimmig angenommen.

Ich rufe **Einzelplan 03**, Ministerpräsident, Staatskanzlei, auf.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, also über die Nummern 3 bis 13 der Drucksache 16/439, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen

(Präsident Martin Kayenburg)

die Stimmen der FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Nummern 1 bis 9 der Drucksache 16/465 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 03 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Diese ist mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe **Einzelplan 04**, Innenministerium, auf.

Zunächst die Einzelabstimmung über die Nummer 17 des Änderungsantrages der Fraktion der FDP in der Drucksache 16/439 zur Migrationssozialberatung. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Einzelabstimmung über die Nummer 13 des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/465, Migrationssozialberatung. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Einzelabstimmung über die Nummer 21, Beamtenbezüge. Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/439. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung des SSW abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP - Nummern 14 bis 16, 18 bis 20 und 22 bis 24 der Drucksache 16/439 - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Diese Anträge sind mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der FDP abgelehnt.

Nun lasse ich über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Num-

mern 10 bis 12 und 14 bis 16 der Drucksache 16/465 - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Diese Anträge sind mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Abgeordneten des SSW angenommen.

Wer dem Einzelplan 04 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dies ist mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe **Einzelplan 05**, Finanzministerium, auf.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP Nummer 25 der Drucksache 16/439 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der FDP abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Nummer 17 der Drucksache 16/465 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Wer Einzelplan 05 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe **Einzelplan 06** auf: Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr. Zunächst kommen wir zur Einzelabstimmung über Nummer 33 - Innovationsfonds - des Änderungsantrages der Fraktion der FDP, Drucksache 16/439. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag gegen die Stimmen der FDP mit den Stimmen des übrigen Hauses abgelehnt.

Einzelabstimmung über Nummer 21 - Machbarkeitsstudie Schienenflieger Kiel-Fuhlsbüttel - des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/465! Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die

(Präsident Martin Kayenburg)

Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und FDP abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 26 bis 32 der Drucksache 16/439, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit sind diese Anträge gegen die Stimmen der FDP mit den Stimmen des übrigen Hauses abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nummern 18 bis 20 und 22 bis 27 der Drucksache 16/465, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit sind diese Anträge mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und SSW gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und SPD, Drucksache 16/471, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit sind diese Anträge mit den Stimmen von SPD, CDU BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung der Fraktion der FDP angenommen.

Wer Einzelplan 06 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung und unter Berücksichtigung der soeben angenommenen Änderungen gemäß Drucksache 16/471 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist Einzelplan 06 mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe **Einzelplan 07** auf: Ministerium für Bildung und Frauen. Zunächst kommen wir zur Einzelabstimmung über Nummer 28 - Programm Clever Starten - des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/465. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW abgelehnt.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 34 bis 43 der Drucksache 16/439, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nummer 29 bis 41 der Drucksache 16/465, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Wer Einzelplan 07 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit den entsprechenden angenommenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist Einzelplan 07 mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe **Einzelplan 09** auf: Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa. Zunächst kommen wir zur Einzelabstimmung über Nummer 47 - Straffälligenhilfe - des Änderungsantrages der FDP, Drucksache 16/439. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Einzelabstimmung über Nummer 51 - Arbeitslosenberatungsstellen, Selbsthilfegruppen und -initiativen - des Änderungsantrages der Fraktion der FDP, Drucksache 16/439! Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummer 44 bis 46 sowie 48 bis 50 und 52 der Drucksache 16/439, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? -

(Lars Harms [SSW]: Wegen einer Unklarheit beim Abstimmungsverhalten bitte ich um Wiederholung dieser Abstimmung!)

- Damit es Klarheit für das Abstimmungsverhalten gibt, lasse ich die Abstimmung wiederholen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass diese Anträge mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt worden sind.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nummer 42 der

(Präsident Martin Kayenburg)

Drucksache 16/465, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung der FDP abgelehnt.

Wer Einzelplan 09 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist Einzelplan 09 mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe **Einzelplan 10** auf: Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren. Zunächst nehmen wir die Einzelabstimmung über Nummer 56 des Änderungsantrages der Fraktion der FDP, Drucksache 16/439, vor: AIDS-Hilfen und Selbsthilfegruppen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Wir kommen zur Einzelabstimmung über Nummer 46 des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/465: AIDS-Hilfen und Selbsthilfegruppen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW abgelehnt.

Einzelabstimmung über Nummer 57 - Landesblindengeld - des Änderungsantrages der Fraktion der FDP, Drucksache 16/439. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung des SSW abgelehnt.

Einzelabstimmung über Nummer 48 des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/465: Förderung von Arbeitsloseninitiativen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummer 53 bis 55, 56 a sowie 58 bis 66 der Drucksache 16/439, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit sind

diese Anträge mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Präsident! - Lars Harms [SSW]: Wir hatten uns für den SSW deutlich gemeldet und zugestimmt! - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Beide! - Lars Harms [SSW]: Richtig, beide haben zugestimmt!)

- Ich stelle fest, dass beide Abgeordnete des SSW den Änderungsanträgen der Fraktion der FDP - Nummern 53 bis 55 und so weiter - zugestimmt haben. Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nummern 43 bis 45, 47 und 49 bis 52 der Drucksache 16/465, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung von FDP und SSW abgelehnt worden.

Wer dem Einzelplan 10 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 10 mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen.

Ich rufe jetzt den **Einzelplan 11**, Allgemeine Finanzverwaltung, zur Abstimmung auf. Ich rufe zunächst die Einzelabstimmung über die Nummer 76, Zuweisung an Kita, Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/439, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 67 bis 75 und 77 bis 81 der Drucksache 16/439, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Änderungsanträge sind gegen die Stimmen der FDP mit den übrigen Stimmen des Hauses abgelehnt.

(Präsident Martin Kayenburg)

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nummern 53 bis 60 der Drucksache 16/465, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind die Änderungsanträge gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den übrigen Stimmen des Hauses abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 11 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 11 mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 12**, Hochbaumaßnahmen des Landes, zur Abstimmung auf. Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nummer 61 der Drucksache 16/465, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den übrigen Stimmen des Hauses abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 12 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 12 mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 13**, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, zur Abstimmung auf.

Wir kommen zunächst zur Einzelabstimmung über die Nummer 63 des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/465, Institutionelle Förderung der Natur- und Umweltschutzverbände. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Wir kommen zur Einzelabstimmung über die Nummer 64 des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/465, Institutionelle Förderung des Landesnaturschutzverbandes. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stim-

men von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Einzelabstimmung über die Nummer 67 des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/465, Zuweisung an das Sondervermögen Wald. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP – Nummern 82 bis 113 der Drucksache 16/439, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge gegen die Stimmen der Fraktion der FDP mit den übrigen Stimmen des Hauses abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nummern 62, 65, 66 sowie 68 bis 83 der Drucksache 16/465, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge gegen die Stimmen der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den übrigen Stimmen des Hauses abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 13 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 13 mit den Stimmen der von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen.

Wir kommen zur Zustimmung über die Feststellung eines Haushaltsstrukturgesetzes – –

(Heiterkeit)

- Entschuldigung. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die **Feststellung eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2006**.

Wir führen zunächst eine Einzelabstimmung über die Nummer 12, Änderung des Landesblindengeldgesetzes, Änderungsantrag der FDP aus dem ersten Teil der Drucksache 16/439, durch. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stim-

(Präsident Martin Kayenburg)

men der FDP und bei Enthaltung des SSW abgelehnt.

Wir führen jetzt die Einzelabstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Nummer 14, Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, aus dem ersten Teil der Drucksache 16/439, durch. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Der Sozialausschuss hat dem Landtag mit der Drucksache 16/452 eine Beschlussempfehlung zur Änderung des Haushaltsstrukturgesetzes 2006 vorgelegt. Die Beschlussempfehlung ist auf die Änderung des Gesetzentwurfes der Landesregierung, Drucksache 16/180, Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, gerichtet. Ich schlage vor, die Ausschussempfehlung wie einen weiteren Änderungsantrag zu behandeln. - Widerspruch höre ich nicht, dann werden wir so verfahren. Ich schlage gemeinsame Abstimmung über die Nummern 1 und 2 sowie getrennte Abstimmung über die Nummer 3 des Antrages vor. - Ich sehe keinen Widerspruch, dann wird so verfahren.

Ich lasse über die Nummern 1 und 2 der Beschlussempfehlung Drucksache 16/452 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind die Nummern 1 und 2 der Drucksache 16/452 einstimmig angenommen.

Ich lasse jetzt über die Nummer 3 der Beschlussempfehlung Drucksache 16/452 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Nummer 3 der Drucksache 16/452 mit den Stimmen von CDU und SPD bei Enthaltung von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen.

Ich stelle fest, dass damit die Beschlussempfehlung insgesamt angenommen ist.

Ich lasse jetzt über Artikel 8 des Haushaltsstrukturgesetzes in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung einschließlich der soeben beschlossenen Änderungen abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der geänderte Artikel 8 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW angenommen.

Ich lasse über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 1 bis 11 und 13 aus dem ersten Teil - das sind die Seiten 1 bis 7 - der Drucksache 16/439 abstimmen. Wer den Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Damit sind die Änderungsanträge mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der FDP abgelehnt worden.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/467, abstimmen. Wer den Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit sind die Änderungsanträge mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Unter Berücksichtigung des angenommenen Änderungsantrags beträgt das Haushaltsvolumen in § 1 im Jahre 2006 10.733.385.800 €. Die Verpflichtungsermächtigungen in § 1 betragen in 2006 750.015.000 €. Die Kreditermächtigung in § 2 beträgt für 2006 4.065.010.600 € und bleibt somit unverändert. Die bei Titel 1116-325 01 veranschlagte Kreditaufnahme verändert sich nicht.

Bevor wir zur Schlussabstimmung über den Gesamthaushalt kommen, frage ich: Wer dem Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2006 in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung einschließlich der soeben beschlossenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das Haushaltsstrukturgesetz 2006 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD sowie der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung insgesamt. Wer dem Haushaltsstrukturgesetz 2006, dem Gesamtplan und den Einzelplänen in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung einschließlich der angenommenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Haushalt 2006 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der SPD sowie den Stimmen der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

(Präsident Martin Kayenburg)

(Beifall bei CDU, SPD und SSW - Dr. Heiner Garg [FDP]: Anke, das ist fast wie in Dänemark!)

Ich gratuliere der Landesregierung zur Annahme des Haushalts, bedanke mich bei dem hohen Hause für das disziplinierte Verhalten bei der Abstimmung und will mich auch bei Frau Harms und Herrn Voß bedanken, die für die Landtagsverwaltung die Abstimmung in dieser Form vorbereitet haben.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie es mir so leicht gemacht haben.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die Finanzierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg und die Fortführung der in den Jahren 1960 beziehungsweise 1962 eingerichteten Förderfonds

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/435

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile nunmehr dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort. Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schleswig-Holstein und Hamburg stehen Seite an Seite und das enger als je zuvor. Das ist in den letzten Wochen deutlich geworden. Das ist eine gute Entwicklung für Schleswig-Holstein und auch für Hamburg.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

In diesem Monat saßen die Regierungen von Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen an einem Tisch. Gemeinsam haben wir - auch wenn ich selber leider nicht teilnehmen konnte - der norddeutschen Zusammenarbeit eine neue Qualität verliehen und einen Staatsvertrag unterzeichnet. Mit ihm stärken wir die Metropolregion Hamburg und gehen wegweisende große Schritte zu einer intensiven **Kooperation**, wovon unser ganzes Land profitieren wird. Wir haben die Potenziale der Metropolregion auch für Schleswig-Holstein erkannt. Wir werden sie nutzen.

Ich habe es in der aktuellen Debatte um die Deutsche Bahn gesagt und sage das auch hier im Landtag in aller Deutlichkeit: Was für Hamburg gut ist, ist auch gut für Schleswig-Holstein. Deshalb unterstützen wir den Ausbau der Metropolregion mit voller Kraft. Die ganze **Metropolregion** wächst und hat eine große Strahlkraft tief in unser Land hinein. Denn unser Land hat Hamburg viel zu bieten und Schleswig-Holstein ist ein starkes Stück Norddeutschland. Nur gemeinsam sind wir erfolgreich, wenn wir die Metropolregion im globalen Wettbewerb ganz nach oben bringen wollen. Daher ist es hervorragend, dass die Niedersachsen mit im Boot sind. Aus der bilateralen Kooperation zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein sowie zwischen Hamburg und Niedersachsen ist eine **trilaterale Kooperation** geworden. Der trilateralen Kooperation haben wir mit dem Staatsvertrag eine verlässliche finanzielle Grundlage gegeben.

Die Zusammenarbeit steht künftig haushaltswirtschaftlich auf einem belastbaren Fundament. Das gibt uns Planungssicherheit für die anstehenden Haushaltsjahre. Zum einen stellen wir für die laufenden Kosten der Zusammenarbeit jährlich 51.000 € zur Verfügung. Zum anderen führen wir mit dem Staatsvertrag den vor 45 Jahren eingerichteten Förderfonds zur Weiterentwicklung der wachsenden Metropolregion kontinuierlich fort. Schleswig-Holstein beteiligt sich mit 871.000 € jährlich daran. Diese Summe haben wir garantiert, weil uns das so viel wert ist. Wir leisten unseren Beitrag unabhängig von unserem Kurs der Haushaltskonsolidierung. Die Metropolregion ist eine wichtige Antriebskraft für unser ganzes Land.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

Es ist glasklar, dass uns als Landesregierung dabei ein entscheidendes Ziel leitet, nämlich die **Wettbewerbsfähigkeit** und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Die wachsende Metropolregion muss ihre zentrale Funktion als Motor für wirtschaftliches Wachstum und Innovation bewahren und ausbauen. Wir haben außerdem vereinbart, dass es in Zukunft eine verbesserte **Zusammenarbeit** bei der Wirtschaftsförderung, ein gemeinsames Regionalmarketing und eine koordinierte Tourismuspolitik geben wird. Bürgernah werden wir die Verwaltung mit einer E-Government-Strategie steuern und nach außen geschlossen gegenüber der Europäischen Union auftreten. Die Stimme Schleswig-Holsteins wird in der neuen gemeinsamen Geschäftsstelle und in den Gremienstrukturen deutlich zu hören sein. Kreise und Gemeinden reden künftig stärker mit, wenn es um die Zukunft der Metropolregion geht. Denn

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

schließlich sind sie an den Entscheidungen direkt beteiligt.

Ich freue mich auch darüber, dass der gesamte Kreis Dithmarschen nun zur wachsenden Metropolregion gehört, weil damit die Teilung des Kreises überwunden wurde und wir nun noch entschiedener die Synergieeffekte bei kreisübergreifenden Konzepten und Projekten erzielen.

Eines wird dabei klar: Bei einer wachsenden Metropolregion geht es nicht nur um den Speckgürtel Hamburgs, nein, ein zusammenhaltender Norden wird ganz Schleswig-Holstein nutzen, weil wir das Land der kurzen Wege sind und die Türen bei uns überall offen stehen.

Ich will es noch einmal betonen: Der Norden Schleswig-Holsteins muss sich angesichts der Fortschritte in der Kooperation zwischen Kiel und Hamburg nicht sorgen. Wir vertreten die Interessen des ganzen Landes. Unser Blick richtet sich im gleichen Maße nach Norden über die Grenze hinaus. Wir wollen dem deutsch-dänischen Grenzland neue Impulse geben. So machen wir eine Politik für das ganze Land.

(Beifall bei CDU und SPD)

Mit dem Staatsvertrag haben wir eines zum Ausdruck gebracht: Wir sind ein starker Partner bei der Zusammenarbeit in Norddeutschland. Das wird auch so bleiben.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten und eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Manfred Ritzek.

Manfred Ritzek [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist natürlich eine sehr angenehme Aufgabe, über solch einen bedeutenden Staatsvertrag mit den wirtschaftspolitischen Auswirkungen zu sprechen, die mithelfen werden, die Ziele, die wir vorhin in unserem Haushalt definiert haben, zu realisieren, wenn wir den Staatsvertrag mit Leben erfüllen.

Zwei bedeutende Staatsvertragsregelungen innerhalb von vier Wochen - eine überzeugende Dynamik für länderübergreifende Zusammenarbeit. Herzlichen Glückwunsch dazu, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei CDU und SPD)

Am 1. November wurde der Staatsvertrag zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg über die internationale Zusammenarbeit abgeschlossen, jetzt am 1. Dezember zusätzlich mit Niedersachsen der Staatsvertrag über die Zusammenarbeit in der Metropolregion. Vielleicht kommt ja bald ein weiterer Staatsvertrag hinzu. Im Rahmen der Föderalismusreform könnte man ja bald einen Staatsvertrag über die Harmonisierung der Beamtenbesoldung in allen norddeutschen Ländern oder innerhalb der Metropolregion abschließen. Vielleicht wird das Parlament dann auch rechtzeitig über die Inhalte informiert.

Vier wesentliche Eckpunkte in der Zusammenarbeit zeigen die Bedeutung dieses Staatsvertrages. Einmal die Einbeziehung der kommunalen Gebietskörperschaften in die **regionale Zusammenarbeit**. Dann soll die **Metropolregion** als nationale und internationale Wachstumsregion strategisch ausgerichtet werden. Es soll ein einheitliches Regionalmarketing aufgebaut werden und die Wirtschaftsförderungsgesellschaften müssen kooperierend zusammenarbeiten. Alle Gremien in der Metropolregion müssen an einem Strang ziehen.

Für unser Land zählen zur Metropolregion der Kreis Segeberg mit der großen kreisangehörigen Stadt Norderstedt, die Kreise Pinneberg, Steinburg, Dithmarschen, Stormarn und das Herzogtum-Lauenburg. Wünschenswert - dies als Anerkennung - wäre es zu prüfen, ob nicht auch andere Landesteile zur Metropolregion hinzukommen können.

Meine Damen und Herren, große Ereignisse und Entwicklungen erfordern Kooperationen. So bietet zum Beispiel die Fußballweltmeisterschaft im nächsten Jahr eine große Chance für alle drei Vertragspartner, die Bedeutung des unterzeichneten Staatsvertrages über die Finanzierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg für alle erfahrbar und erlebbar zu machen. Denn sie erfordert die Zusammenarbeit der kommunalen Gebietskörperschaften, sie erfordert ein einheitliches Marketing, sie erfordert den Beweis der nationalen und internationalen strategischen Ausrichtung, und sie erfordert die Zusammenarbeit aller Gremien.

Fünf Fußballweltmeisterschaftsspiele werden in Hamburg, also in der Metropolregion, ausgerichtet. Wir brauchen erstklassige Produkte und Dienstleistungen. Wir brauchen kundenfreundliche, preislich akzeptable Verkehrsinfrastrukturen, erstklassige Hotellerie und Gästezimmer, ein international und national hervorragendes Touristenangebot - daran müssen wir vielleicht noch etwas arbeiten -, ein

(Manfred Ritzek)

vielfältiges kulturelles Angebot und ein unauffälliges, aber wirksames Sicherheitssystem.

Viele weitere Anforderungen sind notwendig, aber diese Anforderungen können immer nur alle zusammen in der **Metropolregion** länderübergreifend realisieren. Die Zusammenarbeit muss koordiniert werden, wie bereits der Ministerpräsident gesagt hat.

Im Jahr 2008 wird Hamburg eine gemeinsame **Koordinierungsstelle** einrichten, in der sowohl die Aktivitäten als auch die Finanzen gebündelt und ausgeführt werden. Die Finanzierung wird auf zwei Ebenen erfolgen. Einmal setzt laut Staatsvertrag jedes Partnerland für die laufenden Kosten - Marketing, Öffentlichkeitsarbeit, Gutachten, Internetauftritt - 51.000 € pro Jahr ein. Dann gibt es die Förderfonds mit den erwähnten fast 900.000 €, die auch Schleswig-Holstein einzuzahlen hat.

Die Metropolregion Hamburg ist eine bedeutende europäische Region, zu der wir uns gleichberechtigt hinzuzählen. Wir müssen das auch den Menschen in der Metropolregion nahe bringen, auch den auf kommunaler Ebene ehrenamtlich Tätigen. Auch deren Entscheidungen, sofern diese bisherige Ländergrenzen berühren, müssen Metropolregionsentscheidungen werden. Das hilft, Verständnis für die Metropolregion zu gewinnen.

Dieser Staatsvertrag, meine Damen und Herren, ist ein zukunftsweisender Staatsvertrag. Deshalb - der Ministerpräsident ist gegangen - nochmals herzlichen Glückwunsch. Wir müssen ihn mit Leben erfüllen.

Ich beantrage für die CDU-Fraktion die Überweisung in den Wirtschaftsausschuss.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Ritzek.

Bevor wir in der Debatte fortfahren, habe ich die Ehre, eine sehr gute Nachricht zu verkünden. Der Bundespräsident hat dem Herrn Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Dietrich Austermann, das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse verliehen. Dazu gratulieren ich namens des gesamten Hauses herzlich, Herr Minister.

(Beifall)

Es ist eine Anerkennung Ihrer Leistung die Bundespräsident ausspricht. Aber ich sehe es auch noch als Ansporn für die Leistung an, soweit noch steiger-

bar, Herr Minister, die wir hier von Ihnen zu erwarten haben. Herzlichen Glückwunsch noch einmal.

Wir setzen die Debatte fort. Für die SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Thomas Hölck das Wort.

Thomas Hölck [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Metropolregion Hamburg ist eine europäische Zukunftsregion, die von der Freien und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein gleichberechtigt entwickelt werden muss. Daher begrüßt die SPD-Landtagsfraktion, dass die Finanzierung der Zusammenarbeit der drei Bundesländer und die Fortführung der in den Jahren 1960 und 1962 eingerichteten Förderfonds über einen Staatsvertrag verlässlich geregelt wird.

Die Metropolregion Hamburg steht in scharfem Wettbewerb mit deutschen und internationalen Metropolgebieten. Deshalb ist es wichtig, die Wachstumsimpulse dieser Region zum Nutzen aller zu fördern.

Die **trilaterale Zusammenarbeit** innerhalb der Region hat erst 1991 begonnen. Zunächst wurden siedlungsstrukturelle Konzepte, Naturschutzthemen, Verkehrsplanungen und abfallwirtschaftliche Probleme in den Vordergrund gestellt. Schritt für Schritt wurden allerdings in den vergangenen Jahren wirtschaftsbezogene Aufgaben und Leitprojekte in den Mittelpunkt gestellt.

Die ursprüngliche Kooperation Hamburgs mit dem Umland hat sich als europäische Metropolregion etabliert, wobei es darauf ankommt, effizienter, konzentrierter und internationaler aufzutreten. Aus der Metropolregion muss eine Wachstumsregion Nord entstehen, bei der die ausländische Perspektive nicht mehr zwischen Lüneburg, Hamburg und Rendsburg unterscheidet. Dafür müssen die norddeutschen Länder ihre **Kooperation** deutlich verbessern und eine Internationalisierungsstrategie entwickeln. Dazu gehört eine gemeinsame Vermarktung der norddeutschen Branchen, Technologiecluster und die Schaffung einer norddeutschen Standortmarketingstrategie.

Es wird darauf ankommen, dass die übergeordneten schleswig-holsteinischen Landesinteressen gewahrt bleiben. Schleswig-Holstein muss die Strahlkraft dieses norddeutschen Wachstumskerns nutzen, um Impulse für die strukturschwache Region ableiten zu können. Dabei kann es nicht in erster Linie darum gehen, immer neue Entwicklungskreise um die Metropolregion zu spannen.

(Thomas Hölck)

Die Wohnungsmarktprognose für Schleswig-Holstein bis 2020, die der Innenminister kürzlich vorgestellt hat, nennt einen Neubaubedarf von knapp 124.000 Wohneinheiten. Allein 45 % dieses Neubauvolumens werden für das Hamburger Umland vorhergesagt. In den Mittelzentren im Hamburger Umland sollen die Wohnungsbestände um 12 %, in anderen Mittelzentren Schleswig-Holsteins nur noch um 5 % bei gleichzeitig schrumpfender Bevölkerungszahl wachsen.

Der Hamburger Speckgürtel wird an Wirtschaftsdynamik stark hinzugewinnen. Wenn es nicht gelingt, diese Entwicklung auszugleichen, wird das Nord-Süd-Gefälle innerhalb Schleswig-Holsteins immer steiler.

Die SPD-Landtagsfraktion bekennt sich ausdrücklich zu der gesamtstaatlichen Verantwortung für annähernd gleiche Lebensverhältnisse in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SPD und CDU)

Dem Konzept des Hamburger Senats der „wachsenden Stadt Hamburg“ müssen wir in Schleswig-Holstein ein Modell der wachsenden Metropolregion zur Seite stellen.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Dabei müssen wir die Entwicklung aus der Metropolregion heraus entlang der Infrastrukturachsen, der Autobahnen A 23, A 7 und A 1, fördern. Wenn es gelingt, Wachstumsimpulse weit in den Norden Schleswig-Holsteins zu ziehen, werden sich die regionalen Kräfte im Norden entwickeln und an der Wachstumsdynamik teilhaben können.

Die Metropolregion kann sich nur gemeinsam entwickeln. Bedeutende **Infrastrukturprojekte** wie die Elbvertiefung und die Bereitstellung von Entwicklungsflächen für die Luftfahrtindustrie in Hamburg-Finkenwerder konnten in der Vergangenheit nur durch die Bereitstellung von Ausgleichsflächen der umliegenden Flächenländer realisiert werden. Für weitere Zukunftsinvestitionen wird diese gegenseitige Kooperation noch bedeutender. Der langfristige Ausbau der norddeutschen Logistikdrehscheibe, des **Hamburger Hafens**, wird ohne Bereitstellung von Flächen im Umland nicht möglich sein. Den harten Standortfaktoren der Hamburger Wirtschaftsmetropole fügen wir im Umland weiche Standortfaktoren in Form von attraktiven Naherholungs- und Freizeitangeboten hinzu.

Der gesamte **Untereelberaum** in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein entwickelt sich zu einem einzigartigen Wassertourismusgebiet. Zahlreiche För-

derprogramme dienen dazu, das maritime Erbe entlang der Untereelbe zu sichern und für die Naherholungssuchenden erlebbar zu gestalten.

Es ist wichtig, dass die Landesregierungen und Landesparlamente erkennen, dass eine Landesgrenzen überschreitende Zusammenarbeit notwendig ist, um den Modernisierungsprozess und die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Region zu nutzen und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger voranzutreiben.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Hölck. - Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Lieber Kollege Ritzek, die Vermarktung der Fußballweltmeisterschaft im nächsten Jahr und den Zusammenhang zwischen der Vermarktung der Fußballweltmeisterschaft im nächsten Jahr und den heute hier anstehenden Debatten müssen Sie mir noch einmal erklären. Ich bin davon ausgegangen, dass die FIFA die Weltmeisterschaftsspiele vermarktet und nicht die Metropolregion Hamburg. Aber sei es drum. Das können wir vielleicht draußen noch einmal klären, denn das habe ich nicht wirklich verstanden.

(Lothar Hay [SPD]: Es geht um den FC St. Pauli!)

- Ach, die spielen jetzt als einzelne Mannschaft bei der Fußballweltmeisterschaft mit; das ist gut.

Für Schleswig-Holstein ist die Zusammenarbeit mit der Freien und Hansestadt Hamburg von höchster Bedeutung. Ein großer Teil dieser Zusammenarbeit findet im Rahmen der Metropolregion Hamburg statt. Diese Arbeit schlägt sich auch in vielen gemeinsamen Projekten nieder, die unsere Kommunen am Hamburger Rand und die Stadt Hamburg zusammen verwirklichen, und zwar zum Wohle der dort lebenden Menschen.

Selbstverständlich arbeiten Schleswig-Holstein und Hamburg auch bei der Finanzierung dieser Projekte zusammen. Sie tun das übrigens schon seit geraumer Zeit. Wie die Landesregierung und der Ministerpräsident berichten, haben schleswig-holsteinische Kommunen in der Metropolregion seit 1960 hierfür 281 Millionen € für **Investitionen** erhalten.

(Dr. Heiner Garg)

Seit 1962 werden sie aus dem Förderfonds Hamburg-Schleswig-Holstein bezahlt. Dieser Förderfonds soll jetzt auf eine feste haushaltswirtschaftliche Grundlage gestellt werden. Hierzu haben die Landesregierungen Hamburgs, Niedersachsens und Schleswig-Holsteins am 1. Dezember den vorliegenden Staatsvertrag unterzeichnet.

Mit diesem Vertrag verpflichtet sich Schleswig-Holstein, jährlich 51.000 € Verwaltungskosten zu bezahlen und 871.000 € in den Förderfonds Hamburg-Schleswig-Holstein einzuzahlen. Hiervon stammen 767.000 € aus Mitteln des kommunalen Finanzausgleichs; 104.000 € zahlt das Land - allerdings mit einer Nachschusspflicht für den Fall, dass im kommunalen Finanzausgleich nicht genug Geld vorhanden ist.

Dies alles ist Teil einer Runderneuerung der länderübergreifenden Zusammenarbeit in der Metropolregion. Angesichts des immer stärker werdenden **Wettbewerbs** der Regionen dürfen auch so erfolgreiche Regionen wie die Metropolregion Hamburg im Streben nach besseren Lösungen für die dort lebenden Menschen nicht nachlassen - im Übrigen nicht nur für die dort lebenden Menschen, sondern für die Menschen in ganz Schleswig-Holstein.

Um die Zusammenarbeit zu verstärken und gleichzeitig effizienter zu gestalten, wird ab jetzt in einer gemeinsamen Geschäftsstelle zusammengearbeitet und geplant. Sehr hilfreich mögen dabei sichere finanzielle Planungsgrundlagen sein. Diese werden mit dem vorliegenden Staatsvertrag jedenfalls nominal erreicht, die Kaufkraft der jährlichen Fondseinlagen nimmt allerdings ab. Auch das gehört zur Wahrheit dazu. Angesichts der fatalen Haushaltslage - das will ich gern einräumen - ist allerdings bereits die nominale Planungssicherheit ein Erfolg.

Wir werden das Projekt weiter begleiten.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Garg. - Das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin in dieser Frage anderer Auffassung als meine Vorredner.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wenn man den Staatsvertrag für sich allein betrachtet, scheint er harmlos. Die drei Länder verpflichten sich lediglich, ohne Kürzungen durch den Gesetzgeber jährlich 3 Millionen € in den gemeinsamen Förderfonds zu tun. Alles weitere steht nicht im Gesetz, sondern in einem Verwaltungsabkommen und einer Internationalisierungsstrategie, die ab 1. Dezember in Hamburg unterschrieben wurden. Betrachtet man dieses Paket jedoch als Ganzes - und das muss man -, ist es aus Sicht Schleswig-Holsteins nicht akzeptabel. Im Kern handelt es sich bei diesem Paket um einen weiteren Versuch Hamburgs, die Metropolregion vom Rest des Landes abzukoppeln und unter die Fuchtel von Hamburg zu stellen.

Es war schon immer das Bestreben Hamburgs, im Hamburger Umland allein zu entscheiden, sich mit den Randkreisen zu einigen und die Landesregierung Schleswig-Holstein herauszuhalten. Das haben wir insbesondere bei den Verhandlungen um den Hamburger Verkehrsverbund erlebt. Wenn wir es damals nicht geschafft hätten, für ganz Schleswig-Holstein den Schleswig-Holsteiner Verkehrsverbund einzuführen, hätten wir heute die Situation, dass das Land am Ende des HVV endet und dann nur noch Provinzverkehr stattfindet.

Hamburg braucht das Umland, es braucht Ausgleichsflächen, es braucht Erholungsflächen, es möchte die Wirtschaftsentwicklung im Umland kontrollieren.

Deswegen muss es das Interesse Schleswig-Holsteins sein, mit Hamburg auf gleicher Augenhöhe zu verhandeln. Wir müssen darauf achten, dass bei Allokationsentscheidungen nicht nur Hamburg und Umland, sondern der gesamte norddeutsche Raum bis Flensburg und Husum gedacht werden.

Was aber passiert jetzt? - Die neue Zusammensetzung des **Regionsrates** und des Lenkungsausschusses degradiert die Vertreter des Landes zu Statisten. Bisher war für Förderentscheidungen im Hamburger Umland das Innenministerium in Kiel zuständig. In Zukunft werden diese von Hamburg und den Landräten und Bürgermeistern des Umlandes allein getroffen. Dafür wird jetzt auch noch eine hauptamtliche sechsköpfige Geschäftsstelle gebildet, die ab 2008 in Hamburg sitzt und nur noch dem Lenkungsausschuss verantwortlich ist.

Bisher war Hamburg immer auf Schleswig-Holstein angewiesen, um Ausgleichsflächen zu bekommen. Bei der **Elbvertiefung** stießen traditionell die Inter-

(Karl-Martin Hentschel)

essen des Hafens und die Interessen der anliegenden Flächenländer aufeinander. Das war für Schleswig-Holstein eines der wichtigsten Punkte bei allen bilateralen Verhandlungen.

Deswegen ist es logisch, dass Hamburg dafür ist, Dithmarschen in die Metropolregion aufzunehmen. Hamburg wollte schon immer die Kontrolle über die gesamte Unterelbe einschließlich der potenziellen Konkurrenzhäfen Brunsbüttel und Cuxhaven haben. Aber wo bleibt Kiel, wo bleibt Lübeck, wo bleibt Neumünster? Sie dürfen nicht in die Metropolregion, sondern sind gezwungen, bilaterale Verhandlungen mit Hamburg aufzunehmen. Man kann sich leicht ausrechnen, wer da am längeren Hebel sitzt.

Noch toller ist es, wenn man liest, dass jetzt ein gemeinsames **Regionalmarketing** aufgebaut wird. Wer sich einmal in den deutschen Außenhandelskammern in den USA, in Hongkong, Japan und so weiter umschaute, der stellt fest: Dort sind vier deutsche Regionen präsent, nämlich Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hamburg. Der Rest kommt kaum vor. Anstatt dass in Zukunft die norddeutsche Region gemeinsam auftritt, was sinnvoll wäre, soll die Metropolregion Hamburg gemeinsam werben. Das heißt zu gut deutsch: Die Hamburger Wirtschaftsbehörde übernimmt das Marketing für die gesamte Großregion mit 4,7 Millionen Einwohnern, der Rest des Landes schaut in die Röhre.

Meine Damen und Herren, so haben wir uns den **Nordstaat** nicht vorgestellt. Was wir brauchen, ist eine gemeinsame Landesregierung im Norden, die von allen Menschen in Norddeutschland gemeinsam gewählt wird und den Bürgerinnen und Bürgern in Flensburg und Husum genauso verantwortlich ist wie denen in Rostock, Hamburg und Altona. Nun aber bestimmt allein der Hamburger Senat, was in einer der wirtschaftlich florierendsten Regionen Europas geschieht und der Rest schaut in die Röhre. Deshalb lehnen wir diesen Vertrag ab und fordern die Landesregierung auf, die Abkommen mit Hamburg neu zu verhandeln. Ich fordere alle Abgeordneten aus dem Norden dieses Landes, aus dem Westen dieses Landes, aus dem Osten dieses Landes und der Mitte dieses Landes sowie aus den Städten Kiel, Lübeck und Neumünster auf, diesen Vertrag zu stoppen.

Ich beantrage die Überweisung an den Wirtschafts-, den Umwelt-, den Europa- und den Innen- und Rechtsausschuss.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Hentschel. - Für den SSW im Landtag hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits in der November-Tagung des Landtages hat der SSW das Procedere mit bereits unterzeichneten Staatsverträgen problematisiert und die Vorgehensweise der Landesregierung in diesem Zusammenhang kritisiert. Daher bringe ich die seinerzeit angebrachte Kritik jetzt in Verbindung mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages über die Finanzierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg und die Fortführung des Förderfonds erneut vor. Wieder einmal hat der Landtag nur die Möglichkeit, sich nur mit ja oder nein zum Staatsvertrag zu äußern. Damit meine ich, dass uns als Parlament des Landes Schleswig-Holstein somit die Möglichkeit verwehrt wird, entsprechend unseres Selbstverständnisses Einfluss auf den Staatsvertrag zu nehmen. Ich meine, dass es für das Land Schleswig-Holstein nicht unerheblich ist, wenn es um die Ausgestaltung der Zusammenarbeit mit der Stadt Hamburg und dem Land Niedersachsen und der Weiterentwicklung der Metropolregion Hamburg geht.

Herr Kollege Hentschel hat gerade auch in seinen Ausführungen darauf aufmerksam gemacht. Schließlich haben wir es hier mit einer Region zu tun, in der insgesamt 4,5 Millionen Menschen leben und die zu den Metropolregionen Europas zählt. Daher halten wir es durchaus für angemessen, dass das schleswig-holsteinische Landesparlament früher in derartige Entscheidungsprozesse eingebunden wird.

Das **Regionalentwicklungskonzept** für die Metropolregion ist der Handlungsrahmen und das Regiebuch, wenn es um die trilaterale Zusammenarbeit und Weiterentwicklung dieser Region geht. Über die Jahre hat sich das Regionalentwicklungskonzept, wenn es um Länder überschreitende landesplanerische Konzepte ging, durchaus bewährt. Nur so ist es möglich, dass die Region ihre Vorstellungen beispielsweise für Naherholung und Tourismus, Siedlungsentwicklung, ÖPNV oder auch für die wirtschaftliche Entwicklung umsetzen kann. Bekanntestes Beispiel ist wohl der gemeinsame Er-

(Lars Harms)

folg, als es darum ging, die Endmontage des Airbus A 380 in die Region zu holen. Hier ist die Region in den wirtschaftlichen Wettstreit mit anderen europäischen Metropolregionen gegangen und konnte sich positiv behaupten.

Dieser Erfolg macht aber deutlich, dass sich die Metropolregion mittlerweile ganz anderen Herausforderungen stellen muss. Gerade in den Metropolregionen sind die Globalisierung und der internationale Druck als erstes spürbar. Daher ist es nur folgerichtig, wenn sich die Metropolregion jetzt entsprechend darauf einstellt und sich professionalisiert. Mit der Umstrukturierung der Gremien und des Managements wird ein erster Schritt dahingehend unternommen. Insbesondere die Einrichtung einer gemeinsamen Geschäftsstelle ist durchaus konsequent, wenn man eine Professionalisierung der **Marketingstrategie** verfolgt, um eben auch internationalen Erfolg zu haben. Die Frage, die sich uns im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Gremien stellt, ist: Wie sieht die künftige Zusammensetzung aus und welche Einflussmöglichkeiten werden sie haben?

Wir wissen, dass die **Gremienstruktur** bisher aus Planungsrat, Regionalkonferenz, Lenkungsausschuss, bilateralen Förderausschüssen und regionalen Arbeitsgemeinschaften besteht, eine zugegebenermaßen umfangreiche Gremienstruktur, und ich kann mir lebhaft vorstellen, wie die Zusammenarbeit innerhalb der Gremien abgelaufen sein könnte. Daher lässt sich durchaus nachvollziehen, dass eine Umstrukturierung beziehungsweise Umgestaltung der Arbeitsabläufe angestrebt wird. Mit der Einrichtung eines neuen **Regionsrates** und eines erweiterten Lenkungsausschusses wird nun eine Verbesserung der internen Arbeitsabläufe angestrebt. Hierbei sehen wir es als positiv an, dass die Kreise und Kommunen künftig stärker als bisher in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden sollen. Die strukturellen Änderungen, die durch den Staatsvertrag verfolgt werden, können wir durchaus nachvollziehen, wobei wir auch die Kritik haben, dass das Land Schleswig-Holstein in diesem Vertrag viel zu wenig vorkommt.

Die Mittel für die gemeinsamen Entwicklungsprozesse in der Metropolregion werden gespeist aus den **Förderfonds** und den Mitteln für die Finanzierung der laufenden Zusammenarbeit. Wir unterstützen, dass zukünftig 51.000 € jährlich je Land für die Finanzierung der laufenden Kosten für diverse Präsentationen und Gutachten zur Verfügung gestellt werden. Dieser Ansatz ist durchaus sinnvoll,

damit sich die Region auch weiterhin nach außen einheitlich sichtbar machen kann.

Überhaupt nicht nachvollziehbar ist für uns der Ansatz, dass durch den Staatsvertrag künftig Haushaltsmittel von vornherein gebunden werden sollen. Es ist vorgesehen, dass der Förderfonds für die Metropolregion auf ein haushaltswirtschaftlich belastbares Fundament gestellt werden soll, indem die zur Verfügung gestellten Mittel von Haushaltssperren ausgenommen und die Übertragbarkeit unter bestimmten Voraussetzungen in folgende Haushaltsjahre ermöglicht werden. Weiter ist vorgesehen, dass der Normalansatz des Förderfonds aus FAG-Mitteln finanziert werden soll und der Sonderansatz aus Haushaltsmitteln gespeist werden soll.

Im Fall, dass weniger Finanzausgleichsmittel zur Verfügung stehen, ist das Land in der Pflicht, dementsprechend aufzustocken. Dies muss man sich alles einmal auf der Zunge zergehen lassen. Ich frage mich: Wo in Schleswig-Holstein haben wir entsprechende finanzielle Zusicherungen? Dies ist eine finanzielle Besserstellung gerade dieser Region. Für den SSW geht es darum, dass die Metropolregion Hamburg ebenso wie alle anderen Regionen in Schleswig-Holstein auch jährlich ihre notwendigen Projektmittel einwerben muss. Da darf es keine Unterschiede zur Nordregion oder auch zur **K.E.R.N.-Region** geben.

Alle Regionen müssen diesbezüglich gleichgestellt werden. Hier wird aber ein besonderes Privileg für eine Region festgeschrieben und neu geschaffen, das so nicht okay ist und das andere Regionen definitiv benachteiligt. Wir sollten es nicht zulassen, dass Regionen aus Schleswig-Holstein, also in unserem Land, benachteiligt werden.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Harms. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratungen.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 16/435 (neu) federführend dem Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss, dem Umwelt- und Agrarausschuss und dem Europaausschuss zu überweisen. Wer dem folgen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Mehrwertsteuererhöhung ausschließlich für Senkung der Lohnnebenkosten verwenden

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/373

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/444

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort für den Antragsteller hat der Herr Abgeordnete Klaus Müller.

Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Die Frage, ob und wie stark die **Mehrwertsteuer** angehoben werden soll, hat in den letzten Wochen skurrile Züge angenommen und ich will die Geschichte dieser Debatte anhand der Aussagen des ehemaligen Finanzministers und heutigen Innenministers Ralf Stegner, der jetzt bedauerlicherweise nicht hier ist, nachvollziehen, weil er sich gern laut und deutlich in dieser Frage positioniert hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der vergangenen Legislaturperiode haben Herr Stegner wie die grüne Landtagsfraktion und die SPD-Fraktion und viele kluge Menschen aus Wissenschaft, Wirtschaft und selbst den Gewerkschaften sich für eine stärkere Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme eingesetzt. Die CDU war damals noch dagegen. In seinem Konzept „Anders steuern, Gemeinwesen stärken“ aus dem März 2004 schrieb er zutreffend: „Die Erhöhung sollte gesetzlich an die Zuführung der Mehreinnahmen an die sozialen Sicherungssysteme gekoppelt werden.“

Im Bundestagswahlkampf entschied sich dann die CDU genau für diesen Weg, die SPD im Bund aber dagegen. Prompt konnten wir im August 2005 in einem Interview von Herrn Stegner lesen: „Was Frau Merkel plant, ist völlig unsinnig. Sie will eine pauschale Mehrwertsteuererhöhung mitten in einer Konjunkturkrise.“

Dann noch die klare Aussage, dass er, Herr Stegner, „mit dem Aufkommen ausschließlich die Lohnnebenkosten“ senken wolle.

Nach der Wahl zeichnete sich die bemerkenswerte Einigung der großen Koalition ab, dass man sich zwischen der CDU-Forderung „plus 2 Prozentpunk-

te“ und der SPD-Forderung „Keine Merkelsteuer“ auf plus 3 Prozentpunkte einigte, wobei - und das ist jetzt das Problem - gerade mal 0,6 Prozentpunkte aus dieser Erhöhung zur Absenkung der Lohnnebenkosten verwendet werden sollen.

Bei Herrn Stegner hörte sich das im Oktober dieses Jahres in den „Lübecker Nachrichten“ plötzlich wie folgt an: „Angesichts der dramatischen Haushaltslage in Schleswig-Holstein hätte ich nichts dagegen, wenn eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auch dem Landesetat nutzt.“

Normalerweise kennt man Herrn Stegner als geradlinigen Politiker mit Rückgrat. Ich hätte jetzt wahrscheinlich auch eine Reihe von Zitaten von Herrn Wiegard, Herrn Carstensen oder Herrn Sauter suchen können. Es gibt eine Ausnahme in der Landesregierung, das ist Herr Austermann, der war immer dagegen. Trotzdem ist diese Entwicklung, die wir hier gesehen haben, enttäuschend.

Ich will in diesem Zusammenhang an zwei interessante Studien erinnern. Das DIW hat im März diesen Jahres berechnet, wenn man die Sozialversicherungsbeiträge durch eine höhere Mehrwertssteuer eins zu eins senkt, dass wir zu einem ungefähr 1,4 % höheren **Wirtschaftswachstum** und einer 1,9 % höheren **Beschäftigung** kommen könnten. Das DIW prognostiziert sogar 700.000 neue Jobs.

Das Institut der deutschen Wirtschaft, der CDU tendenziell nahestehend, Herr Geerds, hat im Juni 2005 das Szenario ähnlich der großen Koalition berechnet und kommt zu dramatischen Ergebnissen: Das IW hat einen Anstieg der Mehrwertsteuer auf 20 % unterstellt, hat also 1 Punkt mehr unterstellt und kommt dann auf 1,5 Prozentpunkte weniger BIP und 490.000 mehr Arbeitslose. Dieser Effekt dürfte bei den schwarz-roten Planungen ähnlich sein.

Verehrte Damen und Herren, wenn man die Aussagen im Wahlkampf mit der Koalitionsvereinbarung abgleicht, dann wurde die Bevölkerung selten so heftig getäuscht und hinter das Licht geführt wie in der Frage der Mehrwertsteuererhöhung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das, was Sie in Berlin vorhaben, ist ökonomisch fatal. Das, was hier geplant ist, ist kein Glanzstück. Vielmehr werden die steigenden **Arbeitslosenzahlen** an Ihnen und an der großen Koalition wie Pech und Schwefel kleben, wenn wir 2007 tatsächlich zu diesem Schritt kommen. Herr Austermann ist ausdrücklich zuzustimmen, wenn er am 13. November

(Klaus Müller)

in den „Lübecker Nachrichten“ kritisierte: Der Koalitionsvertrag von CDU und SPD ist kein Durchbruch für Deutschland. Weiter sagte er: Unter dem Strich schwächt das die Kaufkraft, führt zu mehr Schwarzarbeit und ist eine besondere Belastung für sozial Schwächere. Selten hatte Herr Austermann so Recht wie mit dieser Aussage.

(Beifall beim SSW)

Mit dem Antrag der Grünen wollen wir Ihnen heute die Möglichkeit geben, den Rücken geradzumachen und der Landesregierung einen glasklaren Auftrag zu geben: Die Bundesratsstimmen aus Schleswig-Holstein gibt es nur, wenn 100 % der **Mehrwertsteuereinnahmen** zur Senkung der Lohnnebenkosten verwendet werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Finanzminister, Sie haben im Bundesrat eine starke Stellung. Ohne Schleswig-Holstein verfügen CDU und SPD nur über 32 Stimmen, wenn FDP und PDS konsequent bleiben. Herr Carstensen und Herr Wiegard, Sie können die Fehlentscheidungen des Koalitionsvertrages korrigieren. Ich hoffe, Sie haben den Mut, die Unabhängigkeit und die Stärke dazu. Herr Stegner hat damit schon angefangen. Am 17. November konnte man in der „Chemnitzer Freien Presse“ lesen, dass er mit diesem Koalitionsvertrag ebenfalls unzufrieden sei. Auf der Wirtschaftsministerkonferenz soll dies gestern - womöglich sogar einvernehmlich - so diskutiert worden sein.

Der Antrag von CDU und SPD ist dagegen windelweich. Was ist eine spürbare Senkung? Das ist politischer Wackelpudding. Dann sollten Sie so ehrlich sein und heute nicht beschließen. Deshalb bitte ich angesichts der Debatte im Finanzausschuss vor zwei Wochen heute um sofortige Sachentscheidung und um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Müller. - Für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Frank Sauter das Wort.

Frank Sauter [CDU]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antragsteller macht zum wiederholten Male die durch die Bundesregierung geplante Erhöhung des Regelsteuersatzes der Mehrwertsteuer von

16 auf 19 % hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag zum Thema. Bereits während der letzten Sitzung dieses hohen Hauses im vergangenen Monat führten wir eine Debatte zum Thema Mehrwertsteuererhöhung, als ihre Fraktion, Kollege Müller, einen Umsatzsteuerantrag der FDP nutzte, um einen eigenen Änderungsantrag einzubringen.

Entgegen der im FDP-Antrag behandelten Thematik forderten die Grünen die Landesregierung bereits schon in ihrem Änderungsantrag auf, einer Mehrwertsteuererhöhung nur unter der Bedingung zuzustimmen, dass das zusätzliche Steueraufkommen vollständig zur **Senkung der Lohnnebenkosten** verwendet wird.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich sage Ihnen gleich noch etwas zu meiner Meinung, lieber Kollege Müller, aber Sie müssen auch zwischen den Zeilen lesen. Beide Anträge wurden zur weiteren Beratung an den Finanzausschuss überwiesen. Der Finanzausschuss hat den Änderungsantrag der Grünen in geänderter Fassung mit Mehrheit beschlossen. Wir haben in Ihrem Antrag durchaus sinnvolle Komponenten erkannt, verehrter Kollege. Nach dieser Änderung soll die Landesregierung dieser Erhöhung nur unter der Bedingung zustimmen, dass das zusätzliche Aufkommen spürbar zur Senkung der Lohnnebenkosten verwendet wird.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was heißt das jetzt?)

- Kollege Kubicki, das heißt, dass es zu einer spürbaren Senkung kommen wird. Das ist eine Form, die man wahrnimmt.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das setzt natürlich überhaupt eine Wahrnehmungsfähigkeit voraus. Ich freue mich, dass der Antragsteller selber etwas gespürt hat, denn er hat in seiner Antragsbegründung, die wesentlich umfangreicher ist als der Antrag selber, nicht in Abrede gestellt, dass die Bundesregierung diese spürbare Senkung der Lohnnebenkosten auch tatsächlich vornehmen wird.

(Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist zu wenig!)

Deshalb stellen CDU und SPD auch heute einen Änderungsantrag, der nahezu deckungsgleich mit dem noch nicht einmal drei Wochen alten Votum des Finanzausschusses ist.

(Frank Sauter)

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Liebe Kollege Müller hiernach fordert der Landtag die Landesregierung auf, einer Erhöhung der Mehrwertsteuer im Bundesrat nur zuzustimmen, soweit zugleich eine spürbare Senkung der Lohnnebenkosten erfolgt. Ich gebe zu, dass der Erkenntnisgewinn aus der heutigen Mehrwertsteuerdebatte nicht besonders hoch ist. Das spürt natürlich auch der Kollege Müller als Wiederholungsantragssteller.

(Thomas Stritzl [CDU]: Wiederholungstätter!)

Ihm geht es bei seinen parlamentarischen Initiativen offenbar weniger darum, die Landesregierung auf ein bestimmtes politisches Handeln festzulegen. Vielmehr möchte er uns seine heimliche Freude darüber mitteilen, dass sich die Bundestagswahlprogramme von SPD und CDU im Bereich der Steuerpolitik - und hier natürlich insbesondere im Bereich der Mehrwertsteuer - von den Inhalten des nun in Berlin geschlossenen Koalitionsvertrages unterscheiden.

(Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sollen die Menschen wissen!)

Wie sollte es auch anders sein bei ursprünglich entgegengesetzten inhaltlichen Festlegungen der Parteien und einem Bundestagswahlergebnis, das zwei nahezu gleich starke Koalitionspartner hervorgebracht hat? Der Antragsteller hat mit seiner Feststellung aber Recht, dass es im Schleswig-Holsteinischen Landtag eine breite Mehrheit dafür gibt, Lohnnebenkosten stärker über Steuern zu finanzieren. Das gilt auch für die Sozialdemokraten, die ja lediglich während der Dauer des Bundestagswahlkampfes gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer eingetreten sind. Ich glaube, für beide Regierungsfaktionen sprechen zu können, wenn ich sage, dass wir erwarten, dass die Senkung der Lohnnebenkosten höher ausfallen soll, als dies bisher geplant ist.

(Beifall bei der SPD - Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein Mann, ein Wort!)

- Herr Müller, das, was Sie jetzt beklatschen, ist das, was wir fordern, nämlich die spürbare Senkung der Lohnnebenkosten. Sie soll spürbarer sein, als sie es im Moment ist. Das werden wir unterstützen. Beide politischen Schwerpunkte - die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und übrigens auch des Schleswig-Holsteinischen Haushaltes und die spürbare Senkung der Lohnnebenkosten - sind

Maßnahmen, die unser Land wieder auf einen Zukunftskurs bringen werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Sauter. - Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Anna Schlosser-Keichel das Wort.

Anna Schlosser-Keichel [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Klaus Müller, mir fehlen eigentlich die Worte zu diesem Antrag. Es ist nämlich schon alles gesagt worden; nicht nur von meinem Kollegen Frank Sauter gerade eben, sondern auch in der letzten Landtagssitzung, als wir Ihre Forderung, die anstehende Mehrwertsteuererhöhung komplett zur Senkung der Lohnnebenkosten zu verwenden, bereits auf der Tagesordnung hatten. Im Finanzausschuss haben wir uns daraufhin intensiv damit und darüber auseinander gesetzt. Ihre heutigen Argumente haben wir gehört und zum Teil auch in unseren Änderungsantrag aufgenommen. Ich frage mich deshalb, warum nun gut zwei Wochen später dieser praktisch gleich lautende Antrag wieder vorgelegt wird. Es gibt nichts Neues zu diskutieren. Das ist ein bisschen so ein Getöse, als wäre demnächst wieder Wahlkampf angesagt. Das ist aber nicht so.

(Beifall bei der SPD)

Wir lehnen Ihren Antrag trotzdem nicht einfach ab, obwohl wir gute Lust dazu gehabt hätten. Herr Sauter hat es eben schon gesagt: Wir stellen hier noch einmal unseren Änderungsvorschlag aus dem Finanzausschuss zur Abstimmung.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Den Inhalt hat Frank Sauter benannt. Wir wollen eine spürbare Senkung der Lohnnebenkosten und wir wollen nur unter dieser Voraussetzung einer **Mehrwertsteuererhöhung** zustimmen. Es ist klar und wir bestreiten es auch nicht, dass wir nicht mit dem zufrieden sind, was zu diesem Punkt im Koalitionsvertrag steht, aber Sie kennen Verhandlungen. Es gibt Kompromisse, die man schließen muss. Die weitergehenden Vorstellungen, die aus Schleswig-Holstein auch in die Verhandlungen eingebracht wurden, haben leider keine Mehrheit gefunden.

Wir wollen, dass nachgebessert wird. Wir erwarten von der schleswig-holsteinischen Landesregierung, dass sie sich im Bundesrat entsprechend verhält und

(Anna Schlosser-Keichel)

aktiv Mehrheiten für Verbesserungen sucht. Wir sind aber Realisten und wissen, dass unsere ursprüngliche Erwartung, dass nämlich die Mehrwertsteuer eins zu eins für die Senkung der Lohnnebenkosten eingesetzt wird, in der komplizierten Gemengelage der Koalition und auch der Bundesländer derzeit keine Chance hat, in reiner Lehre umgesetzt zu werden. Deshalb wollen wir unseren Finanzminister oder den Ministerpräsidenten - wer immer die Verhandlungen führen wird - auch nicht mit aussichtslosen und unlösbaren Aufgaben loschicken. Wir erwarten, dass Verbesserungen gegenüber der jetzigen Koalitionsvereinbarung durchgesetzt werden. Der Koalitionsvertrag ist in der Tat keine Bibel, in der nichts zu verändern wäre. Wir sollten aber auch nicht die Erwartung wecken, dass dieses Kapitel des Koalitionsvertrages vollkommen neu geschrieben wird. Verbesserungen ja. Das erwarten und erhoffen wir.

Ich bitte Sie, unserem etwas offener formulierten und - wie ich auch behaupte - auch realistischeren Antrag zuzustimmen. Auch wir wollen heute eine Abstimmung in der Sache und wollen nicht noch einmal eine Runde im Finanzausschuss drehen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Kollegin Schlosser-Keichel, nach Ihren Eingangsworten, mit denen Sie sich weitgehend auf den Kollegen Sauter berufen haben, finde ich, es wird langsam wirklich Zeit, dass die von Ihnen angekündigte Fusion zwischen CDU und SPD ein Fall für die Kartellbehörde wird. Denn es ist schon beängstigend, was Sie hier präsentieren. Eigentlich reicht es, wenn sich wechselseitig einer Ihrer Redner zu einem Tagesordnungspunkt zu Wort meldet.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Während der Kollege Sauter gesprochen hat und eigentlich auch während der Rede der Kollegin Schlosser-Keichel - weil Sie sich ständig auf den Kollegen Sauter berufen hat - habe ich mich die ganze Zeit gefragt - Anke Spoorendonk hat es gestern gemacht -: In welchem Film sind Sie eigentlich, und was verstehen Sie eigentlich unter einer spürbaren **Senkung der Lohnnebenkosten**? Ver-

stehen Sie bei einer Quote von 40 % unter einer spürbaren Senkung der Lohnnebenkosten ein Prozent weniger bei der Arbeitslosenversicherung, was durch eine angekündigte Beitragserhöhung bei der gesetzlichen Krankenversicherung um bis zu 0,5 % und durch eine angekündigte, im Koalitionsvertrag festgelegte Erhöhung der Rentenversicherung um 0,4 % - das macht 0,9 % - aufgefressen wird? Dann bleiben 0,1 % Senkung übrig. Ist das jetzt wirklich „spürbar“, Herr Sauter?

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich verstehe die Geste des Kollegen Müller, die ich jetzt nicht nachmachen will, wirklich gut. Ich frage mich allen Ernstes: Kann das wirklich der Beitrag dazu sein, die **sozialen Sicherungssysteme** auf einen neuen, auf einen modernen Weg zu bringen?

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

(Heiterkeit)

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ja, gern.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Dr. Garg, stimmen Sie mir zu, dass bei der Homöopathie selbst solche Dinge spürbar sind, die überhaupt nicht mehr nachweisbar sind?

- Ja, das ist richtig. Das hat etwas mit den Potenzen zu tun. Ich will das nicht weiter ausführen. Ich will gar nicht darüber spekulieren, an welche Verdünnungspotenz der Kollege Sauter und die Kollegin Schlosser-Keichel dabei gedacht haben.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass beide Anträge in der Sache abgestimmt werden sollen. Wir werden beide Anträge in der Sache ablehnen, und das aus gutem Grund. Wir haben vor der Bundestagswahl gesagt, dass wir keine Mehrwertsteuererhöhung zum jetzigen Zeitpunkt zur Sanierung maroder Sozialversicherungssysteme haben wollen. Die CDU - das muss man ihr immerhin zugestehen - hat während des Bundestagswahlkampfes eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2 % gefordert, um die Lohnnebenkosten eins zu eins zu senken.

(Zurufe von der CDU)

Dann trafen sich CDU und SPD bei den Koalitionsverhandlungen, und aus der Forderung von 2 % zur

(Dr. Heiner Garg)

Absenkung der Lohnnebenkosten und dem kategorischen Nein der Bundes-SPD zur einer von Ihr so genannten Merkel-Steuer wurden nach den Koalitionsvereinbarungen 3 % Mehrwertsteuer, von denen - man höre und staune - ein Prozent im Bundeshaushalt versickern soll, ein weiteres Prozent soll in den Länderhaushalten versickern und, Herr Sauter, das eben angesprochene eine Prozent soll übrig bleiben, um die Lohnnebenkosten irgendwie, also spürbar, wenn auch in spürbaren homöopathischen Potenzen, wie mein Fraktionsvorsitzender gerade ausgeführt hat, zu senken.

In allem Ernst: Wir stehen vor einer riesigen Herausforderung, die übrigens die große Koalition ausgeklammert hat, nämlich die **sozialen Sicherungssysteme** in den Strukturen zu ändern und die **Aufgaben** und die **Leistungen** neu zu definieren. Dann müssen wir die Frage, wie wir diese Aufgaben neu finanzieren, in der Tat anständig beantworten. Und dann können wir sehr wohl über eine Erhöhung dieser indirekten Steuer nachdenken, wenn wir gleichzeitig bereit sind, in diesem Zusammenhang auch über die direkten Steuern zu reden.

Alles andere macht aus unserer Sicht keinen Sinn. Deswegen werden wir beide Anträge ablehnen. - Ich bedanke mich nicht nur für die Zwischenfrage, sondern auch für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Für den SSW im Landtag hat die Vorsitzende, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Bemerkung vorweg. In diesem Landtag gibt es eine Mehrheit für eine Mehrwertsteuererhöhung und auch für die Meinung, dass diese Erhöhung nur Sinn macht, wenn man die Einnahmen zu 100 % zur Senkung der Lohnnebenkosten verwendet.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein, die gibt es nicht!)

- In diesem Landtag?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Schwarz-Rot hat beschlossen! Überwiegend! Spürbar!)

- Ich denke daran, dass es diese Diskussion im Jahre 2003, im Jahre 2004 und vor einem halben Jahr in diesem Landtag auch gegeben hat.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das war einmal!)

- Das ist richtig. Das war einmal. Genau darauf möchte ich jetzt noch eingehen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich wollte eigentlich nur feststellen, dass es eine große Gemeinsamkeit gab und dass wir uns auch dahingehend einig waren, dass eine **Mehrwertsteuererhöhung** nur Sinn macht, wenn der gesamte Betrag zur Senkung der Lohnnebenkosten genutzt wird. - Das, denke ich, war unsere Einstellung. Zumindest war es das, was im Finanzausschuss immer wieder diskutiert wurde.

Von daher ist klar, dass der SSW dem Antrag der Grünen viel mehr abgewinnen kann als dem Antrag von CDU und SPD, der diese Forderungen aus, wie ich denke, nachvollziehbaren Gründen abgeschwächt hat.

Ich will nicht wiederholen, was in dem Antrag der die Regierung tragenden Fraktionen steht. Das wissen Sie alle. Ich will auch nicht weiter vertiefen, was der Grund für diesen Sinneswandel sein könnte. Aber ich glaube, ich liege nicht falsch, wenn ich sage, dass dies mit den Verhandlungen zum Koalitionsvertrag der großen Koalition auf Bundesebene zusammenhängt.

Das ist ein schwacher Kompromiss. Es mag sein, dass dies wiederum mit dem Wahlkampf zusammenhängt, in dem SPD und CDU gerade zu diesem Punkt ganz unterschiedlicher Meinung waren. Es gab die Aussage der SPD auf Bundesebene, dass man diese „Merkel-Steuer“ nicht haben wolle. Die Akteure sind dabei wirklich gegeneinander angetreten. Aber Tatsache ist, dass die Bundesrepublik mit ihren 16 % Mehrwertsteuer am unteren Ende des europäischen Durchschnitts liegt.

Was die große Koalition unter Bundeskanzlerin Merkel plant, wissen Sie auch. Die Mehrwertsteuer soll ab dem 1. Januar 2007 um drei Prozentpunkte erhöht werden, aber nur ein Drittel soll zur Senkung der Lohnnebenkosten verwendet werden, während zwei Drittel jeweils zur **Haushaltskonsolidierung** von Bund und Ländern genutzt werden sollen. Gleichzeitig soll der Rentenbeitrag ab dem 1. Januar 2007 leicht angehoben werden.

Dazu muss ich sagen: Bei allem Verständnis für die Interessen der Finanzminister greift eine Nettosenkung der Lohnnebenkosten von nur 0,6 % bei gleichzeitiger Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 % viel zu kurz und ist wirtschaftlich kontraproduktiv.

(Anke Spoorendonk)

Auch ich habe gelesen, was das Deutsche Institut für Wirtschaftsförderung zu diesem Problem gesagt hat. Noch einmal: Man hat errechnet, dass ein Prozentpunkt bei maßvoller symmetrischer Erhöhung der Mehrwertsteuer bis zu 100.000 neue Arbeitsplätze gerade in den lohnintensiven Wirtschaftsbereichen schaffen könnte. Dies ist Grund genug, dies alles sehr ernst zu nehmen.

Ich fasse zusammen. Wir hätten uns wirklich einen anderen Beschluss dieses Landtages gewünscht. Wir meinen, es wäre ein klares Signal in Richtung Berlin nötig gewesen, dass eine Mehrwertsteuererhöhung nur vernünftig ist, wenn sie zur **Senkung der Lohnnebenkosten** verwendet wird. So wird es aber leider nicht kommen. Wir erhalten ein völlig diffuses Bild, und das ist ärgerlich.

(Beifall beim SSW - Dr. Heiner Garg [FDP]:
Das ist Murks!)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Nunmehr hat Herr Abgeordneter Müller das Wort.

Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe viel Verständnis für Klamauk. Nach der anstrengenden Haushaltsdebatte kann ich das einsehen. Aber es gibt drei Argumente, weshalb ich bitte, diese Diskussion mit einem bisschen mehr Ernst zu führen.

Erstens. Es gibt nicht viele Punkte, in denen ich mit Herrn Austermann übereinstimme. Aber wenn Ihr Wirtschaftsminister klar und deutlich sagt, er befürchte aufgrund dieses Schrittes ökonomisch falsche Konsequenzen, dann muss man mit etwas mehr Ernst darüber diskutieren, Argumente abwägen und - hoffentlich - zu anderen Entscheidungen kommen.

Zweitens. Es gibt eine ganze Reihe von Wirtschaftswissenschaftlern, Unternehmensvertretern und Gewerkschaftsvertretern - quer durch den gesamten ökonomischen Sachverstand -, die darauf hinweisen, dass dieser Teil der **Berliner Koalitionsvereinbarung** ökonomisch und für den Arbeitsmarkt fatale Konsequenzen haben kann und aus deren Sicht haben wird. Es gibt auch hier im Raum schon viele Kolleginnen und Kollegen, die unter vier Augen gesagt haben: Im Jahr 2006 wird es ein Strohfeuer geben. Aber für 2007 ist das ein elementares Risiko. Der Finanzminister wird nicht müde, darauf hinzuweisen: Man kann den Haushalt nicht nur über Ausgaben sanieren. Da hat er Recht. Es geht elementar um die Entwicklung und die Ein-

nahmen auf dem Arbeitsmarkt. Darüber entscheiden wir mit in der Frage, wie es mit der Mehrwertsteuer gemacht wird.

Drittens. Liebe Kollegin Schlosser-Keichel, Sie haben eben so getan, als ob es mal wieder eine lapidare Debatte des Landtags sei und wir hätten darüber gar nicht zu entscheiden. Ich habe darauf hingewiesen, wie die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat sind. Daran kann sich im nächsten Jahr noch etwas ändern. Der eine oder andere hofft das vielleicht auch. Aber wahrscheinlich werden wir doch wieder mit einer Konstellation zu tun haben, wo es auf die vier Stimmen aus Schleswig-Holstein ankommen wird. Wenn FDP und PDS bei ihrer Überzeugung bleiben - das traue ich denen zu -, dann steht es Spitz auf Knopf, ob dieser Teil der Koalitionsvereinbarung wirklich durchträgt. Es hat in der Geschichte schon wiederholt Abstimmungen im **Bundesrat** gegeben, wo es beim Guten oder Schlechten geklappt oder nicht geklappt hat, wo eine Bundesregierung eine Mehrheit hatte oder nicht. Manchmal fand ich das richtig. Ihnen erging es ähnlich. Manchmal fand ich es nicht richtig. Diesmal hat Schleswig-Holstein die Chance, darüber mit zu entscheiden.

Darum ist das hier keine Diskussion, die man auf die leichte Schulter nehmen kann. Es ist keine Diskussion, wo es um „spürbar“ oder „weniger spürbar“ geht. Schleswig-Holstein hat von Minister Dr. Stegner bis zu Minister Wiegard eine ganze Reihe von klugen Leuten, die aus Überzeugung in den letzten Monaten und Jahren für die Position eins zu eins - 100 % - gefochten haben. Die SPD hat sich als Landesverband in ihrer Bundespartei einen Namen gemacht. Unter anderem Claus Möller und Heide Simonis haben gesagt: Auch wenn es unpopulär ist, vertreten wir diese Einsicht.

Vor diesem Hintergrund appelliere ich an Sie noch einmal: Geben Sie sich einen Ruck und sagen Sie der Landesregierung, dass es eine klare Erwartung gibt! Sagen Sie: Mit diesen Stimmen könnt ihr etwas machen, mit diesen Stimmen könnt ihr wuchern, damit könnt ihr im Bundesrat etwas Gutes erreichen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Müller und erteile nunmehr für die Landesregierung Herrn Finanzminister Rainer Wiegard das Wort.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie ernsthaft eine Debatte geführt wird, hängt ein bisschen auch davon ab, wie oft der Punkt innerhalb weniger Tage auf die Tagesordnung gesetzt wird.

(Beifall bei CDU und SPD)

Es ist die Frage, ob man dann jedes Mal in der Diskussion viel Neues dazu beitragen kann. Wenn es so sein soll, will ich es gern noch einmal versuchen.

Ich meine im Übrigen, in der Haushaltsdebatte vorhin schon einmal darauf eingegangen zu sein. Die Sache hat zwei Aspekte. Der eine ist die **Erhöhung der Mehrwertsteuer**, der andere ist die **Senkung der Lohnnebenkosten**. Wenn wir uns ansehen, dass wir im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung etwa 33 % an so genannten **versicherungsfremden Leistungen** haben, dann ist der Korridor vorgegeben, in dem wir ringen müssen, wenn es um die Senkung von Lohnnebenkosten bei der Krankenversicherung geht. Es kann nicht sein, dass wir allgemeine gesellschaftspolitische Leistungen nur von Arbeitnehmern und ihren Arbeitgebern bezahlen lassen, wenn sie der gesamten Gesellschaft zugute kommen. Hier liegt der Ansatzpunkt. Da geht der Bedarf deutlich über den Mehrwertsteuersatz hinaus.

Bei der **Pflegeversicherung** haben wir ebenfalls versicherungsfremde Leistungen. Es sind Leistungen, die erbracht werden, ohne dass dafür Beiträge gezahlt werden. Es handelt sich um etwa 28 %. Das gibt den Korridor vor, worüber zu reden ist, wenn es um die Senkung von Lohnnebenkosten geht.

Bezüglich der Arbeitslosenversicherung weiß jeder, welche Leistungen darin enthalten sind, für die kein äquivalenter Beitrag gezahlt wird. Da dürfte der Anteil auch bei ungefähr 30 % liegen.

Die Senkung von Lohnnebenkosten wird neben Steuerreform und Arbeitsmarktreform eine Aufgabe des nächsten Jahres sein. Dabei wird es aber um sehr viel mehr gehen als nur um das Äquivalent einer Mehrwertsteuererhöhung um 3 Prozentpunkte. Das ist meine feste Überzeugung.

Im Übrigen werde ich mich im Bundesrat so verhalten, wie es das Kabinett beschließt. Ich denke, das Kabinett wird sich einem mehrheitlichen Beschluss des Landtags nicht verweigern. Insofern steht ziemlich klar fest, dass wir zu einer deutlich spürbaren Senkung der Lohnnebenkosten kommen werden.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Finanzminister. Wenn ich richtig zugehört habe, spricht sich niemand für die Ausschussüberweisung aus. Ich schlage vor, dass wir alternativ abstimmen, wenn niemand widerspricht. - Dann verfahren wir also so.

Zunächst stimmen wir über den Antrag der Fraktionen von CDU und SPD, Drucksache 16/444, ab. Wer ihm die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Dann stimmen wir über den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/373, ab. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/444 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD angenommen ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Präsidentin, würden Sie bitte für das Protokoll festhalten, dass die FDP gegen beide Anträge gestimmt hat?)

- Das werde ich gern für das Protokoll bemerken. Nach Gegenstimmen und Enthaltungen ist zwar nicht gefragt worden, aber es ist völlig in Ordnung, dass das im Protokoll festgehalten wird.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es gibt ja auch die Möglichkeit, dass man für beide Anträge stimmt!)

Auch der Landtagspräsident will einen Zuruf machen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Man kann entweder für den einen oder den anderen Antrag stimmen! Gegenstimmen kann es in der Form nicht geben! - Weitere Zurufe)

Ich darf diese Debatte in Anbetracht der Zeit etwas begrenzen. Wenn ich es richtig mitbekommen habe, hat die FDP ihr Stimmverhalten auch schon im Wortbeitrag angekündigt. Herr Kubicki hat es wiederholt. Das steht im Protokoll. Wir können ja einmal in Ruhe darüber debattieren, welches Abstimmungsverhalten eigentlich möglich ist.

Ich neige dazu, die heutige Beratung zu schließen. - Ich höre keinen Widerspruch.

Wir beginnen morgen um 10 Uhr mit den Tagesordnungspunkten 20 und 28, Keine Kürzungen beim ÖPNV. Ich wünsche einen schönen Feierabend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:58 Uhr